NEUE ZEIT

JULI 1980

30

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

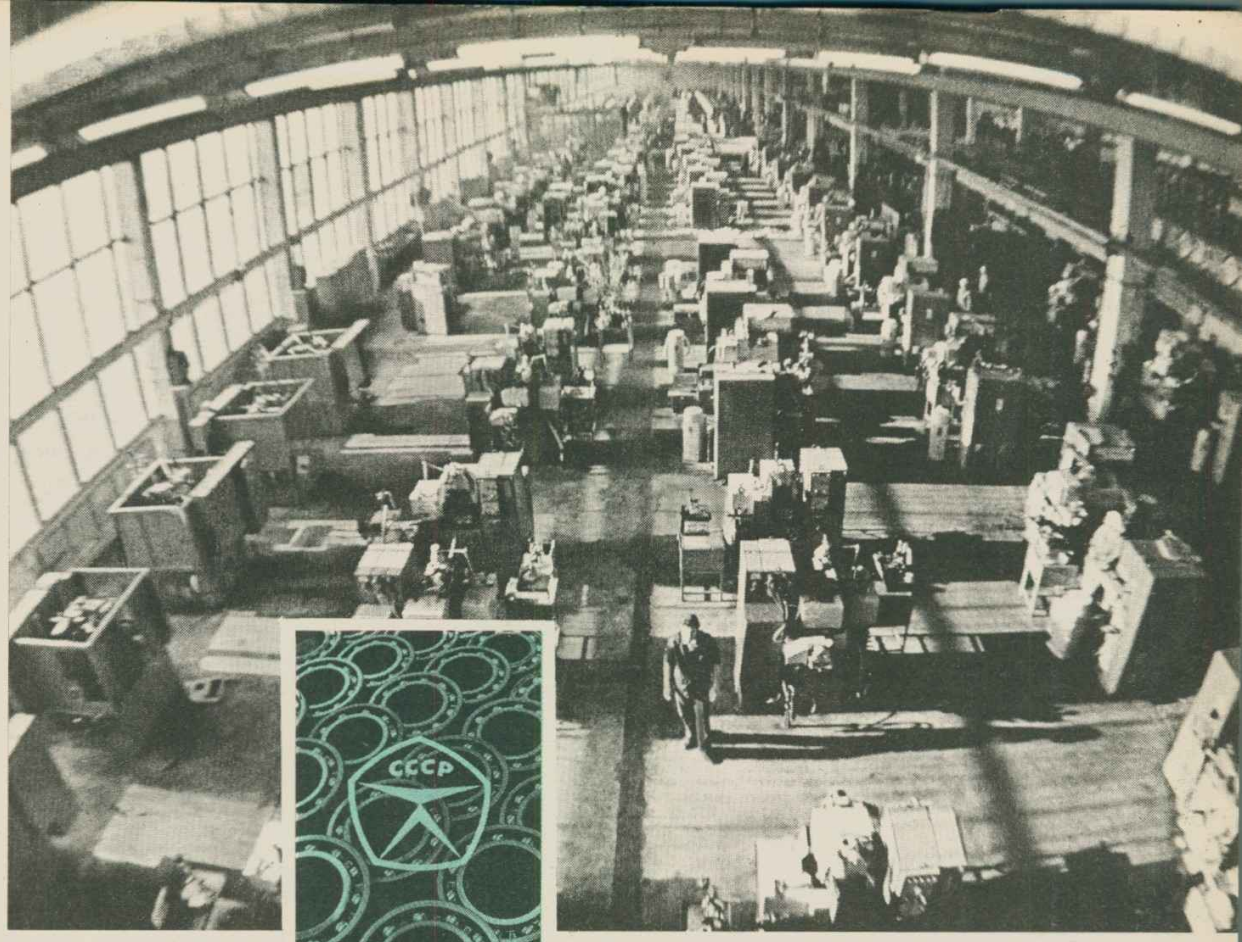
Bezirksbibliothek
Hauptbibliothek
Fernruf 24 305

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum Unterschrift des Leiters



1415 9-30 123 678 19
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101
PSF-77



Eine neue moderne Werkhalle

SOWJETUNION IM BILD

Wie viele andere Betriebe des Landes, die vor dem Krieg entstanden sind, hat sich das Kugellagerwerk von Saratow völlig verändert. Neue Werkhallen sind entstanden, viel ist für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen getan worden. Neue Anlagen — hochproduktive Werkzeugmaschinen und Taktstraßen — wurden in Betrieb genommen. Die Produktion konnte bedeutend gesteigert und ihre Qualität verbessert werden. Viele Erzeugnisse erhielten das Staatliche Qualitätszeichen.

Heute sind die Erzeugnisse des Werks weit über die Sowjetunion hinaus bekannt. Die Kugellager von Saratow, die Weltniveau demonstrieren, finden breite Anwendung in den RGW-Ländern und in vielen kapitalistischen Staaten.

Auch die Lebensbedingungen der Arbeiter haben sich verbessert. Das Werk baut viele Wohnhäuser für die Belegschaft. Betriebsleitung und Gewerkschaft bieten dem Kollektiv viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.

Die jungen Arbeiter treiben besonders gern Sport. Ein Stadion und zahlreiche Sportsektionen stehen ihnen dafür zur Verfügung. Die Sportler des Werkes schnitten wiederholt gut bei sportlichen Wettkämpfen in der Stadt und im Gebiet Saratow ab





Arbeiterwohnungen



Die Radsportler beim Training

Schlosserbrigadier und Lehrmeister Boris Wetjutnew mit Lehrling Juri Dworezki

Fotos: A. Semljanitschenko

NACH FÜNF JAHREN

Vor fünf Jahren endete die auf Initiative der sozialistischen Staaten abgehaltene KSZE mit der Unterzeichnung der Schlußakte. Viele der Teilnehmer waren sich darüber einig, daß die Völker der Alten Welt ein historisches Ereignis erlebt hatten. Das haben die inzwischen vergangenen Jahre bestätigt.

In der Schlußakte sind die durch den Sieg der Völker im antifaschistischen Krieg und durch die Nachkriegsentwicklung in Europa entstandenen territorialen und politischen Realitäten verbrieft. Auf sie gestützt, konnte der tragische Zyklus Weltkrieg—kurze Friedenszeit—Weltkrieg durchbrochen werden. Obwohl sich die Menschheit heute der Gefahr eines Wiederauflebens des kalten Krieges gegenübersieht, ist Europa nach wie vor das Gebiet der Erde, in dem die größte Stabilität und Sicherheit herrscht. Dank dem mit der Entspannung Erreichten ist es leichter, gegen diese Gefahr anzukämpfen, noch dazu mit der Schlußakte, dieser Charta der europäischen Sicherheit, diesem Kodex der friedlichen Ost-West-Beziehungen, in der Hand. Recht hatte der finnische Präsident Urho Kekkonen, als er sagte: „Die Schlußakte wird nach wie vor in ihrer Gesamtheit von den KSZE-Teilnehmerstaaten als Grundlage für das gemeinsame Vorgehen anerkannt."

Sie beinhaltet alles, was nötig ist, damit die sozialistischen und die kapitalistischen Staaten Europas ihre Beziehungen in Frieden und Eintracht, ohne Feindschaft, Mißtrauen, Kriege und Konflikte pflegen können. Unter die Vergangenheit mit der Last nichtanerkannter Grenzen und unbereinigter Probleme wurde der Schlußstrich gesetzt. Erstmalig in der Geschichte sind gemeinsame politische Ziele von Ost und West dokumentarisch verbrieft und ist der Bereich ihrer gemeinsamen Interessen daran klar umrissen, die Entspannung zu vertiefen, die Abrüstung voranzubringen und eine umfangreiche wirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit zu betreiben. Auf Jahre hinaus ist die Perspektive dieser Zusammenarbeit klar und deutlich vorgezeichnet. Nicht von ungefähr ist es zur Tradition geworden, sich bei zwischenstaatlichen Treffen und Verhandlungen auf die Schlußakte zu berufen und es als notwendig zu erachten, die Praxis der Staaten nach ihr zu beurteilen sowie die Prinzipien und Empfehlungen aus der Akte in die Tat umzusetzen.

Die KSZE ist ein Beispiel fruchtbarer vielseitiger Gipfelverhandlungen. Sie hat eine gute Grundlage für gegenseitiges Vertrauen der Staaten Europas und dafür geschaffen, daß sie gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit tragen. Es ist angebracht, das im Zusammenhang damit zu erwähnen, daß die Warschauer Vertragsstaaten vorgeschlagen haben, demnächst ein globales Gipfeltreffen abzuhalten.

In Europa und anderwärts erwartet man jetzt viel von der Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz im Herbst. Wie der spanische Außenminister, Marcelino Oreja Aguirre, erklärt hat, ist sie „unter den jetzigen Verhältnissen notwendiger denn je".

Das Madrider Treffen wird seinen Zweck natürlich nur erfüllen, wenn es nicht in leeres Gerede ausartet, sondern sich ganz einer konstruktiven Tätigkeit widmet. Die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten legen Gewicht darauf, daß das Treffen sachlich, ohne eine Konfrontation verläuft, wie sie auf der vorigen Nachfolgekonferenz in Belgrad von außereuropäischen Kreisen verursacht wurde In der jetzigen akuteren Situation darf nicht geduldet werden, daß das sachliche Forum in eine Kampfarena umgewandelt wird.

Es besteht durchaus die Möglichkeit, in Madrid einen neuen Fortschritt bei der Ausführung der Schlußakte zu erzielen. Dort könnte man Beschlüsse fassen über die Einberufung der von den sozialistischen Staaten angeregten Konferenz über eine militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, über ihre Aufgaben und Termine, ihren Schauplatz und ihre Geschäftsordnung. Die zu behandelnden Probleme sind umfangreich und kompliziert, weshalb man die Konferenz nicht auf einmal, sondern etappenweise abhalten sollte. Es wäre sinnvoll, in der ersten Etappe den Nachdruck auf vertrauensbildende Maßnahmen zu legen, wobei schon positive Erfahrungen vorhanden sind und eine weitgehende Übereinstimmung der Partner erzielt worden ist.

In Westeuropa scheint man die Madrider Konferenz ebenfalls als Instrument zur Stabilisierung in der jetzigen unstabilen Lage für besonders wichtig zu halten. In Washington dagegen möchten gewisse Herren die Konfrontation auch auf dieses Forum verlegen, die Debatten einengen, die militärische Entspannung und die Abrüstung von der Tagesordnung streichen und an ihre Stelle Wortgefechte über die Ereignisse in Afghanistan und die Wahrung der Menschenrechte setzen.

Am fünften Jahrestag der KSZE ist die sowjetische Öffentlichkeit überzeugt, daß der Geist von Helsinki stärker als der des kalten Krieges sein wird, den die Gegner des Friedens herbeizitieren. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten sind bereit, alles dafür zu tun, daß Europa den in Helsinki angetretenen Weg weitergeht.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 30 JULI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

Nach fünf Jahren 1
W. Kusnezow — **Vernunft kontra Denkfehler** 5
V. Gribatschow — **USA. Ronald Reagans dritter Versuch** 6
V. Tschernjawski — **Ernste Besorgnis** 7
L. Skuratow — **Iran. Wohin die Fäden führen** 8
A. Baryschew — **Bolivien. Der vierte Umsturz** 9
Biographisches: **Charles-Ferdinand Nothomb** 9
J. Korschunow — **Naher Osten. Interview mit Vertriebenen** 10
D. Sgerski — **Libanon. Gefährliches Duell** 10
L. Mletschin — **Japan. Neue Samurai!** 12
J. Solonizyn — **Griechenland. Athener Rhythmus** 14
W. Matwejew — **Zuverlässige Orientierungspunkte** 15
Notizen ◆ Glossen 16
A. Galkin — **Arbeiterbewegung in den 80er Jahren** 18
W. Semjonow — **Frankreich. Der Widerstand wächst** 18
W. Shitomirski — **Großbritanien. Rassismus als Staatspolitik** 20
W. Dolgow — **Chile. Verfassung für Pinochet** 23
G. Tschufrin — **Konferenz in Bangkok** 24
I. Marinow — **Dimensionen der Olympiade** 25
J. Wesselkow — **Malediven. Lebensfragen von 1200 Inseln** 26
J. Tawrowski — **Kampuchea. Straße des Lebens** 27
Diskussion mit dem Leser 31
PS 32



Das Recht auf Arbeit, das die Werktätigen der sozialistischen Länder schon seit langem errungen haben, wird in den Ländern des Kapitals weiterhin von der Arbeiterklasse gefordert.

Ein Plakat wie „Kein Kontrakt, keine Arbeit", das Werktätige in New York auf einer Demonstration tragen, könnte auch von Stahlarbeitern in Dortmund (BRD) bei einer Manifestation gezeigt werden.

Fotos: „Daily World" (USA) und M. Scholz (BRD)

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

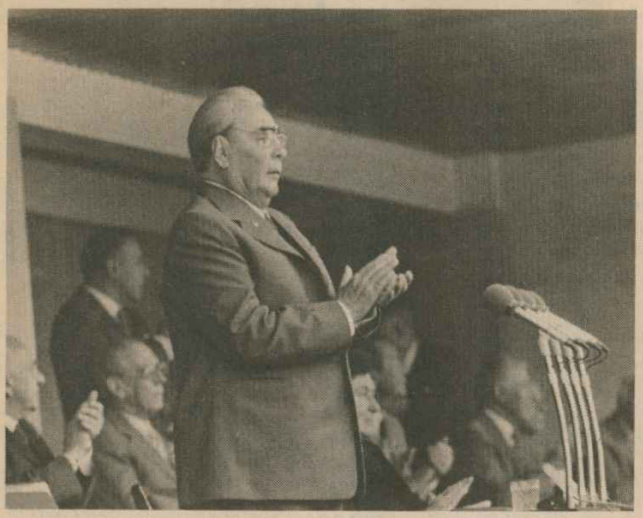
Am 19. Juli wurden im Moskauer Zentralen Leninstadion die XXII. Olympischen Sommerspiele von Leonid Breshnew feierlich eröffnet. In einer Grußbotschaft an die Teilnehmer und Gäste der Olympiade schrieb Leonid Breshnew u. a.: „Es ist zu wünschen, daß die Ideale der Freundschaft und der Verständigung, von denen sich die olympische Bewegung leiten läßt, stets die Treffen von Sportlern verschiedener Länder begleiten. Mit Genugtuung erfüllt, kann man feststellen, daß sich in Moskau unter den olympischen Bannern die Sportler der meisten Länder alle Kontinente versammelt haben." In der Ehrenloge des Stadions waren neben der sowjetischen Führung Todor Shiwkow, Erster Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates der VR Bulgarien, Le Duan, Generalsekretär des ZK der KPV, Jumshagin Zedenbal, Erster Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzender des Präsidiums des Großen Volkschurals der Mongolischen VR, Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der ČSSR, sowie Lubomír Strougal, Vorsitzender der ČSSR-Regierung vertreten.

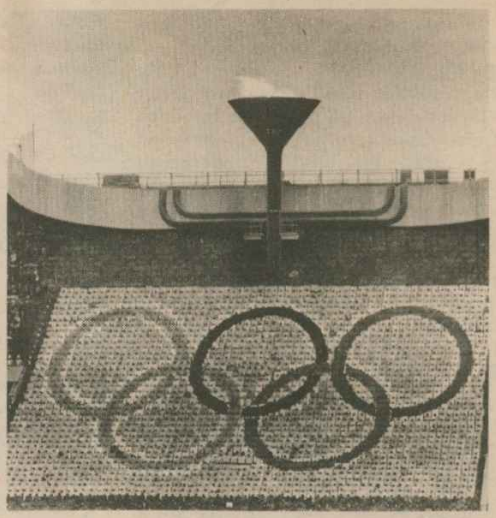
■

Am 22. Juli beging das polnische Volk seinen Nationalfeiertag, den Tag der nationalen Wiedergeburt. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Edward Gierek, den Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Henryk Jabloński, den Vorsitzenden des Staatsrates der VR Polen und an Edward Babiuch, den Vorsitzenden des Ministerrates der VR Polen, Glückwünsche: „Unsere Zusammenarbeit wirkt sich positiv in geradezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens aus. Sie macht sich im gemeinsamen Kampf unserer Völker für die Wahrung und Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt spürbar bemerkbar."

■

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Le Duan, Generalsekretär des ZK der KPV, Nguyen Huu Tho, den amtierenden Präsidenten der SR Vietnam, Truong Chinh, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der SRV-Nationalversammlung, und an Pham Van Dong, den Ministerpräsidenten der SRV-Regierung, eine Grußbotschaft anläßlich des 25. Jahrestages der wirtschaftlichen Zusammenarbeit UdSSR—Vietnam: „Für die heutige Etappe der Entwicklung der Beziehungen UdSSR—SRV sind die Vertiefung und Vervollkommnung der verschiedenen Formen des Zusammenwirkens in allen Bereichen auf dem festen Fundament des sowjetisch-vietnamesischen Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit bezeichnend."





Leonid Breshnew eröffnet die XXII. Olympiade. Die olympische Flamme wird entfacht.

Fotos: A. Pachomow

■

Am 19. Juli beging das Volk Nikaraguas feierlich den ersten Jahrestag des Sieges der Revolution. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten ein Grußschreiben an die Nationale Führung der Sandinistischen Befreiungsfront Nikaraguas, an den Führungsrat der Regierung der Nationalen Wiedergeburt und an den Staatsrat der Republik Nikaragua.

■

Die Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR veröffentlichte eine Mitteilung über die Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR im ersten Halbjahr 1980. Der Halbjahresplan wurde erfüllt. Der industrielle Produktionszuwachs betrug gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres 4,2%. 652 Md. kWh wurden erzeugt, 297 Mio t Erdöl (einschließlich Gaskondensat), 362 Mio t Kohle und 121 Mio t Eisenerz gefördert, 75,9 Mio t Stahl und 54,7 Mio t Roheisen wurden produziert. Die Kolchosen und Sowchosen haben den Plan der Frühjahrsaussaat erfüllt. Die Anbauflächen von Winterfrucht- und Sommerfruchtkulturen betrugen 217 Mio Hektar. 28 Mio m² Gesamtwohnfläche wurden fertiggestellt.

■

Am 17. Juli beging die KP Kolumbiens ihren 50. Jahrestag. Das ZK der KPdSU richtete an das ZK der KP Kolumbiens eine Grußbotschaft: „Die KP Kolumbiens nimmt stets eine prinzipielle Haltung bei der Festigung der Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung ein. In der Sowjetunion kennt man die kompromißlose Haltung der kolumbianischen Kommunisten gegenüber allen Erscheinungsformen des Antisowjetismus und des Antikommunismus."

■

Am 14. und 15. Juli hielt sich Veselin Djuranović, Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ und Vorsitzender der SFRJ-Bundesexekutivversammlung, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Ungarn auf und führte Gespräche mit János Kádár, dem Ersten Sekretär des ZK der USAP. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß Ungarn und Jugoslawien auch in Zukunft für die weitere Festigung des Weltfriedens und der Entspannung, für die konsequente Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eintreten werden.

■

Stanko Todorow, Mitglied des Politbüros des ZK der BKP und Vorsitzender des Ministerrats der VR Bulgarien, hielt sich am 14. und 15. Juli zu enem freundschaftlichen Besuch in Polen auf. Er führte Gespräche mit Edward Gierek, dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP. Im Kommuniqué wird die Bedeutung der von Leonid Breshnew unterbreiteten Vorschläge über den Beginn von Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen betont.

■

Vom 10. bis 13. Juli weilte Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärverwaltungsrates und Vorsitzender des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopien, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Bulgarien. Als Ergebnis der Gespräche wurden ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern und andere Dokumente unterzeichnet.

■

Vom 14. bis 18. Juli tagte das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Moskau. Als neuer IOC-Präsident wurde Juán Antonio Samaranch, eine bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens Spaniens, gewählt.

■

Vom 17. bis 19. Juli fand in der angolanischen Stadt Dala Tando (Provinz Cuanza) das erste außerordentliche Plenum des ZK der SWAPO statt. In Dokumenten des Plenums wird konstatiert, daß Einheiten der SWAPO die Zone ihrer Kampfhandlungen innerhalb des Landes ausgeweitet haben.

■

Vom 15. bis 21. Juli wurde in vielen Ländern eine internationale Woche der Solidarität mit Zypern auf Initiative des Weltfriedensrates durchgeführt (siehe S. 7).

■

Am 15. Juli wies TASS kategorisch von UPI und AP verbreitete Erfindungen über „Morde" an Tausenden Afghanen und die „Zerstörung" vieler Dörfer in Afghanistan zurück. TASS zufolge ist all das Teil der Politik der Desinformation des US-Imperialismus.

■

Vom 17. bis 18. Juli fand in Vientniane eine Konferenz der Außenminister von Laos, Vietnam und Kampuchea statt. Die Konferenzteilnehmer verurteilten die Umtriebe der durch die USA angeführten Kräfte des Imperialismus, die im Komplott mit Peking das Wettrüsten forcieren, die internationale Spannungen anheizen und die Atmosphäre des kalten Krieges wiederbeleben. Die Minister unterstützten die Initiativen der Regierung Kampucheas zur Norma-

lisierung der Beziehungen mit Thailand.

■

Die vietnamesische Nachrichtenagentur VIA meldete, daß die herrschenden Kreise Chinas weiterhin Provokationen an der vietnamesisch-chinesischen Grenze verüben und dadurch die Spannungen in der Region schüren. Die herrschenden Kreise der VR China sollen unverzüglich ihre Provokationen gegen die Souveränität der SRV einstellen. Die Verantwortung für alle Folgen hat VIA zufolge die chinesische Seite zu tragen.

■



In vielen Städten Hollands finden Antikriegskundgebungen gegen das Wettrüsten und die militaristischen Umtriebe des Militär-Industrie-Komplexes statt. Unser Bild: Bei einer Protestdemonstration in Rotterdam

Foto: W. LEONOW (TASS)

■

Am 21. Juli fand in Kabul ein offener Prozeß gegen eine Terroristenorganisation von CIA-Söldnern statt. Die Banditen gestanden ihre Verbrechen gegen Regierung und Volk Afghanistans ein.

■

Am 17. Juli wurde in Bolivien ein Militärputsch verübt. Eine Militärjunta ergriff die Macht im Lande (siehe S. 9).

■

Auf Erlaß der Regierung von Sri Lanka wurde am 17. Juli der Ausnahmezustand verhängt. Diese Maßnahme der Behörden soll die in letzter Zeit sehr viel stärker gewordene Streikbewegung niederhalten. Streiks in den „lebenswichtigen" Wirtschaftszweigen wurden verboten.

■

Am 19. Juli begann in Teheran der Prozeß gegen Teilnehmer des mit Beteiligung der USA, Israels und Ägyptens inszenierten Umsturversuchs. Der nach dem Sieg der iranischen Revolution gebildete Islamische Revolutionsrat, bislang oberstes Machtorgan des Landes, übertrug all seine Vollmachten an das Parlament und gab am 20. Juli seine Selbstauflösung bekannt (siehe S. 8).

■

Die konservative Regierung Großbritanniens proklamierte das Programm für die nukleare Umrüstung ihrer U-Boot-Flotte. Neue U-Boote mit Trident-Raketen aus den USA sollen gebaut werden. Kostenpunkt: 5 Md. Pfund Sterling.

■

Der Präsident Botswanas, Seretse Khama, ist gestorben. Die Nationalversammlung des Landes wählte am 18. Juli Vizepräsident und Finanzminister Quett Masire zum neuen Präsidenten.

■

Das japanische Parlament berief am 17. Juli den neuen Vorsitzenden der regierenden Liberal-Demokratischen Partei, Zenko Suzuki, zum Premierminister Japans. Die neue Regierung wurde bekanntgegeben. Außenminister wurde Masayoshi Ito, Generalsekretär des alten Kabinetts.

■

Der Präsident Libanons, Elias Sarkis, nahm den Rücktritt der Regierung Salim Hoss' an, und ernannte am 20. Juli Takieddine Solh zum neuen Ministerpräsidenten.

■

Am 18. Juli ging in Detroit (USA) der Parteitag der Republikanischen Partei zu Ende. Als Kandidaten wurden Ronald Reagan für das Amt des Präsidenten und George Bush für das des Vizepräsidenten nominiert. Das Wahlprogramm der Partei wurde bestätigt (siehe S. 6).

■

In Miami (US-Staat Florida) kam es am 15. Juli erneut zu einem Ausbruch des Zorns und der Verzweiflung der Afroamerikaner. Im Farbigengetto und in den Nachbarvierteln brachen erneut Brände aus, wurden Schüsse gewechselt. Die Polizei setzte Tränengas und Schußwaffen gegen die Demonstranten ein. Dabei wurden viele Personen verletzt. Zahlreiche „Unruhestifter" wurden verhaftet. Trotz der Repressalien hielten die Unruhen auch an den folgenden Tagen an.

■



Die UN-Weltfrauenkonferenz anläßlich der Proklamierung des Dezenniums der Frau tagt in Kopenhagen. Unser Bild: Bei der feierlichen Eröffnung der Konferenz

Foto: AP—TASS

NZ POST

Vielen Dank für Prof. Kremers Artikel „Ihre Antwort, Herr Präsident?" (Heft 24). Dort wurden Carters Heuchelei, seine Wahnvorstellung von der Macht der USA und von ihrer „Fähigkeit", der ganzen Welt ihren Willen zu diktieren, überzeugend entlarvt.

B. METLIN
Minsk, Belorussische SSR

Wir wissen sehr wohl, welch große Rolle die Sowjetunion in unserem Freiheitskampf spielt. Die UdSSR ist ein aufrichtiger Freund und Verbündeter des freien Afrika in unserem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassendiskriminierung. Die Hilfe, die wir von der UdSSR erhalten, ist sehr wichtig für die Festigung unserer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, für den sozialen Fortschritt und die kulturelle Entwicklung der afrikanischen Länder.

Pa SANNEH
Denton Bridge, Gambia

Für den Erfolg des politischen Kampfes der französischen Kommunisten ist es sehr wichtig, unseren Genossen bewußt zu machen, daß die Welt des Sozialismus ständig stärker wird. Ich trete für Solidarität zwischen den Fortschrittskräften aller Länder ein, besonders zwischen der KPdSU und der FKP. Diesbezüglich können wir jetzt eine positive Entwicklung unserer Parteibeziehungen konstatieren. Ich freue mich, daß die Olympischen Spiele gerade in Moskau stattfinden, und bin überzeugt, daß sie die Niederlage jener Kräfte zeigen werden, die Haß zwischen den Völkern säen wollen.

Fred BRIDGE
Brétigny, Frankreich

Kürzlich besuchte ich die Sowjetunion, verbrachte 12 glückliche Tage in der Heimat des Sozialismus, der Heimat Lenins. In Wolgograd gedachte ich der unsterblichen Heldentaten des Sowjetvolkes. Den sowjetischen Menschen haben wir es zu verdanken, daß der Weltfrieden bewahrt wurde.

JOSE MANUEL da ROCHA JUNIOR
Viana do Castelo, Portugal

Vernunft kontra Denkfehler

Wladlen KUSNEZOW

Heute erlebt die Welt einen Moment, dessen Gefährlichkeit man sich im Osten wie im Westen bewußt ist. Es herrscht Übereinstimmung darüber, daß das Wettrüsten die Hauptgefahr für den Frieden ist. Man ist sich auch darüber einig — wenn auch in geringerem Maße —, daß diese große Gefahr nur dann überwunden werden kann, wenn man sich ernstlich um eine militärische Entspannung bemüht.

Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte, die größte Gefahr sei eine weitere Verschärfung des Wettrüstens. Wenn in gewissen Bereichen das Gleichgewicht gestört ist, solle man es besser durch Rüstungskontrolle und Abrüstungsgespräche als durch Wettrüsten zu überwinden suchen.

„Die globale strategische Überlegenheit ist kein vernünftiges oder erreichbares Ziel für eine der beiden Supermächte". Das ist die Meinung von US-Verteidigungsminister Harold Brown.

Die wahre Gefahr wird also gesehen — und auch, wie sie abgewandt werden kann. Angeblich versteht man sogar, wie sinnlos die Jagd nach militärischer Überlegenheit ist. Doch die Trägheit, die Gewohnheit, in den überholten Kategorien einer „Politik der Stärke" zu denken, sind immer noch stark. Und diese Gewohnheit verdrängt das Neue, Kühne, die Lebensnotwendigkeit einer solchen Haltung, eines endgültigen Abschieds von den Waffen.

Selbst wenn einige NATO-Politiker auch an Schritte zur militärischen Entspannung denken sollten — die atlantische Denkmaschine schaltet sofort ab. Die Logik versagt. Der „Gedächtnisspeicher" beginnt Dogmen und Gebote der NATO auszuspucken, die von Paul Warnke, dem ehemaligen Leiter der US-Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung, sehr genau charakterisiert wurden: „Nur ein übermäßig aufgeblähter Verteidigungshaushalt und das Streben nach nuklearer Überlegenheit können die Sicherheit gewährleisten."

Woran arbeitet jetzt die atlantische Denkmaschine?

Daran, den Nordatlantikblock — im Geiste der Strategie der „Abschreckung" — in einen mit Nuklearraketen behängten Frankenstein zu verwandeln.

An Plänen für Operationen der NATO außerhalb ihres geographischen Radius.

Am französischen Modell der Neutronenbombe. Unterdes haben die Tories bereits die N-Bombe verlangt, und eine westliche Zeitung meldete aus Washington: Die Neutronenwaffe „könnte bereits im März kommenden Jahres in Europa dislozíert werden".

An der Entwicklung von vier bis fünf britischen Atom-U-Booten neuen Typs mit neuen US-Trident-Raketen, wodurch die gegen die UdSSR gerichteten Forward Based Systems der USA in Europa ergänzt werden sollen.

An der Festigung der militärischen Zusammenarbeit BRD—Frankreich, was die Repräsentanten beider Länder kürzlich vereinbarten.

An der Ausweitung der NATO durch Einbeziehung Spaniens.

Und so weiter und so fort...

All diese und andere Pläne zeigen nicht gerade jene staatsmännische Haltung, die UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim zufolge noch nie so nötig wie heute gewesen ist und die „wichtiger werden könnte als die Gefahren der traditionellen Großmachtrivalität". Und woher sollte auch diese Weisheit stammen, wenn jene, die sie verkörpern sollen, letztlich das gleiche Credo haben: Mehr Waffen!

Doch was bedeutet mehr Waffen? Mehr Waffen — das sind mehr Gefahren, mehr Abenteuerlust, häufiger Atomalarm, wie er in letzter Zeit durch Verschulden des Pentagon entstand. Wenige Minuten, bevor das Oberkommando der strategischen US-Luftwaffe den „Defekt" entdeckt hatte, waren ca. 100 atomwaffenbestückte B-52-Bomber startklar Richtung UdSSR. Die amerikanische und die Weltöffentlichkeit sucht man jetzt damit zu beschwichtigen, man habe den Schuldigen gefunden: ein elektronisches Mikroschema, billiger als 50 Cent. Ein Sündenbock, der nicht bestraft werden kann, um eine Wiederholung unmöglich zu machen.

Mit Hinweis auf technische Defekte sucht man Denkfehler zu verbergen! Denkfehler bei jenen, die fast fünf Jahre die Unterzeichnung von SALT II hinausgezögert und dann seine Ratifizierung aufgeschoben haben. Bei jenen, die die internationalen Beziehungen, die anderen Länder und Völker durch das Prisma ihrer Raketen sehen, bei jenen, die beim Atomalarm bereits davon sprechen, es sei doch besser, Raketen zu früh als zu spät zu starten.

Das Pentagon will nun bessere Warnsysteme entwickeln. Doch wer garantiert, daß das nächste Mal nicht ein anderes billiges Detail defekt ist und die ganze Menschheit deswegen ausgelöscht werden kann? „Wenn der Nagel kaputt ist, so ist es auch um das Hufeisen geschehen, wenn das Hufeisen kaputt ist, ist es um das Pferd geschehen, ohne Pferd ist das Königreich verloren" — diese elementare Denkfolge der „New York Times" wird offenbar von gewissen Pentagon- und NATO-Strategen nicht begriffen.

Keine noch so starken Sprengköpfe, kein noch so perfektes „elektronisches Gehirn" können das menschliche Denken ersetzen. Nicht nur die elektronischen Warnsysteme, sondern vor allem die richtigen psychologischen Bremsen müssen funktionieren.

Nicht mehr — nein, weniger Waffen! Je niedriger der Rüstungsstand ist, desto geringer wird die Gefahr eines Konfliktes, desto zuverlässiger ist die nationale wie die internationale Sicherheit gewährleistet. Davon läßt sich die UdSSR leiten, wenn sie eine unverzügliche reale Begrenzung und Reduzierung sowohl der atomaren wie der konventionellen Arsenale in Europa vorschlägt, wo die Konzentration der Streitkräfte und folglich die Gefahr eines Konflikts besonders groß sind.

In der NATO haben jetzt Konsultationen über die neuen sowjetischen Initiativen begonnen, die einen Ausweg aus der Sackgasse bei den Wiener Truppenabbaugesprächen und bei den nuklearen Mittelstreckenraketen zeigen. Mögen die Impulse, die von der Sowjetunion ausgehen, in den Brain Trusts der NATO keinen Kurzschluß auslösen, sondern positive Reaktionen!

Die Normalisierung der zugespitzten Weltlage, Stabilität und Sicherheit verlangen eine militärische Entspannung, die Zügelung des Wettrüstens. Das ist ein Gebot der Vernunft. ■

RONALD REAGANS DRITTER VERSUCH

Viktor GRIBATSCHOW

Bei der jetzigen Wahlkampagne erinnern sich Journalisten an das Wort des bekannten Anwalts Clarence Darrow von 1908: „Als ich ein Junge war, sagte man mir, jedermann könne Präsident werden. Allmählich glaube ich das." Auf diesen Ausspruch kommt man nun 72 Jahre später zurück, um die Unzufriedenheit der Nation mit der sich ihr bietenden Wahl zu veranschaulichen. Heute kann nämlich entweder der Demokrat Carter oder der Republikaner Ronald Reagan Präsident werden. Die Außenpolitik des ersteren bedeutet Krisen, die er selbst heraufbeschworen hat, und der zweite wurde zweimal von seiner Partei abgelehnt und ist in der Außenpolitik unerfahren. Vor kurzem noch teilte die „Chicago Tribune" mit, 60% der Wähler hofften darauf, sich nicht zwischen diesen beiden Anwärtern entscheiden zu müssen. Nach dem Konvent der Republikaner in Detroit haben sich diese Hoffnungen um die Hälfte verringert.



In Peoria, Illinois, überreichte ein Verehrer dem republikanischen Kandidaten Reagan nach seinem Treffen mit den Wählern ein Ferkel.

Aus: „Globe and Mail" (Kanada)

Damals in Hollywood

Jetzt schließt niemand mehr aus, daß der 40. USA-Präsident Ronald Reagan werden kann. Wird er gewählt, so werden die größten Blätter ausführlich über ihn berichten. Übrigens weiß man von Reagan auch heute nicht wenig.

Ehemaliger Schauspieler?

Er wurde es zufällig. Zuerst war er nach dem College Sportkommentator beim Rundfunk. Ein Mitarbeiter der Filmfirma Warner Brs. bemerkte Reagans ansprechendes Äußere. Nach Filmproben hat man ihn zum „typischen Amerikaner" abgestempelt.

Er spielte in über 50 Streifen. Die heutige Generation der Amerikaner kennt sie kaum, aber manchmal werden sie vorgeführt, um den heutigen Politiker beliebter zu machen.

Heutiger Politiker?

Die ersten politischen Erfahrungen Reagans stammen aus dem Jahr 1947, als er gern den Zeugen in der Kommission „zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit" spielte. Die Kommission entlarvte „den Einfluß der Kommunisten in der Filmindustrie". Bald darauf stand Reagan der Zunft der Filmschauspieler vor. Unter ihm wurde Hollywood „gesäubert". Schauspieler, die die gegen sie erhobenen Anklagen auf kommunistische Tätigkeit nicht widerlegen konnten, mußten gehen.

Reagan machte den Moderator in antikommunistischen Fernsehprogrammen, besuchte die Versammlungen des „Christlichen Antikommunistischen Kreuzzuges", und 1962 beteiligte er sich an der Kampagne für die Wahl John Rousselots, eines Führers der John-Birch-Gesellschaft, zum USA-Kongreß. Damals entschied er sich auch endgültig für die Republikanische Partei.

In der Politik erreichte er mehr als im Film. Im Jahre 1964 unterstützte er Barry Goldwater, der unter dem Motto „Extremismus ist keine Sünde" seine Kandidatur für den Präsidentenposten aufstellte. Goldwater erlitt eine Niederlage, Reagan aber hatte 1966 den ersten größeren Erfolg in seiner politischen Karriere: Er wurde Gouverneur von Kalifornien. Übrigens distanzierte er sich während der Wahlkampagne ausdrücklich von Goldwaters Extremismus. Darauf folgten zwei Versuche, Präsident zu werden: 1968 zogen die Republikaner ihm Richard Nixon vor, 1976 verlor Reagan bei der Nominierung gegen Gerald Ford.

Sportler konzentrieren beim dritten Versuch all ihre inneren Reserven. Reagan ist heute bei seinem dritten Versuch.

„Mann der Mitte"

Vor 15 Jahren sagte Reagan: „Ich bin kein Politiker. Ich bin ein ganz gewöhnlicher Bürger mit der tief verwurzelten Überzeugung, daß die Politiker uns sehr viele Sorgen bringen."

Jetzt will er aber Politiker werden, noch dazu ganz bestimmter Observanz. Der unabhängige Präsidentschaftskandidat John Anderson spielte auf die rechten Ansichten Reagans an, als er im März erklärte: Die Nominierung Reagans wäre für die Partei „politischer Selbstmord". Die Zeitschrift „Time" teilte zu gleicher Zeit mit: Einige Experten seien „längst davon überzeugt, daß die Republikanische Partei einfach die selbstmörderische Kampagne Goldwaters wiederholt, falls Reagan seine Nominierung durchsetzt".

Vorläufig gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, daß die Republikaner mit einer Niederlage rechnen. Mehr noch, einige öffentliche Befragungen zeigen, daß die Wähler mehr Sympathie für Reagan als für Carter haben. Die Prognose Andersons und der „Time" bewahrheitet sich nicht. Warum?

Erstens, erklärt ein Mitglied des Landesausschusses der Republikanischen Partei vom Bundesstaat New York, seien die Republikaner auf einen Sieg scharf. Er meint: „Selbst Leute, denen Reagan etwas zu weit rechts steht, werden ihn bei den allgemeinen Wahlen unterstützen."

Zweitens hat nach Ansicht von Beobachtern seit langem keine der Oppositionsparteien mehr eine so glänzende Möglichkeit gehabt, die Regierungspartei zu kritisieren. Heute sind die Amerikaner mit dem kata-

strophalen Wachstum der Preise, Steuern, der Arbeitslosigkeit, des Zinses usw. unzufrieden und haben keine Sicherheit in bezug auf die eigene Zukunft und die ihrer Kinder. Kurz, es handelt sich um eine wirkliche Krise innerhalb des Landes, zu der eine Krise im System seiner internationalen Beziehungen hinzukommt.

Daß der republikanische Kandidat Chancen gewinnt, erklärt sich aus der Enttäuschung der Amerikaner über die heutige Administration, aus ihrem Streben nach Veränderungen. Reagan aber schlägt ihnen „einfache Lösungen" vor. Neuerdings suche er „geflissentlich alle kontroversen konservativen Ansichten zu umgehen. Mehr noch, Mr. Reagan gibt sich nicht wie ein rigoroser Ideologe, sondern einfach wie ein netter Mensch." („New York Times")

Vor genau einem Jahr zogen die Beobachter schon ein vorläufiges Fazit aus den Anschauungen des künftigen Kandidaten und schlußfolgerten, daß er „außenpolitisch weniger aggressiv als 1976" scheine. Bei den Wahlen 1976 warnte Reagan nämlich in seiner außenpolitischen Hauptrede: „Der Feind, der vor dem Tor steht, ist geschickt und kampfbereit." Wer gemeint war, braucht wohl nicht erklärt zu werden. Die heutigen Manager der republikanischen Wahlkampagne servieren ihren Kandidaten als einen „Mann der Mitte".

Ein Schritt seitwärts

Die Ergebnisse des republikanischen Konvents, der am 18. Juli in Detroit zu Ende ging, sind bekannt. Die ganze Schuld für die mit jedem Jahr höheren Inflationsraten (von 4,8 auf 18% in den vier Jahren unter Carter) ist den Demokraten in die Schuhe geschoben worden, desgleichen für die Arbeitslosigkeit (8 Millionen). Die Republikaner lasten den Konkurrenten auch den Ruin der Farmerwirtschaften an. Das ist eine Tradition der USA-Wahlen: Man muß den Wählern zeigen, welch schweren Fehler sie vor vier Jahren begingen, als sie sich für das falsche Team entschlossen.

Diese Tradition sieht auch Versprechungen vor. Die Republikaner wiederholen nun das Programm von 1976 und stellen es als neu hin, zumal die inneren Probleme, die den USA zu schaffen machen, die gleichen geblieben sind bzw. sich verschärft haben.

In der Außenpolitik dagegen wollen die Republikaner ihren eigenen „Beitrag" leisten: Rückkehr zur Strategie „von der Position der Stärke", baldmöglichste Produktion von MX-Raketen, des strategischen Bombers B-1 oder eines ähnlichen, von Flügelraketen aller Art, Stationierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen der neuen Generation in Westeuropa und schließlich Produktion der Neutronenbombe...

„Militärische Überlegenheit" ist als Hauptziel der USA-Politik gegenüber der UdSSR formuliert. SALT II? Reagan nannte es schon vor einem Jahr einen „schlechten Vertrag". Inzwischen ist dieses Dokument für ihn noch schlechter geworden. Vor einigen Monaten erklärte er: „Sobald wir der sowjetischen Führung eindeutig zeigen, daß wir zur Konkurrenz fest entschlossen sind, werden die Verhandlungen über die Rüstungskontrolle erneut eine Chance bekommen."

Nach Meinung von Beobachtern verläßt sich Reagan in außenpolitischer Hinsicht auf seinen Anhang. Die „International Herald Tribune" nannte seine 68 Berater eine Zusammenballung verbissener kalter Krieger.

„Die Mängel des Vertrages müssen korrigiert werden... Wenn das bedeutet, erneut über ihn zu verhandeln — bitte." Dies der Standpunkt des „Mannes Nr. 2", wie man den Kandidaten für den Vizepräsidentenposten nennt. Die Republikaner haben George Bush nominiert. Niemand hat klargestellt, welchem Lager er angehört. Bei einer Befragung von Ende April nannten 20% ihn einen Liberalen, 33% einen Gemäßigten und 37% einen Konservativen. Unter Nixon und Ford war Bush CIA-Direktor und Ständiger USA-Vertreter in der UNO. Fest steht, daß man sich durch Bush die Stimmen der liberal gesinnten Republikaner zu sichern hofft.

In seinen Äußerungen über die USA-Außenpolitik gestand Stanley Hoffmann, Professor für Staatsrecht an der Harvard-Universität, bekümmert ein: „Es besteht eine Art Neigung zum Diktatorstil in der internationalen Diplomatie, eine Sehnsucht nach starken Knüppeln und tollkühnen Streichen, nach einer Welt, in der Amerikas Sheriffs und Polizeichefs das große Wort führen."

Was werden die USA diesmal vorziehen? Oder wird das Land vielleicht Eigenschaften zu schätzen wissen, die in der Liste des Professors leider keinen Platz finden: politische Umsicht, sachliches Herangehen an die Realitäten?

■

NZ KOMMENTAR

ERNSTE BESORGNIS

Selbst die stürmische Entwicklung in Südost- und Südwestasien und im Nahen Osten kann die Welt das Zypern-Problem nicht vergessen machen. Versuche, auch die UNO-Generalsekretär Waldheims, die im vorigen Sommer unterbrochenen Verhandlungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen über den toten Punkt hinauszuführen, haben noch keinen Erfolg gebracht. Gewisse NATO-Kreise und einige Kräfte im Lande selbst tun alles, um die Schritte der internationalen Gemeinschaft zu vereiteln. Auf die Gefährlichkeit solcher Lage verwies die fortschrittliche Weltöffentlichkeit erneut im Zuge der vor wenigen Tagen abgelaufenen Woche der Solidarität mit dem gerechten Kampf der Zyprioten.

Seit dem regierungsfeindlichen Putsch auf Zypern, der von der CIA und den Geheimdiensten anderer NATO-Länder eingefädelt wurde, sind sechs Jahre vergangen. Die Kampfhandlungen der Putschisten und die darauffolgende Landung türkischer Truppen auf der Insel versetzten der Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und Einheit der Republik einen schweren Schlag. Jeder dritte Zypriot mußte fliehen, 40% des Territoriums der Republik sind im Grunde okkupiert, ihre Wirtschaft hat enormen Schaden erlitten.

Die patriotischen Kräfte Zyperns kämpfen beharrlich für die Behebung der Folgen von 1974. In diesem Kampf werden sie von der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit unterstützt. In UNO-Resolutionen und den Beschlüssen vieler internationaler Foren wird gefordert, die ausländischen Truppen unverzüglich vom Territorium Zyperns abzuziehen sowie seine Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen.

Doch steht einer gerechten Lösung der Zypern-Frage noch vieles im Wege, in erster Linie deshalb, weil Washington und die NATO der Republik eine Regelung nach dem Camp-David-Muster aufzwingen wollen. Das Zypern-Problem wird als interne Angelegenheit der NATO hingestellt, denn so werde es, hofft das Weiße Haus, leichter fallen, die Insel zu einem Aufmarschgebiet des Pentagon und der NATO zu machen. Zypern soll als Transit-Stützpunkt herhalten, von dem aus Eingreiftruppen zum Persischen Golf vorgeschickt werden könnten.

Aus diesem Grunde ruft die Lage auf Zypern ernste Besorgnis hervor. Die Menschen guten Willens fordern: Das Zypern-Problem muß möglichst bald im Interesse der Zyprioten selbst gelöst werden.

V. TSCHERNJAWSKI

WOHIN DIE FÄDEN FÜHREN

Am 19. Juli nahm in Teheran das Islamische Revolutionstribunal die Verhandlung gegen die Putschisten auf. Der iranischen Presse zufolge verurteilte das Tribunal auf seiner ersten Sitzung fünf Offiziere der iranischen Luftstreitkräfte, die nach einem Verschwörungsplan wichtige staatliche Objekte in der Hauptstadt bombardieren sollten, zum Tode. Bei der Untersuchung hatte General Mochagheghi, einer der Putschistenführer, ausgesagt, daß 17 Maschinen an der Bombardierung teilnehmen sollten. Der Flughafen Mehrabad sollte besetzt werden. Von dort wollte man auf Teheran vorrücken...

Außer General Mochagheghi, dem Oberbefehlshaber der Schahgendarmerie, leitete General Mehdiyan Ex-Oberbefehlshaber der iranischen Luftstreitkräfte, den Putschversuch. Mochagheghi wurde hingerichtet, Mehdiyan aber steht unter Arrest. Verhaftet wurden ferner ein Divisionskommandeur in Khusistan und 16 Offiziere seines Stabs. Einige hundert Personen kamen hinter Gitter. Der iranischen Presse zufolge waren unter den Drahtziehern auch Politiker des früheren Regimes, Exgeneralstabschef Oveisi und Bakhtiar, der letzte Ministerpräsident des Schahregimes, u. a., die sich im Ausland verschanzt haben.

Wie die Zeitung „Bamdad" meldet, wurde eine Untergrundorganisation namens „Nagab" aufgedeckt, die von Bakhtiar geleitet wurde. Die Verschwörer hatten einen Militärrat und eine Militärregierung deutlich proamerikanischer Orientierung bilden wollen. Bakhtiar sollte Präsident des Iran werden.

Offenbar war die Verschwörung von langer Hand geplant. Der „New York Times" zufolge erklärten Vertreter der Washingtoner Administration, daß Offiziere der iranischen Armee, die putschen wollten, Verbindungen zu oppositionellen iranischen Gruppen in Westeuropa und in den USA hatten.

Diese iranischen Offiziere hatten nicht nur Verbindungen zu „oppositionellen Gruppen", sondern auch zu US-Funktionsträgern. „Einige Mitarbeiter der US-Regierung unterhalten Kontakte zu Iranern, die fest zu Bakhtiar und zu anderen Gegnern der jetzigen Regierung in Teheran stehen", packte besagtes Blatt aus. Anhänger von Ex-General Oveisi informierten die US-Funktionsträger darüber, daß er Geheimtreffen mit iranischen Offizieren hatte, um Militäroperationen gegen Khomeini zu planen. Diese Funktionsträger wissen auch, daß Bakhtiar und seine Helfershelfer einen konspirativen Rundfunksender eingerichtet haben, der regelmäßig subversive Sendungen in den Iran ausstrahlt. Überraschend, diese „Informiertheit"!

Bezeichnenderweise meldete die „New York Times" zur gleichen Zeit, daß Carter angeordnet hat, neue Landeeinheiten in den Indischen Ozean zu entsenden. Das ist der Zeitung zufolge die erste größere Verstärkung der Marineinfanterie in dieser Region seit dem erfolglosen Versuch im April, die Geiseln in Teheran zu befreien.

Die iranische Presse verweist auf folgende Koinzidenz: Auf den 9. Juli war die Aktion der Verschwörer angesetzt. Etwa zur gleichen Zeit traf in Ägypten ein Geschwader von US-Phantomjägern ein, angeblich um gemeinsame Manöver mit der ägyptischen Luftwaffe abzuhalten. „Dieses Geschwader übte tatsächlich das Zusammenwirken mit den ägyptischen Luftstreitkräften für spätere Kampfhandlungen gegen den Iran", konstatierte Radio Teheran.

Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der neuen Verschwörung werden Forderungen laut, die Umstände der gescheiterten US-Landeoperation im Iran ein weiteres Mal zu untersuchen. Im iranischen Medschlis fragte ein Abgeordneter: Warum wurde General Bagheri, Ex-Oberkommandierender der Luftwaffe, den man unter der Beschuldigung verhaftet hatte, einen Putschversuch geplant zu haben, wieder freigelassen? Es war eben General Bagheri gewesen, der den Befehl erteilt hatte, die amerikanischen Hubschrauber und ein Flugzeug in Täbis nach dem Scheitern der „Befreiungsaktion" vom April zu bombardieren und anzuzünden.

Die verdächtige Eile, mit der die Operation ausgeführt wurde, gab Anlaß zu Vermutungen, daß Dokumente vernichtet werden sollten, die die iranischen Teilnehmer dieser US-Aktion hätten kompromittieren können. Der Zusammenhang zwischen dem erfolglosen Versuch der USA, das Regime im Iran zu stürzen, und einer neuen Verschwörung wird immer deutlicher. Es ist durchaus möglich, daß die Verschwörer, die nach dem Scheitern der Operation von Täbis nicht entlarvt worden waren, mit Hilfe äußerer Kräfte einen neuen Versuch unternahmen, um ihr Ziel zu erreichen.

Die Lage im Iran nach der Aufdeckung des Komplotts bleibt gespannt. Für 48 Stunden wurden die Grenzen und alle Flughäfen geschlossen. Diese Maßnahme erfolgte im Zusammenhang mit der Flucht zweier Flieger, die um politisches Asyl in den USA ersuchten, mit einem Hubschrauber in die Türkei. Konterrevolutionäre Elemente wollen die Lage weiter komplizieren. Sie hetzen fanatische religiöse Gruppen gegen die demokratischen und linken Kräfte, insbesondere gegen die Tudeh-Partei, auf, die den antiimperialistischen Kurs von Ayatollah Khomeini unterstützt. So besetzten in Isfahan Unbekannte das dortige Tudehbüro. Konterrevolutionäre Elemente verüben Terroranschläge und Bombenexplosionen und treiben Wirtschaftssabotage. Die Säuberung der Staatsinstitutionen und der Armee von versteckten Helfershelfern des Schahregimes wird genutzt, um ehrliche erfahrene Spezialisten hinauszusetzen, wodurch die Arbeit des Staatsapparats und das Wirtschaftsleben des Landes zerrüttet werden. In dieser komplizierten Periode aber braucht der Iran eine Normalisierung seines politischen Lebens.

Keinen Nutzen bringen dem Iran die Versuche gewisser einflußreicher Kräfte des Landes, es von seinen Freunden, darunter der Sowjetunion, zu isolieren. Diese Kräfte führen systematisch antisowjetische Propagandakampagnen und verleumden die UdSSR-Außenpolitik. Dadurch sollen die Wachsamkeit des iranischen Volkes geschwächt und seine Aufmerksamkeit von den hinterhältigen Umtrieben des US-Imperialismus abgelenkt werden, der der Zeitung „Sobhe azadegan" zufolge große Verluste durch die iranische Revolution erlitten hat und jetzt alles tut, um die verlorenen Positionen zurückzuerobern. Der Putschversuch hat laut der Zeitung „Ettela'at" ein weiteres Mal gezeigt, daß die USA der Hauptgegner der Revolution im Iran sind.

Die Verschwörung wurde aufgedeckt. Viele ihrer Teilnehmer wurden festgenommen und unschädlich gemacht. Doch das bedeutet keineswegs, die Feinde des iranischen Volkes hätten die Waffen gestreckt. Nein, sie bereiten neue Aggressionsakte vor. So meldete die „Hindustan Times" unter Hinweis auf diplomatische Quellen New Yorks, die Washingtoner Administration wolle Anfang Herbst, d. h. vor den Präsidentschaftswahlen, eine weitere Militäraktion im Iran durchführen. Eine große Rolle dabei kommt den im Indischen Ozean zusammengezogenen Schiffen der US-Kriegsmarine und dem Militärstützpunkt auf Diego Garcia zu.

L. SKURATOW

DER VIERTE UMSTURZ

Beim jüngsten, vierten Umsturz der letzten zwei Jahre ging es zuerst um eine Meuterei, die die Armeeverbände und die Militärangehörigen der Flottenbasis in Trinidad (Bolivien) am 17. Juli begannen. Dann brachen Soldaten in der Hauptstadt La Paz, von bewaffneten Gruppen der extremrechten Bolivianischen Sozialistischen Falange unterstützt, in den Präsidentenpalast ein und verhafteten Präsidentin Lidia Gueiler und die 17 Regierungsmitglieder.

Der Junta, die die Macht an sich gerissen hat, gehören die Befehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe an. Sie führte das Ausgehvorbot ein, schloß den internationalen Flughafen, löste sofort das eben erst gewählte Parlament auf und erließ ein Dekret über das Verbot jeglicher gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit. Viele Politiker und Gewerkschaftsaktivisten wurden verhaftet. Der spanischen Nachrichtenagentur EFE zufolge sind bereits über 700 Personen ins Gefängnis geworfen worden.

Der zum Präsidenten ernannte General Luis Garcia Meza hat eine Regierung aus 14 Militärs und nur 2 Zivilisten gebildet. In einer Rundfunkansprache versuchte er, das Vorgehen der Armee mit der „Notwendigkeit" zu rechtfertigen, „mit dem Chaos im Lande Schluß zu machen". Die Verantwortung für diese Zustände schrieb er dem gestürzten Kabinett und den zivilen Politikern zu. Wie Sprecher der Putschisten behaupten, haben sie eingegriffen, „damit das Land nicht mehr Gefahr läuft, unter den Einfluß des internationalen Extremismus zu geraten". Doch haben eher jene zahlreichen westlichen Beobachter recht, die den Umsturz darauf zurückführen, daß die Militärkreise sich mit den Ergebnissen der allgemeinen Wahlen vom 29. Juni nicht abfinden wollten.

In den letzten zwei Jahren waren es schon die dritten Wahlen in Bolivien. Bei den beiden ersten erzielt kein einziger der Anwärter als Vertreter der wichtigsten politischen Kräfte, darunter der fortschrittlichen Demokratischen und Volkseinheit (UDP), die erforderliche absolute Mehrheit. In dieser labilen Situation konnten die Militärs dreimal die Regierung stürzen. Im Juni fanden neue Wahlen statt. Auch bei ihnen erhielt der UDP-Kandidat Hernan Siles Zuazo nicht die absolute Mehrheit. Da er aber seinen Rivalen voraus war, mußte der Kongreß auf die Stimme der Wähler hören und ihn zum Präsidenten erklären. Das paßte der Oligarchie und den Reaktionären unter den Militärs nicht, und so verübten sie den 189. Staatsstreich der bolivianischen Geschichte.

Meldungen aus La Paz zeigen, daß die Aktivitäten der Militärs — ebenso wie während des vorausgegangenen Umsturzes im November, unter Oberst Natusch — im Volk auf entschiedenen Widerstand stoßen. Auf Initiative des Bolivianischen Arbeiterzentrums wird ein Generalstreik aus Protest gegen den Putsch durchgeführt. Im Lande entstehen Widerstandsherde.

Die gegenwärtigen Ereignisse, die die ohnehin ungleichmäßige Demokratisierung in Bolivien gestört haben, veranschaulichen, daß es in der Armee Boliviens nach wie vor einflußreiche Anhänger der autoritären Regierungsformen gibt. Bekannt sind auch die engen Verbindungen des bolivischen Militärs zum Pentagon. Ein Sprecher des USA-Staatsdepartements gab zu, daß die Washingtoner Administration vor dem Putsch „Kontakte zu bolivianischen Militärs unterhalten hat".

Lateinamerika ist über den Putsch besorgt und beunruhigt. Die Führer und prominenten Politiker der Andenstaaten haben die Putschisten verurteilt. Der Präsident Kolumbiens Julio César Turbay Ayala erklärte, daß „der Umsturz das Prestige Boliviens, des Andenpaktes und ganz Lateinamerikas untergräbt". Die Regierung Ekuadors brach diplomatische Beziehungen, zu Bolivien ab, und das ekuadorianische Außenministerium erklärte, daß der Putsch „die Konsolidierung der demokratischen Einrichtungen in Lateinamerika torpediert".

Der Putsch in Bolivien betrifft offensichtlich nicht nur dieses Land. Selbst die bürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb, der gegenwärtige Umsturz sei nicht ein Putsch wie die anderen auch; Bolivien sei ein schwaches Kettenglied unter den Andenstaaten, es grenze an viele Militärdiktaturen. Eine stabile Demokratie in La Paz könnte die anderen demokratischen Staaten des Subkontinents stärken. Durch den Staatsstreich habe das Militär eine solche Entwicklung verhindert, aber der Widerstand der Bevölkerung gegen die Generale sei bei weitem nicht gebrochen.

A. BARYSCHEW

BIOGRAPHISCHES



In Belgien ist eine neue Regierung gebildet worden, der die Vertreter der wichtigsten Parteien des Landes angehören: flämische und wallonische Christen, Sozialisten und Liberale. Außenminister ist Ch.-F. Nothomb, ein führender Politiker der Christlich-Sozialen Partei (CSP).

AUSSENMINISTER BELGIENS WURDE

CHARLES-FERDINAND NOTHOMB

Ch.-F. Nothomb wurde am 3. Mai 1936 in Brüssel geboren. Sein Vater ist der bekannte Dichter und Historiker Pierre Nothomb. Absolvierte die katholische Universität Louvain und ist Dr. jur. und oec.

Von 1959—1965 hatte er verschiedene Staatsposten inne, u.a. im Ministerium für Wirtschaft und in dem für wallonische Kultur; war Berater für wirtschaftliche und soziale Fragen bei der ständigen Vertretung Belgiens in der UNO.

1962 Vorsitzender der Jugendorganisation der CSP und 1972 Vorsitzender dieser Partei.

Seit 1968 Abgeordneter des Parlaments, wo er den Kommissionen für außenpolitische und für wirtschaftliche Angelegenheiten angehört. 1979 wurde er Präsident des Repräsentantenhauses des belgischen Parlaments.

INTERVIEW MIT VERTRIEBENEN

Jewgeni KORSCHUNOW

In New York ist am 22. Juli die UNO-Vollversammlung zu einer Sondertagung über die Rechte des arabischen palästinensischen Volkes zusammengetreten, die nach wie vor geschmälert werden. Fast täglich wird vom westlichen Jordanufer und vom Ghasastreifen — den von Israel okkupierten arabischen Gebieten — gemeldet, daß Demonstrationen von Palästinensern gesprengt und Demonstranten verhaftet werden. Viele angesehene Palästinenser werden unterdrückt, überfallen und ausgewiesen. So erging es den Bürgermeistern von El Khalil (Hebron) und Khalkhul, Fahd Kawasymi und Mohammed Milhem, sowie dem Kadi Scheich Rajab at-Tamimi. Sie wurden von den Okkupanten im Mai ausgewiesen. Der Verfasser hat sie in Beirut interviewt.

Wir trafen uns in einer Wohnung in einem Hochhaus Westbeiruts, in dem die PLO Amtsräume hat: der ruhige, ausgeglichene Fahd Kawasymi, der temperamentvolle Mohammed Milhem und Kadi Scheich Rajab at-Tamimi, ein älterer Mann in der schwarzen Kleidung der Moslempriesters.

Schon die Atmosphäre des Treffens war unalltäglich. An zwei Abenden hintereinander versuchten Motorboote und Hubschrauber Israels, an mehreren Stellen südlich von Beirut Landungstruppen abzusetzen. Aus dem Raum im Hochhaus, in dem wir sitzen, sind kürzlich angelegte Verteidigungsstellungen der Palästinenser und der nationalen patriotischen Streitkräfte des Libanons gut zu sehen. Geschütze sind auf das Meer gerichtet. Einschneidende Maßnahmen sind auch zum Schutz der drei Exilierten getroffen worden.

„Es geschah spätnachts", beginnt Milhem. „Am Abend vorher um acht — es war der 1. Mai — hörte ich, als ich nach Hause kam, im Rundfunk, daß in El Khalil mehrere Israelis getötet worden waren. Später kamen vier Bekannte von dort zu mir und sagten, niemand werde hinaus- und niemand hereingelassen. Sie blieben bei mir.

Nach Mitternacht wurde an die Tür geklopft. Es war ein Assistent des israelischen Militärgouverneurs. Er sagte, der Gouverneur möchte mich in El Khalil sprechen. Ich wollte in meinen Wagen steigen, mir wurde aber befohlen, in einem israelischen Militärjeep Platz zu nehmen, und der Offizier, der mich begleitete, versprach, mich zurückzubringen. Wir fuhren zum Büro der Besatzungsbehörde in El Khalil, und sie sperrten mich zusammen mit dem Offizier, der kein Auge von mir ließ, in einem Raum ein. Nach einer Weile hieß es, Verteidigungsminister Weizman wolle mich sehen, man solle mich mit einem Hubschrauber nach Tel Aviv bringen. Unter starker Bewachung mußte ich einsteigen. Im Hubschrauber saß schon, von Wachen umgeben, der Bürger-

GEFÄHRLICHES DUELL

Dmitri SGERSKI

Was im Libanon am 7. und 8. Juli geschah, ist in seinem Umfang und seiner Grausamkeit nur mit den schlimmsten Tagen des Bürgerkriegs von 1975/76 vergleichbar. Darüber sind sich Augenzeugen und Presse einig.

Die Kämpfe dieser Tage erfaßten Ost-Beirut, die Vororte im Norden und den Kreis Jebeil. Schwere Geschütze und Panzer waren im Einsatz. Das Rote Kreuz schätzt die Zahl der Toten auf 150 und die der Verwundeten auf mehr als 740. Die meisten Opfer waren Greise, Frauen und Kinder.

Dieses Mal war es ein Duell zwischen den beiden größten bürgerlich-christlichen Rechtsparteien: der Kataeb (Phalangisten) unter Pierre Gemayel und der National-Liberalen (NLP) unter Camille Chamoun. Zeitweilig bildeten sie gemeinsam die „Libanesische Front". Diese entstand im Bürgerkrieg und erfaßte außer ihnen mehrere kleine Gruppen. Sie hatte nie einen festen Zusammenhalt, denn die dazugehörigen feudalen Gruppierungen befehdeten einander und führten unverhohlen einen Kampf um die Macht. Die Führer der Front aber gingen von dem Argument aus, daß ein schlechter Frieden besser als ein guter Streit sei, und söhnten sich irgendwie miteinander aus, denn alle wollten den Libanon spalten und einen (katholischen) Maronitenstaat gründen. Bei ihrem Gerede über Einheit verstärkte jede Gruppierung im stillen die eigenen Streitkräfte. Das gelang besonders der Kataeb, die es darauf abgesehen hatte, die Führung sämtlicher rechtschristlicher Elemente im Land zu übernehmen. Deshalb kam es zu den Kämpfen vom 7. und 8 Juli. Zwei Tage danach verkündete die Kataeb einen vollständigen Sieg über die Rivalen.

Manche wollen in den Vorfällen einen Familienstreit sehen, das ist aber unhaltbar, u. zw. aus mehreren Gründen.

Es ist ja das erste Mal in der Geschichte der libanesischen Christen, daß es zu einem Massenmord dieses Umfangs gekommen ist, bei dem, wie ein libanesischer Politiker sagte, „Maroniten im Herzen eines maronitischen Bezirks andere Maroniten töteten".

Noch schwerwiegender sind die politischen Folgen. Nach Ansicht der Regierung und der PLO ist ein neues besorgniserregendes Moment in Erscheinung getreten: Das nationale Einvernehmen, das die Regierung und die Fortschrittskräfte des Landes bis unlängst anstrebten, ist in weite Ferne gerückt. Eine andere ernste Folge ist die reale Möglichkeit einer Spaltung des Landes. Dessen Süden ist jetzt in Händen der Söldner Israels, der „Armee zur Verteidigung des Südens" unter Khaddad. Die Bildung eines neuen Gebiets unter Kontrolle der Kataeb (die diese anstrebt) kann den Spaltungsprozeß unwiderruflich machen.

Ernste Befürchtungen werden laut, daß im sogenannten Maronitenstaat, der den rechtschristlichen Gruppierungen vorschwebt, kein Platz für palästinensische Flüchtlinge sein wird. Mehr noch, Vertreter dieser Gruppen planen eine „Naturalisierung" der Palästinenser, d. h. ihre Ansiedlung im Libanon, damit sie als eigenständige Nationalgemeinschaft zu bestehen aufhören.

Wem nützt das? Das Vorgehen der Rechten nützt Israel und seinem Schutz-

meister von El Khalil, Fahd Kawasymi. Kurz darauf wurde Scheich Rajab at-Tamimi hereingeführt.

Von El Khalil bis Tel Aviv fliegt man etwa eine halbe Stunde, wir flogen aber viel länger. Vor der Landung zogen sie uns schmutzige, stinkende Säcke über die Köpfe. Wir tankten offenbar nur, dann flogen wir wieder ziemlich lange. Bei der zweiten Landung zogen sie uns wieder die Säcke über die Köpfe, führten uns hinaus und brachten uns mit einem Jeep fort. Nach ungefähr 20 Minuten mußten wir in einen anderen Jeep umsteigen und fuhren weiter.

Als der Wagen endlich hielt, hörten wir einen Muezzin zum Frühgebet rufen und erkannten, daß wir in einem mohammedanischen Dorf waren. Wir wurden in einen Raum gestoßen, in dem Israelis und Araber waren. Ihren Gesprächen entnahmen wir, daß wir uns im Dorfe Haddeis in dem südlibanesischen Gebiet befanden, in dem die Israelis und Major Khaddads rechtsstehende Spalter hausen. Im Morgengrauen fuhren sie uns in Begleitung von Jeeps voller Israelisoldaten bis zu den ersten Posten der UNO-Streitkräfte im Südlibanon. Von dort schlugen wir uns nach Beirut durch."



Von den israelischen Behörden deportierte angesehene Palästinenser (v. l. n. r.): Mohammed Milhem, der Bürgermeister von Khalkhul; Fahd Kawasymi, der Bürgermeister von Hebron; der Kadi Scheich Rajab at-Tamimi

Foto aus „Al-Qaida" (Organ der PLO)

„Was die Israelis mit uns gemacht haben, ist glatte Gewalt, ein Hohn auf alle Gesetze und die elementarsten Menschenrechte", wirft Scheich at-Tamimi empört ein. „Mich holten sie nachts aus meinem Haus, ich durfte nichts mitnehmen, nicht einmal meine Papiere. Sie sagten nicht, wohin es geht und warum. Sie ließen mich nicht einmal von meiner Familie Abschied nehmen. Ich war schon vorher mehrmals bedroht worden. Als Mitglied des Islamrats von Jerusalem habe ich mich immer für mein Volk und meine Heimat eingesetzt und bin gegen die Mißachtung der nationalen und der Menschenrechte meiner Landsleute aufgetreten. Die Zionisten wollen Palästina ja sein nationales Gepräge nehmen und es judaisieren. Daß sie die El-Aqsa-Moschee, unser Heiligtum, geschändet haben und es auch mit anderen Heiligtümern tun, wissen Sie ja. Besonders nach Camp David und dem Beginn der Verhandlungen über die sogenannte palästinensische Autonomie zwischen Begin und Sadat. Die Zionisten kolonisieren im Eiltempo unsere Gebiete, der Bau von Wehrdörfern breitet sich wie eine Krebsgeschwulst aus. Das Endziel ist die Annexion."

Wir werden andauernd von hereinkommenden Palästinensern und Libanesen unterbrochen, die den Vertriebenen ihre Hochachtung bezeigen und sich für die gerechte Sache erklären wollen.

„Die Situation in den besetzten Gebieten ist schlechter als jemals seit 1967", ergreift Milhem das Wort. „Politisch, wirtschaftlich, sozial und in rein menschlicher Hinsicht. Das ist eine direkte Folge von Camp David und den Verhandlungen über die sogenannte Autonomie. Tel Aviv hat sich auf Repressalien gegen das palästinensische Volk eingestellt, es hofft, die Erfüllung der Vereinbarungen von Camp David mit Gewalt durchsetzen und uns seine ‚Autonomiepläne' aufzwingen zu können. Unser Volk ist überzeugt, daß der einzige Weg zur Erlösung von der Okkupation der Kampf gegen die Okkupanten ist."

„Wie stellen Sie sich die Zukunft dieser arabischen Gebiete vor", frage ich.

Mir antwortet der Bürgermeister von El Khalil, Fahd Kawasymi:

„Wir werden uns bestimmt die Freiheit und Unabhängigkeit und die Einstellung der Okkupation erkämpfen. Wir haben jetzt mehr Chancen denn je. Die Weltöffentlichkeit versteht und unterstützt uns. Die sozialistischen Länder und die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind auf unserer Seite. Auch in Westeuropa verändert sich manches zugunsten unserer gerechten Sache. Ebenso in der Öffentlichkeit der USA. Washington ist aber nach wie vor der Hauptverbündete Israels."

„Wie beurteilen Sie die Politik der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder?"

Das beantwortet Milhem:

„Wie alle Araber, so haben sich auch die Palästinenser aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß diese Staaten immer auf ihrer Seite waren und sie im Kampf gegen die imperialistische und zionistische Aggression unterstützt haben. Wir vergessen nicht, daß Gebiete der UdSSR von den Nazis besetzt waren und daß im Kampf gegen sie Millionen sowjetische Menschen ihr Leben gelassen haben. Wer wüßte besser als das Sowjetvolk, was eine Okkupation bedeutet?! Jetzt unterstützen das Sowjetvolk und die sowjetische Regierung rückhaltlos die gerechte Sache der Palästinenser. Die Politik, mit der sie die nationalen Freiheitsbewegungen unterstützen, ist etwas Grundsätzliches und nicht Konjunkturbedingtes.

Unsere Zeit läuft ab. Meine letzte Frage: Was für Pläne sie haben.

„Wie Sie wissen, hat der UNO-Sicherheitsrat von Israel gefordert, daß es uns nach Hause fahren läßt. Wir werden alles tun, um es zu können", antwortet für alle Milhem. „Wir wurden nicht gerichtet und konnten uns folglich nicht verteidigen. Wir sind verschleppt worden. Wir gedenken, uns an Kurt Waldheim, an den UNO-Sicherheitsrat und an unsere Freunde in aller Welt zu wenden. Wir werden weiterkämpfen: für unsere Heimkehr, für das Recht unseres Volkes auf Freiheit, Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und einen eigenen Staat."

Beirut

patron, den USA. Begin hat unverblümt erklärt, Israel werde „die Hände nicht in den Schoß legen, wenn die christliche Gemeinde im Libanon gefährdet sein sollte". Ähnlich äußerte sich Robert Basil, der Präsident der Amerikanisch-Libanesischen Liga. Er behauptete, die Libanesen merkten schon, daß ihre Rettung vom Westen, aus den USA komme. Die Geschehnisse würden „vielleicht schließlich eine militärische Präsenz der USA im Libanon erforderlich machen". Nicht wahr, das erinnert doch an Aasgeier, die über einem Schlachtfeld kreisen, um in einem passenden Augenblick niederzustoßen und die Verwundeten zu töten?

Doch die Armee der Landesregierung, die nationalen Fortschrittskräfte und die Palästinensische Widerstandsbewegung sowie die zeitweilig im Libanon stationierten UNO-Truppen sind fest entschlossen, die Spaltung zu verhindern. Erfolgreich schlagen sie die unaufhörlichen Angriffe der israelischen Aggressoren ab. Alle Friedenskräfte sind besorgt über das Vorgehen der Spalter, denn es verursacht eine Erschwerung in der Region und ermutigt Israel zu neuen Aggressionsakten gegen das arabische Volk Palästinas und den Libanon.

NEUE SAMURAI?

Leonid MLETSCHIN

Im Dschungel der Philippinen fand man vor kurzem einen Soldaten der weiland kaiserlichen Armee. Etwa 35 Jahre nach der Kapitulation führte er noch seinen eigenen Krieg. Der Kodex der Samurai-Ehre, der ihm von Kindesbeinen an eingetrichtert worden war, machte aus ihm eine Maschine. Gehören jedoch „Helden" dieser Sorte nur der Vergangenheit an? Zu dieser Frage fühlt man sich durch die breite Diskussion in Japan um die sogenannten Selbstschutzkräfte veranlaßt.

Sie ist seit Jahren im Gange. Der Anlaß war die Forderung General Kurisus, Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, die Regierungs- und Parlamentskontrolle über die „Selbstschutzkräfte" aufzuheben sowie anstelle der Verteidigungs- eine Angriffsstrategie anzunehmen. Im Zuge der Diskussion wurde behauptet: „Verfassungsmäßig dürfen wir defensive taktische Kernwaffen haben" (Abteilungsleiter im Nationalen Verteidigungsamt K. Ito); die Verfassung erlaube es Japan, in einem durch die Verteidigungserfordernisse bedingten Umfang chemische, bakteriologische und radioaktive Waffen zu haben (Ministerpräsident Fukuda). Die Regierung gab also offen bekannt, daß sie ein mächtiges Rüstungspotential schaffen will.

„In seinem aufrichtigen Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung beruhenden Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeit auf Krieg als souveränes Recht der Nation sowie auf die Androhung oder Anwendung bewaffneter Gewalt als Mittel zur Bereinigung internationaler Streitigkeiten... Nie mehr werden Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel geschaffen werden. Das Recht des Staates auf Kriegführung wird nicht anerkannt."

So lautet Artikel 9 der Verfassung, die in der Nachkriegsgeschichte Japans eine wichtige Rolle spielte. Die Auflösung der Armee und ihr Verbot für alle Zeit entsprachen den Hoffnungen des Volkes. Die schweren Opfer im zweiten Weltkrieg, die barbarischen Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki haben die Weltanschauung der Japaner stark beeinflußt. Journalisten schrieben häufig von einer „atomaren Allergie" der Japaner. Im weiteren Sinne des Wortes könnte man von einer „Allergie" gegen den Militarismus sprechen.

Aber die USA kümmerten sich wenig um den Artikel 9. Wie der



Die „Selbstschutzkräfte" auf dem Marsch

Aus der Broschüre „Defense of Japan"

ehemalige Oberbefehlshaber der USA-Okkupationstruppen in Japan General MacArthur sagte, interessierten sich die amerikanischen Militärs weit mehr für die „Möglichkeit, ihre strategische Lage zu festigen und Japan zu einem neuen Aufmarschgebiet auszubauen".

Im Stab der Okkupationstruppen, der das gesamte politische und wirtstaftliche Leben im Land leitete, wurden allmählich die Pläne zur Aufstellung neuer Streitkräfte vorbereitet. Die Aufgabe war nicht sonderlich schwierig: Selbst die ehemalige kaiserliche Armee war so schlau demobilisiert worden, daß der Offizierskader in der stark ausgebauten Polizei erhalten war. Fünf Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkriegs und drei Jahre nach Bestätigung der Verfassung, also 1950, bestand schon ein 75 000 Mann starkes „Reservepolizeikorps".

Das Korps erhielt eine neue Uniform, neue (amerikanische) Waffen und neue (ebenfalls amerikanische) Ausbilder. Im August 1952 wurde es in „Sicherheitskorps" und noch zwei Jahre später in „Selbstschutzkräfte" umbenannt. Nun besaßen sie auch japanische Waffen, deren Produktion mit dem Beginn der USA-Aggression in Korea wiederaufgenommen wurde.

Der Grundstock der „Selbstschutzkräfte" sind die Landtruppen (13 Divisionen, einzelne Verbände und Einheiten). Die nach Ansicht westlicher Experten vier kampffähigsten Divisionen liegen auf Hokkaido, in der Nähe der UdSSR. Auf dieser nördlichsten Insel wird auch eine Panzerdivision formiert. Den Landkräften gehören ferner eine Luftlande- und eine Hubschrauberbrigade an (wobei die Frage offen bleibt, wozu die „Selbstschutzkräfte" Luftlandeeinheiten brauchen).

USA-Militärexperten verfolgen aufmerksam und interessiert die Perfektionierung der „Selbstschutzkräfte". Das Pentagon erhoffte sich schon immer besonders viel von der japanischen Kriegsmarine, die die Seeverbindungen zu bewachen und die USA-Kriegsschiffe zu unterstützen habe. Seit 1978 haben die Marineverbände der „Selbstschutzkräfte" den Bereich ihres Patrouillendienstes erweitert und überwachen nun die Seeverbindungen bis Taiwan und bis Guam, wo sich ein großer USA-Militärstützpunkt befindet. Heute verlangt Washington von ihnen, eventuelle militärische Aktionen selbst im Persischen Golf zu unterstützen.

Die Zeitung „Asahi" berichtete über das Dokument des Nationalen Verteidigungsamtes „Mittelfristige Entwürfe zur Entwicklung des Rüstungspotentials Japans 1980—1984". Die Verwirklichung wird 13,8 Billionen Yen erfordern. Der Schwerpunkt dieser Entwürfe ist eine bessere Gefechtsausbildung des Personalbestandes, besonders aber die Ausrüstung der „Selbstschutzkräfte" mit modernsten Waffen. Geplant sind die Stationierung eines modernen Luftabwehrsystems und der Ankauf eines AWACS-Systems (Frühwarnung) für insgesamt 11,2 Md. Dollar. Bei seinen jüngsten Verhandlungen forderte Carter von Tokio, die „Entwürfe" vorfristig, in drei Jahren, zu realisieren.

Geschäftsleute behaupten, die Entwicklung der eigenen Verteidigungsindustrie sei für die Wirtschaft Japans unerläßlich. Y. Inayama, Vorsitzender des Direktorenrates der größten Hüttengesellschaft „Shinnittetsu" und neuer Keidanren-Präsident, meint kategorisch: „Um diese Depression zu überwinden, brauchen wir irgendwo einen weiteren Krieg." Namhafte Geschäftsleute sowie Industrieorganisationen forderten die Regierung auf, die Verteidigungsausgaben, besonders die Aufwendungen für den Ankauf neuer Technik, für die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten im Rüstungsbereich, zu verdoppeln.

Die Rüstungsindustrie deckte schon in den 70er Jahren fast völlig den Bedarf der „Selbstschutzkräfte". Heute besteht eine breite Industriebasis, die ohne weiteres auf massenhafte Rüstungsproduktion umgestellt werden kann. Japan produziert Flugzeuge, Kriegsschiffe,

Panzer und Geschütze. Die nächste Stufe sind Lenkraketen (gegenwärtig werden sie von den USA geliefert), und ein Programm für den Start militärischer Satelliten. In die Presse sind Angaben durchgesikkert, daß im Lande geheime Arbeiten an einer Laserwaffe und Forschungen zur Schaffung interkontinentaler Raketen durchgeführt werden. Wie maßgebliche Fachleute bezeugen, besitzt Japan ausreichende Plutoniumbestände und ein genügendes wissenschaftlich-technisches Potential, um in 2—6 Monaten nach der Annahme des entsprechenden Beschlusses eine Kernwaffe zur Explosion zu bringen.

Für die Koordinierung der Rüstungsproduktion sorgen der Rat für Landesverteidigung und — hauptsächlich — der Ausschuß für Verteidigungsproduktion. Aufträge des Landesverteidigungsamtes sind bei ca. 1800 Gesellschaften untergebracht. Es führen die Mitsubishi Jukogya, die Ishikawajima Harima jukogyo, die Mitsubishi denki und die Kawasaki jukogyo. Auf sie entfällt laut „Far Eastern Economic Review" (Hongkong) fast die Hälfte aller Rüstungsaufträge des Landes.

Die großen Rüstungskonzerne sind eng mit der Generalität, dem Nationalen Verteidigungsamt und den Führern der Regierungspartei liiert. Hunderte hohe Offiziere der „Selbstschutzkräfte" gehen später auf lukrative Posten bei diesen Firmen über. Die Wahlfonds der Liberal-Demokratischen Partei füllen sich durch runde Summen auf, die von den Rüstungsproduzenten gespendet werden. Kurz, der Militär-Industrie-Komplex Japans unterscheidet sich kaum von dem in den USA.

Noch vor einigen Jahren waren die antimilitaristischen Stimmungen in Japan so stark, daß sich die Angehörigen der „Selbstschutzkräfte" öffentlich kaum in Uniform zeigten. Die Generale klagten über die stets zu niedrige Anzahl der Armeedienstlustigen.

So pfiffen sie denn auch eine massierte Propagandakampagne um die „sowjetische Bedrohung" und die „Notwendigkeit der sicheren Landesverteidigung" an. Nach und nach versuchte man, die Menschen an die früheren Ideale des kaiserlichen Japan heranzuführen. Die kaiserliche Hymne „Kimigayo" wurde wieder gesungen, die Zeitrechnung nach den Regierungszeiten der Kaiser gesetzlich verbrieft. Die sterblichen Hüllen der Kriegsverbrecher, die laut Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Tokio gehängt worden waren, wanderten in den Tokioter Yasukuni-Tempel. Demnächst erhalten sie Denkmäler.

Die Rechtsgruppierungen fordern offen dazu auf, eine mächtige Armee aufzustellen, fähig, in Asien Angst zu verbreiten, sowie Sachalin und die Kurilen „zurückzuführen". Hosai Hyuga, der Vorsitzende der Föderation der Wirtschaftsorganisationen von Kansai, sprach sich auf dem Seminar „Japan in den 80er Jahren" für Vertreter der Geschäftskreise für die Wehrpflicht aus. Übrigens ermöglicht es die heutige Struktur des Kommandeurskaders (in den Landtruppen z. B. machen die Offiziere und Sergeanten fast 70 Prozent der Gesamtstärke aus), in kurzer Zeit eine Massenarmee zu formieren. Die Offiziere werden an der Akademie der „Selbstschutzkräfte" und in 28 Offiziersschulen ausgebildet. Beispiele des „Samurai-Heldenmuts" gelten dort als nachahmenswert.

Die großen Zeitungen mit Millionenauflagen machen immer häufiger Reklame für Bücher und Filme über die kühnen japanischen Soldaten im zweiten Weltkrieg. Eines solcher Bücher, „Jugend in Uniform", handelt von der Geschichte der Offiziersschulen der ehemaligen kaiserlichen Armee. Alte Fotos: eine Kolonne Soldaten auf dem Marsch, Flieger vor einem Gefechtsstart. Wohin marschierten sie? Wem brachten sie Tod und Verheerung? Davon verrät das Buch nichts.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Zahl der Anwärter für das Studium an der Militärakademie gestiegen ist. Überdies erhalten ihre Hörer, anders als die Studenten der übrigen staatlichen Hochschulen, ein Stipendium in der Höhe eines Gehalts sowie speziale Zulagen. Die Angehörigen der „Selbstschutzkräfte" brauchen auch keine Angst um eine Stelle zu haben. In einem Land mit so vielen Arbeitslosen ist das nicht zu verachten.

Das Verteidigungsamt bringt in hohen Auflagen Sonderausgaben, Werbeprospekte und farbenprächtige Alben heraus und veranstaltet ständige Treffen mit der Bevölkerung. Ein „Weißbuch" zu Verteidigungsfragen sieht die Bereitstellung beträchtlicher Summen vor, damit im Lande ein „günstiges Klima" um die „Selbstschutzkräfte" geschaffen wird. Dafür ist ihnen kein Geld zu schade.

Von Zeit zu Zeit krepieren auf Okinawa Geschosse, Jagdflugzeuge rasen über stille Dörfer hinweg, USA-Mariner üben Landeoperationen: der Alltag der Städte und Dörfer, in denen gemäß dem japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrag" USA-Militärstützpunkte bestehen und GIs stationiert sind.

Der „Sicherheitsvertrag" wurde dem japanischen Volk als „Schutz vor dem Weltkommunismus" aufgezwungen, und zwar entgegen dem Willen der Mehrheit: Die Verlängerung des Vertrages 1960 führte zu Massenprotestdemonstrationen; die Oppositionsparteien haben die Forderung nach seiner Kündigung in ihre Programme aufgenommen.

In den mehr als 30 Jahren hat niemand Japan bedroht. Sowohl der „Sicherheitsvertrag" als auch die „Selbstschutzkräfte" dienen von Anfang an nicht der Verteidigung des Landes gegen äußere Feinde, sondern anderen, innenpolitischen Zielen. Das Bündnis Washington—Tokio hat dem Pentagon die ihm in der asiatisch-pazifischen Region so notwendigen Stützpunkte gesichert. Vom „unversenkbaren Flugzeugträger der USA", wie japanische Journalisten ihr Land mit bitterer Ironie nennen, wurden Soldaten nach Korea transportiert. Hier starteten Bomber, um auf Vietnam Kurs zu nehmen. Die 46 000 USA-Soldaten auf den japanischen Militärstützpunkten haben für das Pentagon mit jedem Jahr mehr Wert. Auf Japan ist die 7. USA-Flotte gestützt.

Der „Sicherheitsvertrag", nach dem die USA Japan Militärhilfe bei einem Überfall versprachen (Art. 5), ist auf eine Weise formuliert, die dem Pentagon faktisch volle Handlungsfreiheit im Vorgehen gegen Drittländer von japanischem Gebiet aus gewährt.

In letzter Zeit schickt sich Washington an, dem amerikanisch-japanischen Militärbündnis China anzuschließen. Die „Yomiuri" schreibt z. B., das Pentagon wolle von Tokio, daß es Peking Technik überläßt, die auch zu militärischen Zwecken eingesetzt werden kann. Als weiterer Partner der „Selbstschutzkräfte" wird die NATO ins Auge gefaßt. Ihre Führer zeigen ein großes Interesse für die Angelegenheiten im Fernen Osten. Ein intensiver Delegationsaustausch findet statt, man sucht nach Berührungspunkten und nach Möglichkeiten für die Zusammenarbeit, zunächst bei der Rüstungsproduktion. Nach dem jüngsten Tokio-Besuch des Bundesverteidigungsministers Hans Apel wurden japanische Vertreter zur nächsten NATO-Ratstagung eingeladen.

Die Militarisierung legt Tempo zu. Bald könnten die gut bewaffneten und ausgebildeteten „Selbstschutzkräfte" (man sollte eigentlich schon von der japanischen Armee sprechen) eine ernste Gefahr für die Nachbarländer darstellen. Die Wiederbelebung des Samurai-Geistes verspricht auch den Japanern, die einmal schon die militaristischen Prätentionen ihrer Machthaber teuer bezahlen mußten, nichts Gutes. ■

ATHENER RHYTHMUS

Von unserem Sonderberichterstatter
Juri SOLONIZYN

In Athen herrscht Trubel, und nicht nur, weil die Akropolis Unmengen von Touristen anzieht. Rings um sie ist die turbulente Atmosphäre einer südlichen Stadt und die sachliche Aktivität eines großen industriellen, geschäftlichen und politischen Zentrums.

Seit etwa 6 Jahren lebt Griechenland in einem neuen Rhythmus. Die Regierung Karamanlis, die gleich nach dem Sturz der Militärjunta die Macht antrat, traf Maßnahmen zur Sanierung der unter einer Inflation leidenden Wirtschaft sowie zur Wiederherstellung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten. Nach offiziellen Erklärungen zu urteilen, hat das im Mai gebildete Kabinett unter Georgeos Rallis die Absicht, diesen Kurs weiter zu steuern.

Dennoch ist die Wirtschaft auch jetzt wie vom Fieber geschüttelt. Die Inflationsrate steigt rapide, voriges Jahr betrug sie 13%, und Ende 1980 soll sie, wie Experten angeben, 30% erreichen. Das Defizit in der Zahlungsbilanz wächst enorm infolge der größeren Ausgaben für Energierohstoff und für militärische Zwecke. Dieses Jahr wird sein Anwachsen von 1,8 auf 3 Md. Dollar erwartet. Man muß bedenken, daß Griechenland schon jetzt über 6 Md. Dollar Auslandsschulden hat.

Die zaghaften Versuche, das Land aus der Wirtschaftskrise hinauszuführen, fruchten nichts. Die Einschränkung des Verbrauchs und der Sozialleistungen ist nicht dazu angetan, Erleichterungen zu schaffen. Dieser Ansicht sind Beobachter. Die „Sparpolitik" hängt ja immer mit einem Sinken des Lebensstandards der Bevölkerung zusammen.

Noch streitet man sich um den formal schon vollzogenen Beitritt Griechenlands zur EG (de facto tritt das Abkommen 1981 in Kraft). Die Zugehörigkeit zu einer geschlossenen Wirtschaftsgruppierung wird unweigerlich die ausländische Herrschaft über die Industrie Griechenlands verstärken.

Schon jetzt gehört der größte griechische Betrieb (Bauxitverarbeitung, Aluminium) dem französischen Konzern Péchiney. Die Stahlgießereien in Saloniki werden neuerdings von japanischen Firmen kontrolliert. Einige US-Banken — die Chase Manhattan, die Bank of America u. a. — haben über 15 Niederlassungen im Lande aufgemacht. Es sind mehr, als griechische Banken bestehen. Jedes fünfte Kreditgeschäft geht durch die Hände von Ausländern. Im Zentrum von Athen, nicht weit vom Syntagma-Platz (Verfassungsplatz), sind riesige Gebäude aus Beton, Marmor und Glas aufgeführt worden: Zweigstellen der größten ausländischen Banken.

Die ausländische Durchdringung der Wirtschaft macht der Öffentlichkeit des Landes außer vielem anderen Sorge. Noch mehr tun das die Anstrengungen der USA und der NATO-Führung, Griechenland in die Militärorganisation der NATO zurückzuholen. Auch jetzt spürt man die militärische Präsenz der USA. An der Chaussee nach Marathon liegt der größte amerikanische Stützpunkt im Land, der eigentlich ein Horchposten ist. Seine Hauptaufgabe besteht darin, den Süden der UdSSR zu beobachten. In der Ägäis bei Athen sind zwei moderne Zerstörer der US-Kriegsmarine mit Kernwaffen an Bord vor Anker gegangen. Das Pentagon tut alles, um die vier anderen Militärstützpunkte zu behalten (für Luftwaffe im Flughafen Athen, für Kommunikationen in Nea Makri [Attika], für Flugzeugträger und für Kriegsschiffe auf Kreta).

Wenn die einseitig proamerikanische Orientierung Griechenlands aber unter der Diktatur ein kategorischer Imperativ war, so macht sich die Öffentlichkeit des Landes jetzt ernsthaft Gedanken darüber, wie für ihr Land ein anderer, mehr seinen nationalen Interessen entsprechender Platz in der Gemeinschaft der Staaten gefunden werden kann.

Unter der Junta war an Verbindungen, auch wirtschaftliche, mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern nicht zu denken. Heute sind sie etwas Normales. So entwickeln sich zügig der Handel, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Kontakte Griechenlands mit der UdSSR. In 50 Jahren haben die sowjetisch-griechischen Handelsbeziehungen Zeiten unwesentlicher Abschlüsse bis zu einer stabilen, umfangreichen Zusammenarbeit durchlaufen. Bis heute ist der Warenverkehr zwischen den beiden Ländern auf das 50fache angewachsen.

Ein neuer Impuls für die Beziehungen war der Besuch einer vom ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Präsidenten Griechenlands, Karamanlis, geführten Regierungsdelegation vom Oktober 1979 in der UdSSR. Die hier geschlossenen Abkommen über Handel, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und Handelsschiffahrt werden jetzt ausgeführt.

Im Gespräch mit mir sagte der Generaldirektor der griechischen Firma Speka, Herr Plainis: „Die Praxis hat gezeigt, daß die aktiveren Wirtschaftsverbindungen eine gute Grundlage für eine bessere Verständigung und größeres Vertrauen zwischen unseren Ländern sind. Meine Gesellschaft kauft in der UdSSR Belarus-Traktoren und MAS-LKWs. Sie sind bei uns sehr gefragt."

Der sowjetische Vizehandelsvertreter Nefjodow erzählte mir folgendes: „Mit Hilfe der Sowjetunion werden zügig das Wasserkraftwerk Pournari und das Wärmekraftwerk Kardia gebaut, mit deren Hilfe es möglich sein wird, dem flachen Land in der Landesmitte und im Norden Strom zuzuführen. Sowjetische Fachleute stellen eine Kraftanlage für das Kraftwerk Keratsini fertig. Die Ausrüstungen für eine 400 km lange Überlandleitung Athen—Ptolemais sind von uns geliefert worden."

Jetzt laufen ziemlich oft sowjetische Schiffe Piräus, den wichtigsten Hafen Griechenlands, an. Sie bringen Traktoren, spanabhebende Maschinen, Schmiedepressen, energetische und andere Industrieausrüstungen. Dann nehmen sie Bauxite, Olivenöl, Tabak, Baumwolle und Zitrusfrüchte an Bord. Erstmalig wird im September im Moskauer Sokolniki-Park eine Ausstellung griechischer Industrie- und Kunstgewerbeerzeugnisse eröffnet.

In Saloniki sah ich einen Marmorobelisk, ein Denkmal der sowjetischen Soldaten, die im zweiten Weltkrieg dort gefallen sind. An seinem Fuße liegen Blumen. In Griechenland ist der gemeinsame Kampf gegen den Hitlerfaschismus unvergessen. Solche Traditionen sind eine gute Grundlage für die freundschaftlichen und für beide Seiten vorteilhaften Beziehungen.

Athen—Moskau

ZUVERLÄSSIGE ORIENTIERUNGSPUNKTE



Das internationale Wirken der sowjetischen Diplomatie findet stets großes Interesse im Ausland. Die UdSSR, die sozialistische Gemeinschaft sind zum entscheidenden internationalen Faktor geworden. Der im Moskauer Progress-Verlag in Englisch erschienene Sammelband mit Artikeln und Reden Andrej Gromykos, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und UdSSR-Außenminister, zeigt den unermüdlichen, konsequenten Kampf der KPdSU, des Sowjetstaates für die Durchsetzung der Leninschen Prinzipien der friedliebenden Außenpolitik des Sozialismus, gegen die Kräfte der Aggression, des Militarismus und der Reaktion.

Eine ganze Epoche liegt zwischen dem ersten Beitrag des Sammelbandes, Andrej Gromykos Rede am 21. August 1944 auf der Konferenz in Dumbarton Oaks, wo die künftige Organisation der Vereinten Nationen konzipiert wurde, und dem abschließenden Beitrag des Buches, der Wahlrede des UdSSR-Außenministers am 18. Februar 1980. Die sowjetischen Menschen, die die Hauptlast des Kampfes gegen den Faschismus getragen haben, verbanden ebenso wie die anderen freiheitliebenden Völker mit dem Sieg über Hitler Hoffnungen auf einen festen Frieden, darauf, daß keine Aggression mehr zugelassen wird. Davon sprach der sowjetische Diplomat auf der Konferenz in Dumbarton Oaks.

35 Jahre später verwies Andrej Gromyko in einer Rede vor Wählern darauf, was die KPdSU und der Sowjetstaat in dieser Zeit vor allem erreicht haben: Die sowjetischen Menschen leben und arbeiten im Frieden. An der Schwelle der 80er Jahre schauen die sowjetischen Menschen optimistisch in die Zukunft.

Die Beiträge des Sammelbandes zeigen anschaulich, welche Anstrengungen früher wie jetzt nötig sind, um die günstigsten äußeren Voraussetzungen für den kommunistischen Aufbau, die Weiterentwicklung der sozialistischen Gemeinschaft und die internationale Unterstützung für den sozialen Fortschritt zu gewährleisten.

Man erinnere sich: die Atomdiplomatie Washingtons, die Bildung des aggressiven NATO-Blocks, die Doktrinen eines „Roll back", eines „Balancierens am Rande des Krieges", die Kriege in Korea, Indochina und im Nahen Osten, die von Washington provozierte Karibikkrise, die Pläne für die Aufstellung einer „Multilateralen Atomstreitmacht" der NATO, die Umtriebe der Revanchisten in der BRD, der großmachtchauvinistische Kurs Maos und seiner Nachfolger. . .

Vor vielen schweren Herausforderungen steht die Sowjetunion, die sozialistische Gemeinschaft. Die Sowjetunion setzt all ihren Einfluß, das ganze Ansehen ihrer Politik und ihr unaufhaltsam wachsendes großes Potential zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern, mit allen Friedenskräften für den Kampf gegen diese Umtriebe ein. Die sowjetische Außenpolitik ist auf eine friedliche Zukunft ausgerichtet.

Im Mittelpunkt der Artikel und Reden Andrej Gromykos steht der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Einleitung realer Abrüstungsmaßnahmen. Hier zeigen sich Dynamik und Kreativität der sozialistischen Diplomatie. In allen Reden Gromykos auf den UNO-Vollversammlungen gilt der Abrüstungsfrage die besondere Aufmerksamkeit. Gromyko entlarvt die Manöver derjenigen, die die Schuld am fortgesetzten Wettrüsten tragen — der Militär-Industrie-Komplexe der USA und der anderen NATO-Länder. Doch geleitet vom historischen Optimismus, der den Völkern der sozialistischen Länder eigen ist, bekundet er immer wieder seine Gewißheit, daß die Abrüstung ein reales Ziel ist. Diese Gewißheit gründet sich auf die Berücksichtigung der Haupterfordernisse und Realitäten unserer Epoche. Sie manifestiert sich in den Abrüstungsinitiativen der UdSSR.

In theoretischen Artikeln und Reden auf internationalen Foren befaßt sich der UdSSR-Außenminister mit verschiedenen Aspekten der Entspannung als einer wichtigen Erscheinung der 70er Jahre. Es war die Wende vom kalten Krieg zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten. Doch es gibt keinen Widerspruch — und es kann auch keinen geben — zwischen den in den 70er Jahren erreichten positiven Ergebnissen bei der Entwicklung der Beziehungen von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und den neuen Erfolgen des nationalen Freiheitskampfes in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie der Intensivierung des Klassenkampfes in den Ländern des Monopolkapitals.

Die einzelnen Beiträge zeigen Etappen bei der Verwirklichung der Beschlüsse der Parteitage der KPdSU im Kampf der UdSSR für Frieden, internationale Sicherheit und nationale Unabhängigkeit. Die KSZE-Schlußakte als Abschluß der gesamteuropäischen Konferenz, die Reihe sowjetisch-amerikanischer Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen und zur Verringerung der Gefahr eines thermonuklearen Krieges, die Aktionen der UdSSR in der UNO — all das und vieles andere sind Errungenschaften der Friedenspolitik. Die sozialistische Diplomatie beeinflußt den Gang der Ereignisse und trägt so zum Menschheitsfortschritt bei. Weder der Imperialismus noch der Militarismus oder der Hegemonismus können diese Bewegung aufhalten. So war es, so bleibt es. Gewähr dafür ist der kollektive Verstand unserer Partei, der sich auf die Leninsche Lehre, auf das große Potential des siegreichen Sozialismus stützt.

W. MATWEJEW

---

* Andrej Gromyko. **„Lenin and the Soviet Peace Policy".** Artikel und Reden, 1944—1980. Moskau, Progress-Verlag, 1980.

AHORNBLÜTEN

Arbeits- und Sozialminister posieren nicht gern neben Arbeitslosen auf dem Arbeitsamt. Dafür lassen sich westliche Militärs gern vor Waffen fotografieren. Das Foto aus „Globe and Mail" (Kanada) zeigt den Verteidigungsminister des Landes des Ahornblattes, Gilles Lamontagne, in einem der hochmodernen US-Kampfflugzeuge vom Typ F-18, die Kanada in den USA angekauft hat.

Der Minister war zufrieden, als dieser Kontrakt im April bekannt wurde. Jetzt kann sich Lamontagne nicht mehr wie früher über neue Jagdflugzeuge freuen. Dieser Tage erklärte er im Fernsehen: „Das einzige Mittel des Westens, die Sowjetunion von einem neuen Weltkrieg abzuhalten", seien mehr Atomwaffen. „Ich meine, wir sollten etwas mehr Vernunft zeigen und für Abschreckung sorgen. Und das können wir heute nicht mit unseren Panzern, Kriegsschiffen und Flugzeugen."

Was denn? Vielleicht Ahornhaine? „Ich meine, daß neueste Waffen wie Kernwaffen jetzt eine solche Abschreckung darstellen", sagte Lamontagne.

Wie der Herr, so's Gescherr. Generalmajor Gutknecht, kürzlich ernannt zum militärischen Vertreter Kanadas im Brüsseler NATO-Hauptquartier, überraschte die Kanadier mit einer „Prophezeiung": Wahrscheinlich werde es 1983 zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit der UdSSR kommen.

Warum gerade 1983? Gerade dann sollen in Westeuropa Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles stationiert werden.

Unverständlich ist hier etwas anderes: Lesen die Herren Lamontagne und Gutknecht eigentlich die kanadische Presse? Erklärte ja der kanadische Premier wiederholt, seine Regierung werde der Politik des Friedens und



der Entspannung Vorrang einräumen, und der Außenminister sagte, er sähe keinerlei Bedrohung seitens der UdSSR.

Herr Lamontagne hat sich also nicht mit dem Premier konsultiert. Zumindest bekräftigte Pierre Trudeau erst kürzlich vor dem Parlament, daß seine Regierung auf Kernwaffen verzichtet. Wem soll man eigentlich da glauben?

G. VIKTOROW

Die USA prüfen die Möglichkeiten, ein Netz von Arsenalen für schwere amerikanische Waffen auf norwegischem Territorium zu schaffen.



„Persischer Golf?"
„Nein, norwegische Fjorde..."

Zeichnung: W. Tschakiridis

FLIEGENDE TORIES

Sechzehn Abgeordnete des britischen Unterhauses — alle überzeugte Konservative — sprangen aus 2500 Foot Höhe mit dem Fallschirm. Fünfzehn von ihnen landeten wohlbehalten in Aldershot. Der Sechzehnte, der 47jährige Jack Aspinwall, wurde vom Wind abgetrieben. Der Abgeordnete zog sich eine Rückgratverletzung zu und landete direkt im Krankenhaus.

Die Engländer sind Zirkusnummern ihrer Abgeordneten gewöhnt. Die Tories sprangen für „wohltätige Zwecke". So wurden 4000 Pfund Sterling für medizinische Forschungsvorhaben aufgebracht.

Heute muß in Großbritannien um jeden Preis etwas für das Gesundheitswesen getan werden — selbst mit Hilfe fliegender Tories. Doch paradoxerweise sind es die gleichen Abgeordneten, die in Westminster in trauter Einigkeit Millionen vom Gesundheitsetat abstreichen.

W. WJASOW

WH

„Ma
war"
slogar
Whisk
Der C
einen
daten
Grana
einem
duktio
aus. V
der H
verlie
werde
mehr
herd
vielle
Anzei
daß

zent
Ware
will.
Doc
die A
kyfat
zu ro
Führ
im S
britis
vor.
Be
king
einer
eine
von
und
Prod
Chin
Xian

NÜCHTERN GESEHEN

ve, not
r Werbe-
britischen
„J & B".
stattete
chen Sol-
mit einer
dern mit
der Pro-
er Firma
sollte so
Ausdruck
den, China
ages nicht
pannungs-
Welt sein,
zeugt die
nur davon,
skyprodu-



esen seine
schwatzen

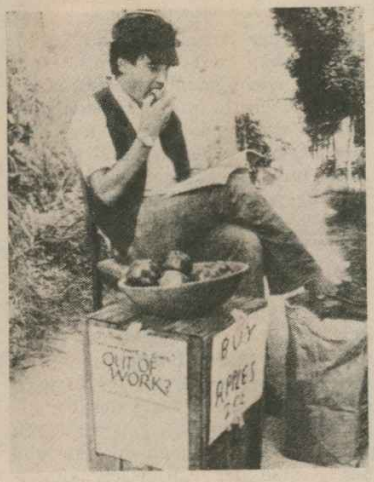
runde sind
des Whis-
nicht all-
chinesische
t anderes
eht andere
portartikel

hatte Pe-
lls Royce
kt über
Lieferung
iebwerken
für deren
n der VR
lossen. In
rwaltungs-

zentrum der nordchinesischen Provinz Shenxi, hat ein mit Hilfe britischer Fachleute errichtetes Werk für Flugzeugmotoren der Marke Spey bereits seine Arbeit aufgenommen. Der Auslandspresse zufolge entsteht auf der Grundlage dieses Triebwerks ein neuer chinesischer Jagdbomber. Auch die britische Firma Marconi Avionics erhielt kürzlich von Peking einen Auftrag über 400 Mio Pfund Sterling für die Lieferung elektronischer Anlagen an die chinesischen Luftstreitkräfte und für die Produktion dieser Anlagen in chinesischer Lizenz. Die Dynamics Co. führt Verhandlungen über den Verkauf lenkbarer Raketen an Peking. Unter den britischen Rüstungsgütern, die Peking interessieren, sind Senkrechtstarter, Kriegsschiffe und Schiffsmaschinen, Panzer... Zu große Trümpfe haben die Konkurrenten von „J & B" Whisky zu bieten.

F. JURJEW

„NEUE ZEIT" 30·80



In den 80ern empfinden die USA starke Nostalgie. Zurück in die 30er Jahre! Die Modeschöpfer tun das gern — aus alt mach' neu. Die Wirtschaftswissenschaftler haben schlaflose Nächte, da die jetzigen Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten denen der „großen Depression" jener Jahre ähnlich sind. Wie in den 30ern bieten Arbeitslose einen Apfel zum Kauf an — mit Bettelei hat das natürlich gar nichts zu tun! Und wie vor einem halben Jahrhundert wendet sich der Arbeitslose voller Hoffnung ans Arbeitsamt. Da die „Mode der 30er" teuer ist, sind diese beiden Amerikaner etwas einfacher gekleidet.

Fotos: „Daily World" (USA)



JUSTITIA IM PANZERHEMD

Selbst Justitia fühlt sich in Italien nur hinter den Mauern des schwerbewachten Justizpalastes sicher: Richter und Polizeibeamte werden immer wieder Opfer von Terroranschlägen. Die Regierung erwies sich als unfähig, die Sicherheit und normale Tätigkeit der Justiz zu gewährleisten.

Als auch Mario Amato, Assistent des Generalstaatsanwalts der Republik, der Aktivitäten neofaschistischer Gruppen untersuchte, feige ermordet wurde, war das Maß voll. Es war bereits der vierte Terroranschlag auf hohe Richter in diesem Jahr. Die Nationale Vereinigung der Verwaltungsangestellten rief den Streik aus und verlangte den Rücktritt des Justizministers und des Generalstaatsanwalts.

Der Herr Minister erklärte darauf, er wolle ... 200 gepanzerte Wagen zusätzlich zu den bereits vorhandenen hundert bestellen. Doch das dürfte kaum für alle Diener Justitias ausreichen...

I. KARASSJOW

GENERAL MÜSSTE MAN SEIN

Die uruguayischen Generale, die sich als „Bannerträger des Krieges gegen den Marxismus" wähnen, wollten sich irgendwie ihre „Verdienste" honorieren lassen. Einer von ihnen erinnerte sich daran, daß José Artigas, Held des Freiheitskampfes des uruguayischen Volkes, einen Degen trug. Daraufhin beschloß man, jedem General einen Degen Artigas zu übereichen — allerdings mit einem kleinen Unterschied. Der Degen des Befreiers war aus Stahl, die Generale aber erhielten goldene Degen.

Die militärische Führung beschloß, nicht an Attributen ihres Prestiges zu sparen. Geht ja auch so mehr als die Hälfte des Staatshaushalts an die Armee.

Die Generale vergaßen auch die „Kämpfer gegen subversive Elemente" im Obersten-Rang nicht. Zwar erhielten sie einstweilen keinen goldenen Degen. Doch dafür können sie sich bei der Pensionierung wie ein General fühlen: Immerhin erhalten sie 40 Monatsbezüge als „einmalige Abfindung" und dann eine Pension wie die Bezüge eines Generals im aktiven Dienst.

Ja, General müßte man sein! Besonders in Uruguay, wo sogar ein einfacher Soldat mehr Geld bekommt als ein Lehrer.

A. WLADIMIROW

ARBEITERBEWEGUNG IN DEN 80er JAHREN

Dr. phil. habil. Alexander GALKIN

In den führenden Ländern Westeuropas bildet die Arbeiterklasse heute eine bedeutende Mehrheit der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung: in Italien z. B. 65, in England 80, in der BRD 74 und in Frankreich 70%. Anfang der 80er Jahre wurde die Massenbasis der Arbeiterklasse bedeutend stärker. Sie besteht aus den Industriearbeitern, dem geschlossensten, kampferprobtesten Teil der werktätigen Bevölkerung. Auch die Zahl der Handels- und Verwaltungsarbeiter ist gestiegen. Sie wenden immer öfter proletarische Kampfmethoden an und protestieren immer nachdrücklicher gegen die wirtschaftliche und soziale Diskriminierung.

Die Organisiertheit der Arbeiter sowie die Aktivität und Kampffähigkeit der Gewerkschaften und besonders der kommunistischen und Arbeiterparteien haben überall zugenommen. Zur Bereinigung der für die arbeitenden Menschen lebenswichtigen Fragen haben international die positiven Wandlungen im sozialen Kräfteverhältnis beigetragen.

Günstig auf die Positionen der Arbeiterklasse wirkt sich auch die zunehmende Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Revolution aus. Die höheren Ansprüche an die Arbeitsqualität bewirken ein höheres Bildungsniveau der Arbeiter und folglich ein allgemein höheres geistiges Potential ihrer Klasse. Wichtige zusätzliche Möglichkeiten zum erfolgreichen Kampf gegen das Kapital bietet die größere Verquickung der Produktionsprozesse, wodurch die Wirtschaftsinteressen verwundbarer für Schläge gegen einzelne Glieder der technologischen Kette werden. Bei einer flexiblen Streiktaktik kann die Arbeiterklasse, um mit Lenin zu sprechen, jetzt noch mehr als früher ihre Herrschaft über das Zentrum und den Lebensnerv des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems ausüben.

Mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus von Mitte der 70er Jahre begann er sich bei den breiten Massen noch mehr in Mißkredit zu bringen. Das Interesse für die andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, nahm zu. Infolgedessen erstarkte in den führenden kapitalistischen Ländern Europas der linke Flügel der parteipolitischen Struktur. In manchen Fällen wurden dadurch die Positionen der kommunistischen Parteien stärker, in anderen die der Sozialisten und Sozialdemokraten. Gerade damals teilten sich die wichtigsten sozialen und politischen Kräfte in den meisten Ländern Westeuropas in zwei fast gleiche Lager, ein rechtes und ein linkes, und es entstand ein labiles Gleichgewicht, bei dem ein Schwanken sei es auch nur einer unwesentlichen Wählergruppe zu Verlagerungen im Kräfteverhältnis auf Parlaments- und Regierungsebene führt.

Eine Wirtschaftskrise stimuliert gewöhnlich die Offensive des Kapitals gegen die Positionen der Arbeiterklasse und erschwert ihr zugleich den Widerstand. Es fragt sich vor allem, wer den größten Teil der durch die Krise entstehenden Verluste und der Kosten der Antikrisenmaßnahmen zu tragen hat. Letztlich müssen das die Lohnarbeiter und die Werktätigen überhaupt. Mit Hilfe der Regierungen erwirkt die Bourgeoisie, daß das Nationaleinkommen durch differenzierte Steuern, durch Subsidien und Bankmanipulationen zugunsten des Großkapitals umverteilt wird. Zum Druck auf die Arbeiter benutzt man auch den Umstand, daß infolge der Krise das Angebot an Arbeitskräften größer als die Nachfrage nach ihnen ist.

So war es auch in der Wirtschaftskrise von Mitte der 70er Jahre. Infolgedessen schrumpfte das Realeinkommen der Werktätigen in den meisten kapitalistischen Ländern Europas sowohl durch ein Sinken der Zahl der Beschäftigten als auch durch eine Abnahme der Überstundengelder und anderer Lohnzuschläge. Doch die krassesten Anschläge des Kapitals gegen das Realeinkommen der Werktätigen mißglückten, ja an manchen Orten konnte die Arbeiterklasse Lohnerhöhungen durchsetzen, was unter den schwierigen Verhältnissen etwas heißen will.

Zugleich zeigen die 70er Jahre, daß die festen Positionen, die die Arbeiterklasse erobert hat, an sich eine erfolgreiche Abwehr der Attacken des Kapitals noch nicht gewährleisten. Diese sind offenbar zu erwarten, weil die kapitalistische Welt mit unverkennbaren Symptomen einer nahen Flaute in die 80er Jahre eingetreten ist.

Wie tief und umfangreich die heraufziehende Krise in der „freien Welt" sein wird, läßt sich noch schwer sagen. Das wird von vielem abhängen, was für die Intensität des Angriffs des Kapitals auf die Positionen und den Lebensstandard der Arbeiter weitgehend bestimmend sein wird. Eins aber ist gewiß: Das Weltkapital wird versuchen, für die früheren Mißerfolge Revanche zu nehmen. Klar ist auch, daß das Erzielen einer neuen wirtschaftlichen Entwicklungsrunde infolge der engen Verflechtung der zyklischen Depression mit der zunehmenden Energie-, Rohstoff- und Strukturkrise viel kostspieliger als 1974/75 sein wird. Deshalb wird man viel stärkere Beweggründe haben, auf die Arbeiterklasse zu drücken, damit sie „für das Allgemeinwohl" mehr opfern.

Wissend, daß neue Klassengefechte unausbleiblich sind, sammelte das Kapital in der zweiten Hälfte der 60er Jahre weiter Kräfte. In einzelnen Ländern Westeuropas setzte es durch, daß die Macht an eng mit den Monopolen liierte Parteien überging. Diese Strategie wurde durch die ideologische Desorientierung eines erheblichen Teils der Bevölkerung gefördert. Die Gebrechen des modernen Kapitalismus und die schlechteren Lebensverhältnisse bezeichnete man nunmehr als Folgen des sozialen Fortschritts. Deshalb führt die Ablehnung des Seienden und erst recht des pessimistisch gesehenen Kommenden bei einem gewissen Bevölkerungsteil zu einer Idealisierung des Gewesenen, des „goldenen Zeitalters". Die Schwäche der Machtmechanismen, die sich in

Seit dem Frühjahr verschlechtert sich das soziale Klima in Frankreich. In der bürgerlichen Presse liest man alarmierende Schlagzeilen wie diese: „Gefahr einer sozialen Eruption" und „Sturm im Anzuge".

Machtvolle Aktionen rollen über das Land hinweg. Teilnehmer an Streiks, Massendemonstrationen und Protestmärschen waren schon Metallarbeiter, Maschinenbauer, Elektriker, das Personal der Gasanstalten und der Pariser Métro, die Eisenbahner, Studenten, Lehrkräfte, Angestellte, Ärzte, die Bauern des Languedoc und der Bretagne und viele andere. Die nüchterne Statistik gibt die Zahl der Streiks der letzten Monate allein mit 2826 an. Führend dabei ist die CGT.

Die fortschrittliche Presse führt die Massenunzufriedenheit der Werktätigen auf die „harte Sparpolitik" der herrschenden Kreise und die Versuche zurück, die sozialen Errungenschaften



Eine Besonderheit der jetzigen internationalen Arbeiterbewegung ist die zunehmende Solidarität aller ihrer Teile miteinander. Das zeigt sich immer deutlicher sowohl im Weltmaßstab als auch in den einzelnen Ländern. In den letzten Jahren schalten sich immer mehr Fremdarbeiter in die Streikkämpfe der Werktätigen ein.

Unser Bild: In einer Stadt der BRD demonstrieren bundesdeutsche Arbeiter und Fremdarbeiter gemeinsam für ihre Lebensinteressen

Foto: TASS

der Unstabilität von Regierungen, in ihrer Aktionsunfähigkeit oder darin äußert, daß die Gesetze mißachtet werden und daß Korruption herrscht, hat Enttäuschung über die jetzigen Parlamentsinstitute ausgelöst. Bei manchen Schichten hat das ein Sehnen nach einer starken Macht geweckt, die „mit einfachen Mitteln Ordnung schaffen" könnte, nach einer autoritären Persönlichkeit, von der nicht Worte, sondern Taten zu erwarten wären.

Dieser Trend hat allerdings nicht auf das Gros der Bürger übergegriffen, die ständig und bewußt, für die Linksparteien stimmen. Aber bei einer Spaltung der Wählerschaft in zwei fast gleiche Teile kann sogar eine Meinungsänderung bei einer kleinen Gruppe, wie gesagt, einschneidende politische Wandlungen bewirken. Deshalb muß die Arbeiterklasse damit rechnen, daß die Regierungseinrichtungen in den kommenden Klassengefechten weniger empfindlich für den Druck von unten als in den 70er Jahren sein werden, besonders in den Ländern, wo die Konservativen die Sozialdemokraten am Staatsruder abgelöst haben. Sie benutzen die Macht ständig nicht nur zur Wahrung der Interessen der herrschenden Klasse, sondern auch dazu, den raffgierigsten Forderungen der Monopole nachzukommen.

Zu Beginn der 80er Jahre haben die herrschenden Kreise der USA Schritte zu einer jähen Verschlechterung der weltpolitischen Lage unternommen. Nicht zuletzt hat die Reaktion das deshalb getan, weil sie meint, die Spannung zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung als Druckmittel gegen die Arbeiterklasse des eigenen Landes benutzen zu können. Unter solchen Umständen ist es leichter, eine nationalistische Psychose auszulösen und den Kleinbürger so zu bearbeiten, daß er sich wie in einer belagerten Festung vorkommt. Unter Berufung auf die Verteidigungsinteressen ist es viel leichter, das Volk zu größten Opfern anzuhalten und Resultate zu erzielen, die unter normalen Umständen kaum erreichbar wären.

Bezeichnend in diesem Sinne ist der Beistand, den der ganze rechte Flügel der parteipolitischen Struktur Westeuropas den USA bei ihrem aggressiven Kurs geleistet hat. Vor den Westeuropäern begründet man diesen Beistand damit, daß man mit den USA Solidarität übe, die ja in ihrer Hilfsbereitschaft ihren NATO-Partnern gegenüber nicht geschwächt werden dürften. Der Eifer der Rechten Westeuropas geht aber weit über die „atlantische Solidarität" hinaus. Sie provozieren Spannungen in Europa, damit sich die Bourgeoisie dort einen Bereitstellungsraum für die kommenden Klassengefechte schaffen kann.

Sehr wichtig für die Taktik der Monopolbourgeoisie in diesen Gefechten ist die zunehmende Internationalisierung des Kapitals, seine Beweglichkeit sowohl innerhalb des entwickelten Kapitalismus als auch an seinem Rande. Die Multis können auf Veränderungen der sozialen Situation schnell reagieren. Wo dem Kapital unbehaglich wird, da können sie die Produktion stoppen, dagegen in Gebieten mit politisch und gewerkschaftlich schwach organisierten, billigen Arbeitskräften können sie sie steigern.

Die Arbeiterklasse und ihre Organisationen werden natürlich alle

FRANKREICH

DER WIDERSTAND WÄCHST

sowie die demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten zu schmälern. Die Offensive gegen die Interessen der Werktätigen hängt auch mit der akuten Krise der Wirtschaft zusammen, die an den chronischen Gebrechen des Kapitalismus krankt.

Die Zuwachsrate der Industrieproduktion ist wesentlich gesunken, die Kapazitäten sind noch mehr unterbelastet. Außenhandels- und Zahlungsbilanz schließen ständig mit Fehlbeträgen ab. Noch vor kurzem wollte man den Franzosen einreden, das Ende der Krise sei nicht mehr weit. Jetzt aber machen selbst hohe Amtspersonen kein Hehl daraus, daß noch schwerere Zeiten bevorstehen.

Unter der Krise leiden vor allem die arbeitenden Menschen. Kürzliche Meinungsforschungen haben ergeben, daß die Arbeitslosigkeit für die meisten Franzosen das Problem Nr. 1 ist. Nach offiziellen Angaben hatte Frankreich im Frühjahr über 1,4 Millionen Arbeitslose (den Gewerkschaften zufolge 1,9 Millionen). Davon sind 40% junge Menschen. Seit Kriegsende waren es noch nie so viele.

Ein Unglück kommt selten allein. Alle Versuche, die Inflation abzubremsen, haben zu nichts geführt. Laut Prognosen werden die Preise im Jahr durchschnittlich um 13% steigen. Am empfindlichsten wirkt sich die Verteuerung der Nahrungsmittel, der Mieten sowie der Gas- und Stromgebühren aus. Die französische Presse schreibt jetzt ausdrücklich, daß das alles auf die „Liberalisierung" der Preispolitik, d. h. darauf zurückzuführen ist, daß die Preisschranken beseitigt worden sind. Daher sinkt die Kaufkraft der Werktätigen und wächst die Spanne zwischen den Preisen einerseits und den Löhnen und Gehältern anderseits.

Dafür steigen die Gewinne der Großkonzerne weiter. Der „Vie française", einem Blatt der Finanzkreise, zufolge haben die größten, solche wie Péchiney-Ugine-Kuhlmann, die Compagnie française des pétroles und Rhône-Poulenc, über 200—300% Gewinn erzielt. Angesichts dieser Tatsache wirken die Ermahnungen zur Sparsamkeit wie der reinste Hohn.

Den Werktätigen will man einreden, der Ausweg aus der Krise liege im sogenannten Burg- oder Klassenfrieden. Aber den Klassenkampf, von dem die bürgerlichen Ideologen schon oft behauptet haben, er sei veraltet oder überhaupt nicht vorhanden, kann niemand absagen. Davon zeugen ja gerade die Aktionen der erwerbstätigen Franzosen.

W. SEMJONOW

Kräfte aufbieten müssen, um den Angriff ihrer Gegner abzuschlagen.

Selbstverständlich wird die Wirtschaftsflaute den Massenkampf wie früher erschweren, aber nichts liegt vor, was eine Stärkung der Positionen bei den Rechten unausbleiblich machen würde. Schon Lenin schrieb, aus dem Faktum einer Wirtschaftsdepression kann man noch nicht ersehen, ob sie den Massenkampf überhaupt aufzuhalten angetan sei.

Erfolgreich kann man sich gegen die Machenschaften der Multis nur zur Wehr setzen, wenn man die Arbeiterklasse organisatorisch im selben Grade internationalisiert, wie es das Weltkapital ist.

Die Arbeiterklasse kann sich nicht mit der Verteidigung begnügen. Wenn sie ihre bisherigen Errungenschaften verteidigt, kämpft sie unweigerlich auch um positive Lösungen für die laufenden wie für die künftigen sozialen Entwicklungsprobleme. Die Krise von 1974/75 hat gezeigt, wie wichtig es ist, daß die Arbeiterklasse und ihre Parteien Antikrisenprogramme als realistische Alternative zur Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie aufstellen. Solche Programme, in denen die zu erwartenden wirtschaftlichen Erschütterungen der 80er Jahre berücksichtigt werden, sind erst recht notwendig.

Eine Hauptvoraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung Westeuropas in den 80er Jahren ihre Aufgaben erfüllen wird, ist wie bisher die Aktionseinheit im nationalen und im internationalen Maßstab. Besonders kommt es auf ein Zusammenwirken der wichtigsten politischen Strömungen der Arbeiterbewegung — der Kommunisten und der Sozialdemokraten — an. Ihm steht noch so manches im Wege, besonders die Neigung der Sozialdemokraten zu den vom Kapitalismus hervorgebrachten Formen der gesellschaftlichen Institutionen, die Kluft zwischen Worten und Taten, die bei der sozialdemokratischen Führung festsitzende Feindseligkeit den Kommunisten gegenüber und ihr Bestreben, gemeinsame Aktionen nur zum eigenen Vorteil zu benutzen.

Was die nächsten Jahre der Arbeiterbewegung betrifft, so sind sich die Kommunisten darüber klar, daß sie nur dann ihre Reihen fester schließen kann, wenn sie die Lebensinteressen der Werktätigen wahrnimmt. Auf diesem Boden kann und muß eine antiimperialistische Front gebildet werden, die fähig ist, aus den kommenden Gefechten zwischen Arbeit und Kapital siegreich hervorzugehen. ■

RASSISMUS ALS STAATSPOLITIK

Wladimir SHITOMIRSKI

„Die größte Gefahr für gute Beziehungen zwischen den Rassen besteht in Großbritannien nicht im Einwandererzustrom, den es gar nicht gibt. Höchstens kann von einem Rinnsal die Rede sein... Die größte Gefahr für normale Beziehungen zwischen den Rassen sind Minister oder namhafte Abgeordnete, die die Zahl der Einwanderer zu hoch angeben." Diese vielleicht etwas paradoxen Worte hat der „Guardian" nicht von ungefähr geäußert. Viele britische Politiker suchen aus dem Empfinden der Massen politisches Kapital zu schlagen. Die in London erscheinende Zeitschrift „Africa" schrieb: „Die Rassenfrage löst in Großbritannien wahrscheinlich mehr Aufregungen und Diskussionen aus als jede andere."

Im Brennpunkt der politischen Leidenschaften stehen etwa 2 Millionen Farbige aus den ehemaligen Kolonien Großbritanniens: aus karibischen Ländern über 600 000, aus Indien 430 000, aus Pakistan 240 000, aus Bangladesh 50 000, aus Ländern Afrikas ca. 300 000 und ebenso viele aus anderen Weltgegenden.

Zu den Einwanderern zählt man alle Farbigen, selbst wenn sie im dritten oder vierten Geschlecht schon in England ansässig sind. Nicht zu ihnen rechnet man die weißen Einwanderer z. B. aus der RSA, obwohl manche erst Monate in Großbritannien leben. Folglich hat schon der Ausdruck „Immigrant" eine rassistische Nuance.

Von Anfang des Jahrhunderts bis vor kurzem war die Einwanderung recht intensiv. Es kamen ziemlich viele aus Irland und anderen Ländern Europas. Wenn jetzt aber vom Einwandererproblem die Rede ist, meint man Menschen aus Ländern des Commonwalth, u. zw. nur Farbige. Sie macht man zu Sündenböcken für das Stagnieren der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die Verschlechterung des Gesundheitswesens und der Sozialfürsorge.

Bürgerliche Politiker nutzen diese Demagogie weidlich aus. Die reaktionären, ultrarechten und ausgesprochen faschistischen Organisationen haben sie in ihr Rüstzeug aufgenommen. Mit Hilfe von Presse, Funk und Fernsehen wird sie dem Engländer eingeflüstert. Und man muß sagen, dieses Treiben findet eine Resonanz, in erster Linie unter den Kleinbürgern und politisch unbeschlagenen Leuten. Infolgedessen haben die farbigen Einwanderer nicht allein wirtschaftliche Probleme, sondern stoßen andauernd auf Vorurteile oder sogar unverhohlene Feindseligkeit.

Wie sie leben

Sie haben ein schweres Los. „U.S. News & World Report" schrieb: „Farbige Familien werden oft in Substandardhäuser gestopft, denn auf staatliche Wohnungen haben sie erst nach fünf Jahren ein Anrecht." Sechsmal so viel Farbige wie Weiße leben in Gemeinschaftswohnungen ohne Komfort. Die Jugendkriminalität unter den Schwarzen nimmt überhand, besonders in Bezirken mit hochprozentiger Arbeitslosigkeit.

In Nelson (Nordosten von Lancashire) leben, dem „Guardian" zufolge, über 6000 Asiaten, von denen viele während des Textilbooms der 50er Jahre angeworben wurden. Asiatinnen, die in Heimarbeit schneidern, nähen auf ausgeliehenen alten Maschinen Atlasschleifen für 5,50 Pfund das Tausend. Gut eingearbeitete Näherinnen bringen eine Schleife in fünf Minuten ununterbrochener Arbeit fertig. Die meisten aber brauchen 10 Minuten. Das Blatt fährt fort: „Die Firma stellt nicht speziell Asiatinnen ein, aber sehr wenige Engländerinnen sind zu dieser Arbeit für so geringen Lohn bereit." In England gibt es mindestens 250 000 solche Heimatarbeiterinnen.

Unter den Einwanderern sind natürlich auch Fachkräfte, manchmal erstklassige. Aber auch sie werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt.

Mit Leichtigkeit umgehen die Unternehmer das Gesetz über die Rassenbeziehungen, das angeblich die Lage der Einwanderer verbessern soll, um so mehr, als die Behörden dieses Gesetz selbst als Feigenblatt für die eigenen Rassenvorurteile oder die völlige Gleichgültigkeit zu benutzen scheinen. Also hat das Gesetz die umgekehrte Wirkung. Statt den Einwanderern Arbeit zu gewährleisten, steht es ihrer Anstel-

lung im Wege. So hat die Ortsgruppe einer Organisation, die Einwanderern Arbeit beschaffen soll, in der großen Industriestadt Liverpool erklärt, daß die „hiesigen Geschäftsleute und Gewerkschafter den Farbigen mit raffinierten Methoden die Arbeit versagen".

Zur Verzweiflung getrieben, bemühen sie sich immer energischer um Gerechtigkeit, und dann kommt es manchmal zu Ausbrüchen wie kürzlich in Bristol. Seit Monaten wird die Süßwarenfabrik in Slough bestreikt. Der Besitzer des „süßen Zuchthauses" beutet die Arbeiter schonungslos aus, er zahlt etwa die Hälfte dessen, was in anderen solchen Betrieben Großbritanniens gezahlt wird, gibt nur halb so viel Urlaub, zahlt bei Krankheit keinen Lohn und nie Überstundengeld. Um die Streikenden kleinzukriegen stellt er Streikbrecher ein, wogegen die Belegschaft Streikposten steht.

Warum sie da sind!

Auf einer Einwandererdemonstration las man auf einem Spruchband: „Wir sind hier, weil ihr dort wart." Das stimmt genau. London verbrämte die jahrhundertelange Ausplünderung der Kolonien und abhängigen Gebiete später mit dem Gerede von Privilegien, die den Einwohnern der britischen Besitzungen geboten seien. Es verabschiedete 1914 sogar ein Gesetz über die britische Staatsbürgerschaft, das den Bewohnern des Imperiums angeblich die Pforten zu England öffnete.

Nach einem Gesetz von 1948 ist jeder Bewohner des Commonwealth zum britischen Staatsbürger erklärt worden. Damit wurde zweierlei bezweckt. Der Zeitschrift „Time" zufolge wollte man damit die Besitzungen fester an London binden und zugleich eine Rechtsgrundlage für künftige Einwanderungen schaffen. Zweitens verfolgte man mit dem Gesetz einen wirtschaftlichen Zweck. In den Nachkriegsjahren hatte Großbritannien einen empfindlichen Mangel an Arbeitskräften, und das neue Gesetz sollte Abhilfe schaffen.

Der „Spiegel' schrieb: „In den 50er und Anfang der 60er Jahre, als sich die Wachstumsgesellschaften Kontinental-Europas in den Mittelmeerländern mit billigen Arbeitskräften versorgten, als Millionen Gastarbeiter in die Fabriken und auf die Baustellen in Frankreich, Deutschland" (BRD), „Holland und Belgien strömten, standen den Briten noch billigere Arbeitskräfte zur Verfügung. In den Kolonien der Karibik sowie in den Commonwealthländern des indischen Subkontinents und Afrikas warben Regierung und große Unternehmen Arbeiter für jene Jobs an, in denen die Briten schon damals nicht mehr arbeiten wollten."

Die Leute wurden buchstäblich angelockt. Man versprach ihnen hohe Löhne und gute Wohnverhältnisse. In Wirklichkeit zahlte man ihnen nur einen Teil der Gelder zurück, die die Kolonialisten aus den Ländern dieser Leute herausgepumpt hatten. England baute seinen Wohlstand ja direkt auf der Verelendung seiner Kolonien auf.

Bösartige Lügen

Man wirft den Einwanderern vor, daß sie die Viertel, in denen sie wohnen, herunterwirtschaften. Daß das nicht stimmt, zeigt z. B. die Geschichte des Londoner Viertels Lewisham, das allmählich ein „Negerviertel" geworden ist.

Lewisham hatte 1931 327 000 und 1973 nur 259 000 Einwohner. Die Weißen zogen aus, weil die Häuser baufällig wurden. In diese zogen kinderreiche farbige Familien ein. Während die Einwohnerzahl sank, wuchs der Anteil der Farbigen. Die Aufwendungen für das Gesundheits- und das Bildungswesen wurden gekürzt, der Autobusverkehr eingeschränkt. Mit der Zeit vergaßen viele Weiße, die noch in Lewisham geblieben waren, die wirklichen Ursachen des Niedergangs über den rassistischen Einflüsterungen, daß an dem Ruin die farbigen Einwohner schuld seien.

Andere behaupten, daß die Einwanderer ihnen Arbeitsplätze wegschnappen und die Arbeitslosigkeit vergrößern. Das ist eine ernste Beschuldigung, sie hat bei manchen Engländern Feindseligkeit gegen die Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien geweckt. Wie ist es in Wirklichkeit? Die Einwanderer verrichten Arbeiten, für die keine Schulung notwendig ist. Die Stellen sind dadurch frei geworden, daß Leute ins Rentenalter kamen und junge Engländer solche Arbeit nicht mögen. Wie der englische Soziologe John Rex in seiner Abhandlung „Die Streitbarkeit der Schwarzen und der Konflikt der Klassen" schreibt, handelt es sich um schmutzige oder äußerst schwere Arbeit zu unbequemer Tageszeit oder um zuviel Stunden, für die der Lohn ganz unangemessen ist.

Es gibt rassistisch angehauchte Politiker, die behaupten, alle Einwanderer hätten etwas Verbrecherisches an sich. Ja, die britische Polizei nimmt ziemlich viele Einwanderer aus den ehemaligen Kolonien fest, manche haben aus Verzweiflung darüber, daß sie keinerlei Arbeit finden können, und über die Feindseligkeit, der sie täglich begegnen, tatsächlich Verbrechen begangen. Aber die Polizei geht andauernd von einem über 150 Jahre alten Gesetz aus, dem zufolge man jeden festnehmen kann, dessen Absichten dem Ordnungshüter auch nur im geringsten verdächtig vorkommen. Die „Time" schreibt: „Die Farbigen merken, daß das Gesetz in ungerechter Weise gerade gegen sie angewandt wird", und der „Spiegel" äußert, wenn ein Schwarzer nach Anbruch der Dunkelheit an einer Ecke stehe, könne er festgenommen werden.

Dem „Guardian" zufolge machen die Farbigen unter den in London nach diesem Gesetz Verhafteten 44% aus, unheimlich viel, wenn man bedenkt, daß die Einwanderer nur ein paar Prozent von der Einwohnerschaft Londons ausmachen. Aber das ist noch nicht alles. Auch die Zahl der Schuldsprüche in solchen Fällen ist erschreckend, sie macht in London an die 85% aus. Der Leiter der westindischen Gemeinde, Courtney Laws, sagte zu einem Korrespondenten der „Time": „Unsere Jungens haben schon Angst, auf die Straße zu gehen, denn sie können jederzeit festgenommen werden."

Theoretisch sind die Kinder farbiger Einwanderer im Alter von 5 bis zu 16 Jahren wie alle Kinder Englands schulpflichtig. In manchen Grundschulen machen sie die Mehrheit aus. Aber auch da gibt es Probleme. Über eins sprach die amerikanische Lehrerin Carol Bergman, die lange in England gelebt hat: „Als ich das erste Mal herkam, sah ich zu meiner Freude, wie schwarze und weiße Kinder zusammen auf dem Hof spielten. Als ich aber in die Klasse kam, stellte ich fest, daß die englischen Lehrer nicht mit den schwarzen Kindern umzugehen verstehen. Sie geben sich keine Mühe, die Kultur ihrer Völker zu begreifen, und sehen in den schwarzen Kindern eine Last. Diese fühlen, daß man sie nicht mag, und werden entweder aggressiv oder deprimiert." Das gleiche stellt der Soziologe Thomas Cottle in einer Schrift fest.

Da heißt es: „Die Kinder von Angehörigen nationaler Minderheiten werden gewöhnlich in die schlechtesten Schulen aufgenommen und von weißen Lehrern unterrichtet, die kaum eine Ahnung von ihrer nationalen Kultur und ihrem Innenleben haben. Bei erster Gelegenheit geben Hunderttausende Schüler die Schule auf und versuchen, die wenigen Arbeitsplätze zu ergattern, die die Gesellschaft ihnen übrigläßt."

Kurz, die Schule weckt bei den farbigen Kindern vielfach einen Minderwertigkeitskomplex. Die Dem-

agogen aber behaupten, diese Kinder seien einfach unfähig, und wegen der Farbigen sinke der Bildungsstand in England.

Zeit für die Neonazis!

Auf rassistischen Wahnideen beruht die Politik der ultrareaktionären Partei Nationale Front, die nach dem Vorbild der Nazipartei aufgebaut ist. Ideologisch operiert sie mit der absurden Idee, daß ein Komplott gegen die weiße Rasse geschmiedet werde. Was damit gemeint ist, ersieht man aus der Schrift „Die Nationale Front: Die Anatomie einer politischen Bewegung" von einem gewissen Stan Taylor: Man wolle „die weiße Rasse aus der Führung beim menschlichen Fortschritt ausschalten".



„An eine englische Familie zu verkaufen" — diese Aufschrift auf der von Rassisten getragenen Tafel zeugt nochmals von der Diskriminierung, der die Einwanderer überall begegnen

Die Führung der „Front" erklärt, sie übernehme es, das britische Volk („einen unabdingbaren Bestandteil der weißen Rasse") zu schützen, das von der Vernichtung bedroht sei: Verschwörer hätten die Absicht, durch Mischehen zwischen Briten und Angehörigen anderer Rassen, die als Einwanderer ins Land kämen, ihr Ziel zu erreichen. Die „teuflische Verschwörung" könne man nur dadurch unschädlich machen, daß man alle Farbigen mit Gewalt des Landes verweise. Außerdem müsse Großbritannien die Verbindungen mit Weltorganisationen abbrechen, zu denen Länder mit farbiger Bevölkerung gehören, und ein neues Commonwealth weißer Nationen gründen. Außer den „Lasten des Kampfes für ein Überleben" der weißen Rasse in England übernimmt die „Front" noch die „Lasten" des Kampfes gegen die „kommunistische Gefahr".

Das Gerede von einer Verschwörung ist immerhin etwas abstrakt, wenn es manche Leute auch erschrecken mag. Anders ist es mit den tendenziösen Erklärungen für die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände. Und da beginnt das provokante Gerede, daß die Farbigen schon durch ihr bloßes Eintreffen im Land Schaden anrichten.

Die politische Prinzipienlosigkeit, das Appellieren an die niedrigsten Instinkte der Menschen und die aggressiven Propagandamethoden erinnern manche Engländer an die NSDAP. Sie bekam 1928 bei Wahlen nur 2,6% der Stimmen, fünf Jahre später aber über 33%. Auch das führt Taylor an.

Als Zeichen der greifbaren Gefahr marschieren in den britischen Städten Kolonnen der „Front" und brüllen Schlagworte wie: „Die weiße Rasse über alles!", „Raus mit den schwarzen Wollköpfen!" oder „Schlagt die Roten tot!"

Und das im guten alten England!

Betrachtet man den Rassismus, die nationale Intoleranz als Krankheit, so grassiert sie in Großbritannien schon ganz gehörig. Bei erster Gelegenheit suchen die Machthaber die anschwellende Unzufriedenheit infolge wirtschaftlicher und sozialer Faktoren in den Nationalismus umzumünzen und die Engländer mit Chauvinismus zu infizieren. Im vorigen Jahrhundert suchte man sich als Zielscheibe die Iren aus.



Marschierende Neofaschisten von der „Nationalen Front" werden gewöhnlich von der Polizei sorgsam behütet

Fotos aus dem „Spiegel" (BRD)

Ab Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts fanden die Nutznießer des Chauvinismus ein neues Objekt für ihr politisches Spiel: die Flüchtlinge aus dem vorrevolutionären Rußland, dem bürgerlichen Polen und dem Rumänien der Bojaren, die der Hunger oder Verfolgungen durch die Reaktionäre in die Fremde getrieben hatten. Obwohl nur sehr wenige Osteuropäer einwanderten (rund 2500 im Jahr), wälzten die Rechten sofort die Schuld für allerlei Mißstände auf sie ab.

Die britischen Forscher Heile Nugent und Robert King schreiben: „Wie jetzt über die farbigen Bewohner Großbritanniens sollte man richtiger sagen, daß neben den Stammbewohnern des Landes auch die Einwanderer der veränderten Wirtschaftssituation und der unzureichenden sozialen Planung zum Opfer fallen." Den Immigranten gab man die Schuld an der zunehmenden Arbeitslosigkeit unter den Dockern, obwohl die periodischen Geschäftsflauten die Ursache waren. Man machte sie für die Arbeitslosigkeit unter den Londoner Schneidern verantwortlich, obwohl daran die Automation sowie die Konkurrenz der Bekleidungsfabriken verantwortlich waren. Man machte ihnen die schwere Lage der Schuharbeiter zum Vorwurf, obwohl diese Branche auch schon vorher in einer Krise gesteckt hatte.

Auch die von Oswald Mosley 1932 gegründete faschistische Britische Union basierte ihre Politik auf dem Anfachen nationalistischer Stimmungen. Um die Leute aufzuputschen, behauptete das Sprachrohr der Union, die Wochenschrift „Blackshirt", daß „die Fremden Großbritannien in einen Krieg hetzen".

Im heutigen England schlachten nicht allein die Spitzen der Nationalen Front den Nationalismus und Rassismus aus. Diese vergiftete Waffe führen gern auch namhafte Politiker der Torys, der Partei des Großkapitals. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang nicht nur der Abgeordnete Enoch Powell, der behauptete, das Land werde bald von farbigen Einwohnern überschwemmt sein, und in den Straßen der englischen Städte werde „Blut in Strömen fließen". Nicht wenig hat zum Anfachen des Rassenhasses auch Margaret Thatcher mit ihrer Aufsehen erregenden Ansprache von 1978 im Fernsehen beigesteuert. Sie sagte: „Sobald die Minderheit zu wachsen beginnt, befällt die Leute Angst. Der englische Charakter hat für die Demokratie und für die Erhärtung der Gesetzlichkeit soviel getan, daß die Leute, sobald die Gefahr entsteht, daß das alles null und nichtig ge-

macht werden kann, sich zu handeln anschicken und den Ankömmlingen gegenüber eine große Feindseligkeit an den Tag legen." Weiter behauptete die jetzige Toryführerin, viele Engländer hätten die Befürchtung, von „Menschen einer anderen Kultur ertränkt" zu werden, und rief dazu auf, der Einwanderung ein Ende zu machen.

Viel Staub wirbelte auch die Diskussion auf der Torytagung von 1979 in Blackpool auf. Sie habe gezeigt, „wie den Torys die Maske abfiel", schrieb der „Observer". Einige „abscheuliche Reden" seien gehalten worden.

Noch vor dieser Tagung berichtete der Londoner „Sunday Telegraph" daß die Konservativen ein härteres Vorgehen in der Einwanderungsfrage vorhätten. Sie hätten einen Beschluß aufgesetzt, die Einwanderung aus den Commonwealthländern nochmals auf ein Fünftel zu verringern. Und das haben sie auch getan.

Kurz nach der Tagung, Ende vorigen Jahres, gab der Innenminister der Toryregierung, William Whitelaw, neue Maßnahmen zur Einschränkung der Immigration bekannt. Das betrifft u. a. innerhalb und außerhalb Englands geborene Engländerinnen, die nun nicht mehr ihren Mann oder Bräutigam ins Land mitbringen dürfen. Nur Männer, die in EG-Ländern geboren sind, dürfen zu ihren Frauen nach England kommen. Nicht einreisen dürfen Gatten und Bräutigame, wenn die Einwanderungsbehörden befinden, sie hätten geheiratet, um sich die Einreise zu erleichtern, oder einer der Gatten wolle die Ehe im weiteren nicht aufrechterhalten.

Die neuen Bestimmungen benachteiligen die Engländerinnen den Frauen aus den anderen EG-Ländern gegenüber. Sie richten sich auch in anderer Weise gegen die Menschenrechte: Verwitwete Mütter, alte Eltern, Großeltern und Kinder über 18 Jahre dürfen sich nicht mit ihren in Großbritannien wohnhaften Familien vereinigen.

Das sind gesetzwidrige Beschränkungen, gegen die jeder protestieren würde — so kommentiert die „Financial Times" die Pläne der Regierung Thatcher. Bischof Truro hat folgendes erklärt: „Das Einzige, was die Regierung will, ist das Recht aufheben, das die hier lebenden farbigen Frauen haben. Das ist eine ausgesprochene Diskriminierung." Lord Scarman betonte vor dem Parlaments-Unterausschuß für Rassenbeziehungen und Immigration, daß einige der neuen Bestimmungen denen aus der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zuwiderlaufen.

Die Torys werden sich wahrscheinlich schwer retten können, selbst nachdem Whitelaw einige „Modifikationen" an den Einwanderungsbestimmungen bekanntgegeben hat. Einer armen Studentin aus Nigeria oder einer Bäuerin aus Bangladesh, die zu ihrem in England wohnhaften Mann kommt, wird man mit Fragen viel mehr zusetzen als einem japanischen Finanzmann oder einem Hotelier aus Saudi-Arabien, schrieb der „Oberserver". Viele könne dieses Verhör verwirren, besonders Frauen aus dem Innern Asiens, die zum erstenmal so ausführlich mit einem Europäer sprechen. Das Blatt fährt fort: „Wer die Tätigkeit des Einwanderungsdienstes kritisch beurteilt, stellt fest, daß die Beamten im Dienst ihre rassistische Voreingenommenheit an den Tag legen."

Von der Einstellung zu den Einwanderern als minderwertigen Menschen zeugt auch das Verhalten der Angestellten des Gesundheitswesens. Sie haben Mädchen, die aus Commonwealthländern zu ihren in England lebenden Verlobten kamen, demütigenden Untersuchungen unterzogen.

Der britische Dramatiker David Edgar, Verfasser des Stückes „Ein Schicksal" über die Neofaschisten, schreibt empört über die Neigung der britischen geistigen Elite, an alten Ansichten wie „So etwas kann hier nicht vorkommen" festzuhalten. Die Engländer hätten keine Ursache zu solchem Hochmut: „In den vergangenen Jahren sind in diesem Land Dinge passiert, ist es zu solchen Straßenschlachten zwischen Faschisten und Antifaschisten gekommen, die hier bislang undenkbar waren."

Die greifbare Gefahr, die der Rassismus als Bestandteil des Faschismus für Großbritannien darstellt, beunruhigt die klardenkenden Engländer. Folgerichtig erläutern die englischen Kommunisten seinen Ursprung und bieten die Volksmassen zum Kampf gegen ihn auf. Die Antifaschistische Liga, die Rückhalt bei fast 100 Gewerkschaftsorganisationen und Vereinigungen hat, konnte schon einige Monate nach ihrer Gründung im Jahre 1978 80 000 Personen zu einer Demonstration gegen den Rassismus im Londoner Victoria-Park aufmarschieren lassen.

Auch die Einwanderer selbst setzen sich immer energischer für ihre Rechte im Einklang mit dem Gesetz ein, laut dem sie sich als britische Staatsbürger ansehen dürfen. Die Väter und Großväter vieler von ihnen sind in England geboren. Hier ist ihre wenn auch nicht sehr freundliche Heimat. Und schließlich kann nur ein bornierter oder unehrlicher Mensch vergessen, daß Großbritannien seine Prosperität weitgehend den Kolonien verdankt. Die britischen Kolonialisten haben deren Völkern große Schätze abgenommen. Es könnte gewissen Herrschaften in Großbritannien, die so gern von Pflichtgefühl und anderen schönen Dingen reden, gar nichts schaden, sich ihrer moralischen Verpflichtungen den Menschen aus den Exkolonien gegenüber zu entsinnen.

VERFASSUNG FÜR PINOCHET

In Chile wurde der Entwurf einer neuen Verfassung veröffentlicht, durch die das Grundgesetz von 1925 ersetzt werden soll.

Juntachef Pinochet ließ sich schon seit langem über eine mögliche „Neodemokratisierung" aus. Zweck der Übung ist, den Kampf der Werktätigen für bessere Lebensbedingungen, für Freiheit und Demokratie zum Abflauen zu bringen, die innere Opposition zu spalten und dem Regime im Ausland ein weniger abstoßendes Image zu verschaffen.

Das ist allerdings kein leichtes Unterfangen. Sollte sich im Lande während der letzten Jahre etwas geändert haben, so keinesfalls zum Besseren. Die Arbeitslosigkeit wächst, die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer. Es ist verboten, gewerkschaftliche Massenvereinigungen zu bilden. Die Diktatur benutzt die vor 7 Jahren eingeführten Sondervollmachten, um Andersdenkende im Zaum zu halten.

Der „New York Times" zufolge haben in Chile willkürliche Verhaftungen zugenommen. Ein Rechtsanwalt vom Erzbistum Santiago, Alejandro Gonzales, stellte fest, daß die Sicherheitsdienste jetzt „raffiniertere" Foltern anwenden, die „keine Spuren hinterlassen". Ihr besonderes Augenmerk gilt den Hochschulen und anderen Lehranstalten, in denen die Junta einen Brutherd unerlaubter Ideen sieht. Allein in diesem Jahr wurden aus politischen Gründen 240 Pädagogen entlassen.

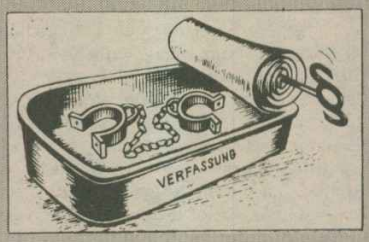
Die Junta verschont auch jene nicht, die sie früher unterstützten und später zur Opposition stießen. So wurde der Gewerkschaftsführer der Taxifahrer, Juan Jose Jara, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Früher trat er gegen die Regierung Salvador Allende auf und organisierte provokatorische Verkehrsstreiks. Jetzt soll er die Behörden durch die Behauptung „beleidigt" haben, daß

sich ihre neue Wirtschaftspolitik auf Bajonette stützt.

Der Londoner „New Statesman" meint, in Chile könne nur eine Verfassung angenommen werden, „die das gegenwärtige Regime legalisiert". So hat sich auch der von Pinochet eigens zur Aufsetzung des Verfassungsentwurfs ernannte „Staatsrat" redlich darum bemüht, die Diktatur gesetzlich zu verankern.

Der Verfassungsentwurf garantiert den Chilenen keine politischen Freiheiten; die linken Parteien, die zur Unidad Popular gehörten und nach dem Staatsstreich von 1973 für vogelfrei erklärt wurden, bleiben auch weiter verboten. Nur einige mit der Junta geistesverwandte bourgeoise Parteien sollen legalisiert werden mit dem Vorbehalt, daß ihre Tätigkeit durch spezielle Gesetze reglementiert und das Verfassungsgericht zu entscheiden haben wird, ob sie nicht über den Rahmen der Verfassung hinausgeht.

Die neue Verfassung verweigert den Werktätigen das Streikrecht, was die Junta übrigens bereits getan hat. Die chilenische Zeitung „Mercurio" weist auf einen Verfassungsaspekt hin, der die Pressefreiheit wesentlich einschränkt: Jede Äußerung, die die „gesellschaftliche Ordnung" antastet, soll gerichtlich für strafbar erklärt werden.



Zeichnung: W. Tschakiridis

Warum bemüht sich die faschistische Junta gerade jetzt so sehr um einen gesetzlichen Anstrich? Außer den genannten Erwägungen wohl deswegen, weil Pinochet und Clique gar nicht vorhaben, die politische Bühne bald zu verlassen; vielmehr wollen sie auf „gesetzlicher Grundlage" an der Macht bleiben. Einige Kommentatoren kommen zu dem Schluß, daß die Junta mindestens für 12 Jahre vorkalkuliert. Dem Inkrafttreten der neuen Verfassung soll eine fünfjährige Übergangsperiode — natürlich unter Pinochet — vorangehen. Darauf sollen Präsidentschaftswahlen für die nächsten 6 Jahre stattfinden, bei denen Pinochet kandidieren kann. Man beachte, daß man vom Datum des Inkrafttretens der Verfassung rechnen soll, aber es steht ein Referendum bevor, das noch nicht anberaumt ist... Das Ganze hängt also von der Junta und davon ab, wie lange es ihr beliebt, an der Macht zu bleiben.

Oppositionelle Kreise erklären, daß nur ein breites Volksreferendum unter Teilnahme aller politischen Kräfte Gesetzeskraft haben kann. Das Volk von Chile und die Weltöffentlichkeit werden sich durch die „Verfassungs"farce nicht irreführen lassen.

W. DOLGOW

KONFERENZ IN BANGKOK

Das große, dichtbevölkerte Südostasien gilt schon lange als neuralgischer Punkt der Erde. Wie könnte man dort Frieden und Stabilität herbeiführen? Das haben Ende Juni in Bangkok, der Hauptstadt Thailands, Wissenschaftler aus 17 Ländern zu beantworten versucht: aus Thailand, Malaysia, den Philippinen, Indonesien, Singapur, Indien, der UdSSR, Vietnam, Laos, den USA, der BRD, Japan, England, Frankreich, China, Australien und Norwegen. Sie beschäftigten sich vor allem mit den Ursachen der jetzigen Konfliktsituation. Verschiedene, einander manchmal ausschließende Meinungen wurden laut, was bei der Zusammensetzung der Konferenz ja nur natürlich war. Viele Wissenschaftler konstatierten aber, daß die Hauptursache die hegemonistische Politik Pekings ist.

Zwar muß dieses seine Taktik ändern und seine Expansion mit anderen Methoden betreiben, seine Endziele sind aber die alten geblieben. Auf der Konferenz wurden Aussprüche der Pekinger Führer zitiert und chinesische Landkarten gezeigt, aus denen hervorgeht, daß Peking große Gebiete der Nachbarstaaten für sich beansprucht. Besondere Sorge aber macht es der Öffentlichkeit, daß Peking von Drohungen zu Gewalt übergeht.

Das Streben Pekings nach der Vormachtstellung in Südostasien wurde auch von einem amerikanischen Delegierten, Stephen Heder, bestätigt. Anhand der Ergebnisse zahlreicher Stichprobenbefragungen, die er unter den Kampucheanern in den Flüchtlingslagern in Thailand angestellt hat, bekräftigte er, daß das Regime von Pol Pot, Ieng Sary und Khieu Samphan immer schon eine Marionette Pekings, ein fügsames Werkzeug bei dessen maoistischen Experimenten in Kampuchea gewesen ist.

Die Versuche der chinesischen Delegierten, die Beschuldigungen zu widerlegen, waren völlig unhaltbar und wurden von den meisten Delegierten abgelehnt. Darauf mußten die Chinesen Verteidigungsstellung beziehen, was von der Presse vermerkt wurde.

Als noch eine Ursache der Unstabilität in Südostasien wurde auf der Konferenz bezeichnet, daß das Vorgehen der US-Regierung unverkennbar Wasser auf die Mühle Chinas ist, weil es ihm zu verstehen gibt, daß sie diese Region als Zone ihrer „rechtmäßigen Interessen" ansieht.

Natürlich waren nicht alle dieser Ansichten. So hat sich die Vertreterin Singapurs, Frau Chan Heng-chee, mit den Versuchen der amerikanischen und chinesischen Delegierten solidarisiert, für die jetzige Lage in Südostasien Vietnam verantwortlich zu machen. Natürlich sagte sie kein Wort über die Aktivierung der Reste der Pol-Pot-Banden in Thailand und über die Hilfe, die ihnen Peking und Washington beim Kampf gegen die VR Kampuchea leisten.

Mit Recht stellten die Wissenschaftler fest, daß die Konfliktsituation nur bei gutem Willen aller behoben werden kann, nur dann, wenn alle zur Beilegung der Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln bereit sind. Lebhaftes Interesse erregte in diesem Zusammenhang die neue Friedensinitiative Vietnams, die regionalen Probleme sachlich mit den ASEAN-Ländern zu erörtern und auf die 1971 von der ASEAN-Konferenz in Kuala Lumpur vorgebrachte Idee zurückzukommen, Südostasien zu einer Zone des Friedens und der Stabilität zu machen.

Die Konferenz in Bangkok hat kein abschließendes Dokument angenommen, das hatte man sich auch gar nicht vorgenommen. Ihr wichtigstes Ergebnis ist die Einwilligung der meisten Wissenschaftler, den Regierungen der betreffenden Länder Empfehlungen für eine friedliche Behebung der Konfliktsituation in Südostasien zu machen.

G. TSCHUFRIN

Bangkok—Moskau

DIMENSIONEN DER OLYMPIADE



Als die Olympische Flamme, die Viktor Sanejew, Sieger bei den drei vorhergehenden Olympischen Spielen, in das Zentrale Leninstadion trug, von Sergej Below, einem Medaillengewinner der Münchner Olympiade, in Empfang genommen wurde und die Flamme der XXII. Olympiade aufflackerte, konnte dieses Ereignis von 100 000 Zuschauern auf den Tribünen und von ca. 2 Milliarden Menschen vor den Fernsehschirmen in 104 Ländern verfolgt werden. Die Moskauer Olympiade nahm ihren Start.

Auskunft über die Dimensionen der Olympiade gibt uns das automatische Steuerungssystem (ASS) mit der Bezeichnung „Olympiada". Dieses Informationssystem ist gegenüber seinen Vorgängern, erstmals bei den Spielen 1960 in Rom eingesetzt, erheblich verbessert. In Montreal konnte ein derartiges System 280 Mio Symbole speichern, während es in Moskau bereits 800 Millionen sind.

Zum Informationssystem der Moskauer Spiele gehören fünf Rechenzentren, 12 Computer und 442 Kommunikationskanäle. Während der Wettkämpfe arbeitet das ASS „Olympiada" mit einer Geschwindigkeit von 5,5 Mio Operationen in der Sekunde. Eines der drei Untersysteme dieses ASS — „Informazija", bestimmt insbesondere für Presse, Rundfunk und Fernsehen — wird 500 000 Operationen pro Sekunde ausführen. Es registriert die nationalen Mannschaften, Verlauf und Ergebnisse der Wettbewerbe für die Herausgabe der Tagesbulletins.

An einem der 45 ASS-Informationsstellen, im dritten Stock des Hauptpressezentrums, forderte ich die Teilnehmerzahl der XXII. Olympiade ab. Die Antwort kam sofort: 5923 Sportler und 2402 offizielle Mannschaftsvertreter von Ländern aus fünf Kontinenten sowie ... 163 Pferde. Zudem hat das „Informazija"-System unzählige Angaben über alle Sportarten des Programms der Spiele sowie Informationen aus der Geschichte der olympischen Bewegung samt biographischen Angaben jedes Wettkampfteilnehmers, Rekordtabellen und Wettervorhersagen für die Wettkampforte gespeichert. Die Systeme des ASS „Olympiada" spucken ihre Angaben in Russisch, Englisch und Französisch in einer Gesamtauflage von 26 Mio Exemplaren aus.

203 Medaillensätze in 21 Sportarten werden vergeben. Das ist mehr als in Montreal, da in das Programm der Moskauer Olympiade Damenhockey, Gehen über 50 km, neue Gewichtskategorien der Schwerathleten und im Judo aufgenommen wurden.

Den Olympiateilnehmern stehen 27 Sportarenen zur Verfügung. In Moskau und Tallinn wurden 100 olympische Objekte errichtet und rekonstruiert, wie Ignati Nowikow, Vorsitzender des Organisationskomitees der Olympiade '80, am 15. Juli auf einer Pressekonferenz mitteilte. In diesem Zusammenhang dürfte die Meinung von Peter Ueberroth, Präsident des Organisationskomitees der Olympiade 1984 in Los Angeles, nicht uninteressant sein. Er erklärte: „Kurz gesagt — phantastisch. Alle Anlagen, die ich gesehen habe, sind großartig. Doch selbst vor diesem Hintergrund möchte ich das ‚Olympijski'-Schwimmbecken, den Ruderkanal und die Radrennstrecke in Krylatskoje besonders hervorheben."

Und nun einige Informationen über die Moskauer Wettkampfstätten. Ein riesiger zweiteiliger Mehrzweckkomplex wurde errichtet. Er besteht erstens aus einem Hallenstadion für 45 000 Zuschauer. Dieser Komplex ist einer der größten überdachten Wettkampfstätten, die in zwei isolierte Säle getrennt werden können. Zweitens gehört zu ihm das Olimpijski-Schwimmbecken mit 10 000 Tribünenplätzen, das zwei Becken hat: ein Schwimmbecken, 50×22 m, und ein Sprungbecken 33,3×25 m.

Der Ruderkanal in Krylatskoje mit 3000 Tribünenplätzen zu denen während der Spiele eine provisorische Tribüne für 18 000 Zuschauer hinzukommt, ist 2300 m lang und 125 m breit. Dort können gleichzeitig acht Ruderboote oder 11 Kajaks und Kanus Rennen fahren. Wie der Schweizer Thomas Keller, Präsident des Internationalen Ruderverbandes, erklärte, hätte es sich allein wegen des Moskauer Ruderkanals gelohnt, die Olympiade in Moskau abzuhalten.

Die Radrennstrecke in Krylatskoje ist originell überdacht — ohne eine einzige Stütze. Über 5000 Zuschauer können das Rennen auf der 333,333 m langen Bahn, der größten Hallen-Radrennstrecke der Welt, verfolgen.

Und nun zum Olympischen Dorf. Gelegen im grünen Gürtel Moskaus, weit entfernt von Industriebetrieben, ist es ein Viertel aus 18 fünfzehnstöckigen Wohnhäusern mit Zwei- und Dreizimmerwohnungen. In jedem Zimmer wohnen nicht mehr als zwei Olympiateilnehmer. Das Olympische Dorf ist 107 ha groß. Teiche, Blumenbeete, Springbrunnen, alles für Training und Erholung der Sportler. Das Olympische Dorf dürfte das beste in der Geschichte der Spiele sein. In den vier Sälen des Restaurants können je 1000 Personen speisen. Das Menü berücksichtigt die verschiedenen nationalen Küchen.

Doch, nicht vom Brot allein... Man kann dem französischen Schriftsteller Armand Lanoux nur zustimmen, wenn er sagt, „der Sport ist ein großer Träger der Kultur." Entsprechend der IOC-Charta soll das Kulturprogramm der Olympiade das gleiche Niveau haben wie die sportlichen Wettkämpfe. In Moskau werden während der Olympiade 144 Ballett- und Opernvorstellungen bis zu 1500 Konzerte und 350 Zirkusauftritte geboten. Im Kulturprogramm wirken die 126 besten Künstlergruppen des Landes, mehr als 10 000 Schauspieler und Musiker mit.

Über alle sportlichen und kulturellen Ereignisse der Olympiade '80 informieren ca. 5000 Korrespondenten von Nachrichtenagenturen, Zeitungen und Zeitschriften, von Rundfunk und Fernsehen. Das Olympische Fernseh- und Rundfunkzentrum in Ostankino, das größte in der Geschichte der Spiele, ermöglicht Übertragungen über 100 Rundfunk- und 20 Farbfernsehkanäle.

I. MARINOW

LEBENSFRAGEN VON 1200 INSELN

Juri WESSELKOW

Die Republik der Malediven ist eine 800 km lange Inselkette im Indischen Ozean unweit des Äquators. Von den 1200 Inseln sind nur 200 bewohnt. Der Staat hat eine Fläche von ca. 300 km² und etwa 150 000 Einwohner.

In Reiseführern heißen die Malediven nicht selten das „Venedig der Tropen": Die Inseln scheinen nur durch kilometerlange Kanäle getrennt. In allen Farben schildern die Werbeprospekte den Sandstrand, die türkisblauen Lagunen, die ungemein reiche Unterwasserwelt mit farbenprächtigen Korallenkolonien und die Haine von Kokospalmen.

Über all der äußeren Pracht, die der Tourist bewundert, sieht man nicht gleich, wie hart die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf den Inseln sind. Das Volk ist fleißig, und doch gehört das Land zu den ärmsten der Welt. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt 150 US-Dollar. Der Grund ist, daß die Inseln keine Bodenschätze haben. Nur 5% des Bodens (fast durchweg Korallenkalkstein) eignen sich zur Bestellung. Die Einwohner der Malediven müssen ständig gegen den Ozean kämpfen und ihm buchstäblich jeden Fußbreit Boden abtrotzen.

Der maledivische Staat wird erstmalig schon in den 2000 Jahre alten römischen und byzantinischen Chroniken erwähnt. Die Ahnen der heutigen Einwohner, die aus Südindien und Sri Lanka stammten, unterhielten enge Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu den Ländern des arabischen Ostens. Im 12. Jahrhundert wurde der Buddhismus vom Islam abgelöst, dessen Dogmen auch heute die ideologische Grundlage der maledivischen Gesellschaft bilden. Im 16. Jahrhundert erlebten die Malediven eine portugiesische Invasion, dann wurde Portugal von Großbritannien verdrängt.

Dieses machte die Malediven 1887 zu seinem Protektorat, und erst 1965 mußte London nach einem hartnäckigen, mitunter blutigen Kampf den Malediven die Unabhängigkeit gewähren. Am 26. Juli 1965 unterzeichnete der britische Hochkommissar Walker in Colombo das entsprechende Abkommen. In diesem Jahr begehen die Malediven also den 15. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit.

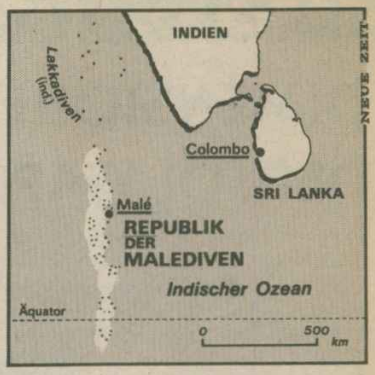
Die Gewährung der Unabhängigkeit wurde jedoch an schwerwiegende Bedingungen geknüpft. So behielt Großbritannien die Kontrolle über die Insel Gan bei, wo es einen Fliegerstützpunkt hatte. Vertreter der maledivischen Regierung nannten dieses ihnen aufgezwungene Abkommen eine „vorsätzliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes". Die Bewegung für die Auflösung des britischen Stützpunktes auf Gan führte dazu, daß die Briten 1976 auch diese Insel verlassen mußten.

Im Jahre 1978 wurde auf den Malediven die Nasir-Diktatur gestürzt, und eine neue Regierung unter Präsident Gayyoom kam an die Macht. Sie traf Maßnahmen zur Demokratisierung des innenpolitischen Lebens, aktivierte die außenpolitischen und kommerziellen Beziehungen und ging daran, die Grundlagen für die Planung und Koordinierung der Wirtschaftsentwicklung zu schaffen.

Haupterwerbszweig der Malediven ist der Fischfang, der zusammen mit der Fischverarbeitung fast der Hälfte der Bevölkerung Arbeit gibt. Der Export von Fischen und Fischereiprodukten sichert rd. 90% der Valutaeingänge. Gegenwärtig verwirklicht die Regierung ein Programm zur Modernisierung der Fischereiflotte. Die Segelboote der Fischer werden mit Motoren ausgerüstet, alte Barkassen durch moderne Schiffe ersetzt, Kühlhäuser und Lagerräume erweitert bzw. neu gebaut. Die staatliche Fischfanggesellschaft kontrolliert den Fischfang und sorgt für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern.

Die Landwirtschaft der Inseln steht und fällt mit der dort als „Haupternährerin" verehrten Kokospalme. Die Kokosmilch stillt den Durst, das Fruchtfleisch ist ein wichtiges Nahrungsmittel, das Holz und die Blätter sind seit Jahrhunderten bewährte Baustoffe. Aber die Kokospalmen und die kleinen Mengen Hirse, Bataten und Jams, die auf den Inseln angebaut werden, decken den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung nicht. Die fast völlige Abhängigkeit des Landes vom Import von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern veranlaßt die Regierung, nach neuen Wegen zur Erhöhung der Agrarproduktion zu suchen.

Die Malediven sind zum Touristenparadies quasi prädestiniert. Aber dieser Wirtschaftszweig entstand auf den Inseln erst in den 70er Jahren. Die erste ausländische Touristengruppe erschien dort 1972. In diesem Jahr werden bereits etwa 40 000 Gäste erwartet.



Die Zunahme des Fremdenverkehrs, der nach dem Fischfang die größten Eingänge in den Staatssäckel sichert, fördert das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Der hauptstädtische Flughafen Hululé wird erweitert, die Handels- und die Küstenflotte modernisiert.

Seinerzeit hegte Großbritannien die Hoffnung, daß die Malediven auch nach Erreichung der politischen Unabhängigkeit ihre Außenpolitik nach seinen Weisungen gestalten würden. Aber die unabhängige Republik steuert in seinen Beziehungen zu anderen Ländern einen selbständigen Kurs. Als Mitglied der Nichtpaktgebundenenbewegung unterstützt sie die Bemühungen der friedliebenden Staaten um den Ausbau der Entspannung und um die Abrüstung, befürwortet den Vorschlag, den Indik in eine Friedenszone zu verwandeln, und fordert in diesem Zusammenhang die Auflösung des USA-Stützpunktes auf Diego García, das in der Nähe der Malediven liegt.

In der UNO und anderen internationalen Gremien verurteilen die Vertreter der Malediven die aggressive Nahostpolitik Israels und seiner Schutzherren, setzen sich dafür ein, daß dem Volk Palästinas das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung und die Schaffung eines souveränen Staates gewährt wird, und lehnen die Camp-David-Abmachung ab. Den Malediven, die einen schweren Weg zur Unabhängigkeit zurückgelegt haben, sind die Ziele des Befreiungskampfes der Völker Südafrikas nah und verständlich, alle Äußerungen von Rassismus und Apartheid dagegen verhaßt.

Im April 1980 wurde ein sowjetisch-maledivisches Abkommen über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit — das erste wichtige Dokument der gegenseitigen Beziehungen — unterzeichnet. Wie Präsident Gayyoom sagte, hat das Abkommen offiziell die schon früher eingeleitete fruchtbare Zusammenarbeit beider Länder verankert. Auf den Inseln werden sowjetische Fotoausstellungen und Filmfestivale veranstaltet.

Die Sowjetunion hilft der Republik der Malediven bei der Ausbildung nationaler Fachkräfte. Absolventen sowjetischer Hoch- und Fachschulen sind im Krankenhaus der Hauptstadt, in Ministerien und anderen Ämtern anzutreffen. In der Hauptstadt Malé besteht ein Klub der Absolventen sowjetischer Hochschulen.

Die unabhängige Außenpolitik der Republik der Malediven, besonders ihre guten Beziehungen zur UdSSR, sind dem Westen und Peking ein Dorn im Auge. In der westlichen Presse erscheinen immer wieder Hetzartikel über den „verfrühten" Abzug der Briten von der Insel Gan und das in diesem Raum entstandene „Vakuum", das die Russen nun zu füllen wünschten. Als Argumente dienen boshaft entstellte Fakten der friedlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Malediven.

Solche Versuche, einen Keil zwischen die beiden befreundeten Länder zu treiben, werden nicht erst seit gestern unternommen. Erinnert sei z. B. an die Ente der britischen Presse von 1963, als diese über die „russischen Pläne" berichtete, auf den Malediven einen sowjetischen Militärstützpunkt anzulegen. Dieser Unsinn wurde verzapft, als auf Gan noch britische Fliegerkräfte lagen!

Auch heute werden ab und zu solche Propagandatöne laut. Das war wieder einmal der Fall, als im Frühjahr d. J. auf den Malediven ein regierungsfeindliches Komplott aufgedeckt wurde. Die Fäden der Verschwörung führten nach Westeuropa: Dort waren die Söldner angeworben und ausgerüstet worden. Man hat sie rechtzeitig unschädlich gemacht, aber in der Presse einiger westlicher Länder erschienen provokatorische Mitteilungen, die UdSSR habe bei dem Komplott die Hand im Spiel gehabt. Diese Erdichtungen wurden von den Behörden der Malediven entschieden dementiert. Deren Volk stellte sich bei der Aufdeckung des Komplotts einmütig hinter die Regierung Gayyoom.

Die Hintergründe solcher Propagandakampagnen sind klar: Sie sollen die Völker davon ablenken, daß die USA und ihre Bündnispartner ihre militärische Präsenz in diesem Raum verstärken und u. a. den USA-Stützpunkt auf Diego Garcia ausbauen. Nicht die angeblichen Pläne der UdSSR, sondern ganz konkrete Schritte der USA und Pekings sind eine reale und ständig wachsende Gefahr für Frieden und Sicherheit der Völker dieser Region, darunter für die Malediven.

Ihr Volk hat in den langen Jahren des Unabhängigkeitskampfes große politische Erfahrungen gesammelt. Darauf gestützt, weist es entschieden alle feindseligen Kräfte zurück, die es stören, den Weg des Fortschritts zu gehen. ■

STRASSE DES LEBENS

Von unserem Sonderberichterstatter
Juri TAWROWSKI

Die Geschichte kennt Fälle, da Länder und Völker infolge von Invasionen, Seuchen, katastrophalen Überschwemmungen und Erdbeben untergingen. Wir Menschen des 20. Jahrhunderts haben erlebt, wie eine ganze Nation, die Khmer, um ein geringes zugrunde gerichtet worden wäre. Der aus China verschleppte Virus des Maoismus war auf kampucheanischem Boden noch verheerender als in seiner Heimat. Nicht einmal 4 Jahre brauchten die Pol-Pot-Leute, um ein Drittel der Bevölkerung zu ermorden, die Grundlagen des Staates zu zerstören und die Wirtschaft zu ruinieren — kurz, um das eigentliche Bestehen Kampucheas und seines Volkes in Frage zu stellen.

Ich war in jenen ersten Tagen nach dem Sturz der verbrecherischen Clique Pol Pot/Ieng Sary in Kampuchea nicht, als Journalisten aus Phnom Penh Berichte sandten, die einem das Blut in den Adern gerinnen ließen: über Schulen, die in Todeslager umgewandelt waren, über Brunnen und Straßengraben voller Leichen, über Kinder, die an Erschöpfung starben. An all diese Zeugnisse dachte ich wieder, als ich in Pochentong, dem Flughafen von Phnom Penh, den Boden Kampucheas betrat.

Der Flughafen, die Zollbeamten und die Grenzer in gut sitzender Uniform, die Menge von Kampucheanern und Ausländern, die die Fluggäste abholen. Unser Wagen auf der Chaussee nach Phnom Penh, der Büffelgespanne, Radfahrer, weißblaue SIL-Kipper sowjetischer Produktion und Geländewagen mit dem UNO-Emblem am Schlag überholt. Die Hauptstraße der kampucheanischen Hauptstadt, mein Hotel. Mit dem Zimmerschlüssel in der Hand steige ich hinauf, um mit gezückter Kamera sofort auf die Straße zu gehen. Die Gesichter der Passanten — sind sie noch erschöpft? Nein, alles in allem sehen die Menschen genau so aus wie in Kuala Lumpur oder Bangkok, Singapur oder Manila. Es wird dunkel, und ich verschiebe meine weitere Bekanntschaft mit der Stadt auf morgen.

Menschen mit Gewissen

In der kühlen Hotelhalle unterhalte ich mich mit zwei Franzosen, mit denen ich aus Ho-chi-Minh-Stadt geflogen war.

„Fast unglaublich, aber die Kampucheaner sind selbst aufgelebt und haben ihr Land wiederaufleben lassen", sagt Dr. Jean-Yves Follézou, sich den Schweiß von der Stirn mit seinem rotweißen Halstuch wischend. Er ist Vorsitzender des Französischen Komitees für medizinische und sanitäre Hilfe an die Bevölkerung Kampucheas. „Jean-Michel und ich waren in Phnom Penh zum erstenmal im Mai 1979 und besuchten mehrere Provinzen. Damals war die Lage einfach katastrophal. Wir sahen verhungernde Kinder, es gab Fälle von Pest und von Erkrankungen, die in Europa längst vergessen sind, denn sie werden vom Essen des Fleisches von Tierkadavern verursacht."

Dr. Jean-Michel Vinot sagt seinerseits: „Fügen Sie dem hinzu, daß die ständige Unterernährung und die ebenso ständige Angst ums Leben die Menschen nicht nur körperlich, sondern auch nervlich fertigmachten. Die Ärzte stellen fest, daß viele Kampucheaner, darunter Kinder, psychisch gestört sind. Was wir sahen, erschütterte uns. Wieder in Paris, berichteten wir die Wahrheit über Kampuchea und forderten die Öffentlichkeit auf, möglichst schnell zu helfen. Bald wurde unser Komitee gegründet. Ihm gehören bekannte Vertreter der Öffentlichkeit an: die Journalistin Madeleine Riffaud, der Karikaturist Jean Effel, der Weltreisende Haroun Tazieff u. a. Schon im August hatten wir genügend Mittel gesammelt, um 31 t Nahrungsmittel und Medikamente zu kaufen und zusammen mit der britischen Wohltätigkeitsorganisation OXFAM ein Flugzeug nach Phnom Penh zu chartern. Die UdSSR und Vietnam hatten bis dahin schon seit Monaten Kampuchea mit Nahrungsmitteln und Konsumgütern versorgt, aber aus dem Westen war noch nicht ein Körnchen Reis gekommen. Unser Flugzeug war der erste Beweis dafür, daß es überall anständige Menschen gibt..."

Das stimmt. Trotz der Versuche, den Sinn der Wandlungen in Kampuchea zu entstellen, die Regierung Heng Samrin zu verleumden und der internationalen Öffentlichkeit Zweifel daran zu suggerieren, daß sie die humane Hilfe nicht gerecht unter die Einwohner verteilen kann, begannen internationale und nationale Organisationen seit der zweiten Hälfte 1979 mit der Hilfe für das Volk Kampucheas.

Meine Kollegen aus der kampucheanischen Nachrichtenagentur SPK vermittelten mir amtliche Angaben des Kampucheanischen Komitees für Aufnahme und Verteilung der humanen Hilfe. Neben der UdSSR, Vietnam, Bulgarien, Laos, der Mongolei, der DDR, Polen, Ungarn, der ČSSR und Indien halfen der UNO-Kinderfonds (UNICEF), das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das UNO-Weltprogramm für Nahrungsmittelhilfe, die FAO, die britische OXFAM, die internationale Wohltätigkeitsorganisation „World Vision", der Weltkirchenrat, das Komitee amerikanischer Freunde im Dienst an der Gesellschaft, das Französische Komitee für medizinische und sanitäre Hilfe, die Gesellschaft der Freundschaft Japan—Kampuchea, die Französische Gesellschaft der Volkshilfe, die Organisation „Internationale Zusammenarbeit für sozialökonomische Entwicklung", die Kommunistische Partei Japans, die „Hilfsaktion Vietnam" (BRD), „Terres des hommes" (Frankreich), „Vietnam Fraternité" (Frankreich), verschiedene Wohltätigkeitsorganisationen und Privatpersonen. Natürlich haben sie nicht so große Möglichkeiten wie die sozialistischen Länder, die die Hilfe für Kampuchea auf staatlicher Grundlage erweisen, und doch halfen und helfen sie einem Volk, das Opfer der Genozidpolitik war.



In Kompong Som

Die „Ljubow Orlowa" eilt zur Hilfe

Die Hilfe kommt auf unterschiedlichen Wegen. Zuerst war der einzige Weg die Chaussee über die vietnamesische Grenze, dann wurde der Flughafen Pochentong in Betrieb genommen. Bald darauf wurde zum Teil der Flußhafen von Phnom Penh und noch etwas später der Seehafen Kompong Som wiederaufgebaut. Diese Wege dienen auch heute, aber am intensivsten wird der billige und zuverlässige Seetransport benutzt. Unter verschiedenen Flaggen, aus verschiedenen Häfen der Welt laufen Schiffe in Kompong Som ein. Dort beginnt die kampucheanische „Straße des Lebens".

Wußte der Kampucheaner, von dem ich diese Bezeichnung zum erstenmal hörte, von der Straße des Lebens, die während des Großen Vaterländischen Krieges das blockierte Leningrad mit dem ganzen Sowjetstaat verbunden hatte? Wohl kaum. Aber mir scheint, daß Kompong Som und die vom Hafen ins Land führenden Eisenbahnstrecken und Chausseen mit dem damaligen Weg wirklich viel gemein haben.

Seit fast drei Monaten befindet sich im Kompong Som die zweite Expedition von Hafenarbeitern der sowjetischen Fernöstlichen Reederei. Aus Wladiwostok, Nachodka und Cholmsk sind nach Kampuchea Kran-, Gabelstaplerfahrer und Traktoristen gekommen, um das erste Kollektiv abzulösen, das von Oktober v. J. bis Januar d. J. den kampucheanischen Kollegen beim Löschen geholfen hatte.

Ich kam um die Mittagszeit nach Kompong Som. Schon als der Wagen zum Hafen hinunterfuhr, erblickte ich das weiße Motorschiff „Ljubow Orlowa", auf dem die sowjetischen Hafenarbeiter wohnen. Daneben lag ein großer britischer Trockenfrachter. Am Reep empfingen mich der Kapitän des sowjetischen Motorschiffs Dmitri Slipak, der Erste Offizier Nikolai Baturin und der Expeditionsleiter Sergej Kolobkow.

„Um 12 essen wir zu Mittag, kommen Sie in die Offiziersmesse, dort können wir uns auch unterhalten", fordert der Kapitän mich auf.

Während wir uns im kühlen Raum an den Tisch setzen, hören wir die Zeitzeichen und die Stimme des Moskauer Rundfunks: Morgennachrichten. Der Zeitunterschied ist wirklich groß. Zum Mittagessen gibt es u. a. ukrainischen Borstsch.

„Wir machen alles, damit sich unsere Menschen hier möglichst heimisch fühlen", sagt Nikolai Baturin. Ebenso wie der Kapitän ist er schon zum zweitenmal in Kompong Som.

Ich frage Sergej Kolobkow, warum eigentlich sowjetische Hafenarbeiter nach Kampuchea kommen müssen, Tausende Meilen weit von der UdSSR: Dies werde unsere Leser, besonders im Ausland, sicherlich interessieren.

„Die Frage ist verständlich. Hoffentlich wird's auch die Antwort sein", lächelt er. „Sie sind ja nicht erst seit gestern in Kampuchea und haben bestimmt gesehen, was die Pol-Pot-Clique hier angerichtet hat. Sie hat alles nur Mögliche zerstört, schlimm genug. Aber weit schlimmer für das Volk ist die Vernichtung fast aller qualifizierten Kräfte. Das gilt auch für diesen Hafen. Bald nach der Befreiung, als die rettenden Frachten aus der UdSSR und den anderen Bruderländern ankamen, hatte der Hafen die winzige Durchlaßfähigkeit von 200 t am Tag. Was ist das schon für Schiffe von 5, 10, ja 15 BRT? Es gab so gut wie keine erfahrenen Hafenarbeiter mehr. So mußten Bauern von gestern eingestellt werden, und sie hatten keine Ahnung vom Be- und Entladen. Die Lage war untragbar: Die Bevölkerung war unterernährt, und die Nahrungsmittel verdarben in Schiffsräumen.

Die kampucheanischen Führer baten die Sowjetregierung um Hilfe, und eine Expedition wurde nach Kompong Som entsandt. Was sahen unsere Kollegen, als die ‚Ljubow Orlowa' aus Wladiwostok hier am 19. Oktober 1979 vor Anker ging? Es gab fast keine Technik. Im Hafen gab es kein Wasser, weil die Pol-Pot-Leute die Wasserleitung und das Pumpwerk beschädigt hatten, der Dieselgenerator war außer Betrieb, weshalb es auch keinen Strom gab. Am schlimmsten aber war, daß die eingetroffenen Lebensmittel zu langsam die Bevölkerung erreichten. Wir bildeten zwei Schichten aus unseren Hafenarbeitern, zu je 24 Mann, von denen jeder mehrere Berufe meistert. Auch die Kampucheaner bildeten zwei Schichten zu je 500 Mann. Als Gabe des Sowjetvolkes hatten wir Krane, Gabelstapler, Traktoren und sonstige Technik mitgebracht.

Wir stellten die Wasserversorgung des Hafens wieder her, was auch der Stadt zugute kam, und reparierten den Dieselgenerator. Viel Mühe kostete die Enttrümmerung des Hafens und der Schuppen. Diese waren mit chinesischen Geschossen und Kanonen vollgepfropft. Wir regelten die Löscharbeiten und unterwiesen die Kampucheaner rasch in der Mei-

sterung der Technik. Recht bald war die Schlange von Schiffen am Pier nicht mehr so lang, dann überhaupt nicht da. Aber das kam erst Mitte Januar, d. h. gegen Ende der Arbeitszeit der ersten Expedition."

Probleme des Hafens

Mitten in der Erzählung schrillte das Telefon. Die Wacht meldete, daß der Kapitän des in der Nähe liegenden britischen Schiffes „Gulf Eagle" an Bord sei.

Wenige Minuten später war er beim Kapitän der „Ljubow Orlowa". Roy Amara ist Inder wie auch die Mehrheit seines Teams. Er ist jung, energisch, heiter. Zu seinem sowjetischen Kollegen kam er nicht nur aus Höflichkeit, sondern auch, um die Löschzeit zu besprechen.

„Wie denken Sie, wie lange liegen wir noch in Kompong Som?" fragt er mit einem Blick auf den Tischkalender.

„Wie lange wollten Sie eigentlich bleiben?" fragt Sergej Kolobkow zurück.

„Die UNICEF hat mein Schiff für 4 Monate gechartet, weil die Situation in diesem Hafen so schwierig ist."

„Ich verspreche Ihnen, daß Sie spätestens in zwei Wochen auslaufen können. Mit dem Löschen gibt es keine Probleme, aber mit dem Transport der Frachten aus dem Hafen... Die für 50 000 t bestimmten Lagerräume waren schon vor einer Woche voll. Inzwischen sind mehrere Tausend Tonnen Reis von einem sowjetischen Schiff und die fast 7000 t Weizen auf Ihrem Schiff hinzugekommen. Bald läuft im Hafen ein Schiff mit einer großen Partie kubanischen Zuckers ein. Doch wir werden schon einen Ausweg finden."

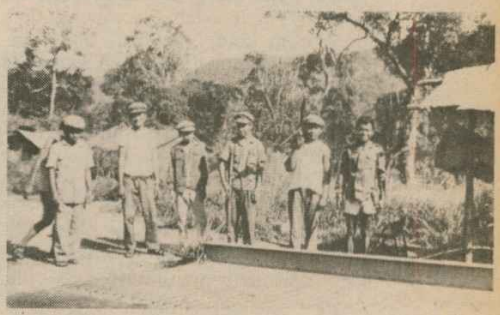
Ja, die Hafenarbeiter tun ihr Bestes. Trotzdem sind bei weitem nicht alle Probleme von Kompong Som gelöst. Darüber unterhielt ich mich mit dem Hafenchef Meas Hun, zu dem mich Vertreter der sowjetischen Expedition begleiteten.

„Dank der Hilfe der sowjetischen Expedition", sagt er, „löschen wir täglich 1200 t Frachten und können schon rd. 2500 t aufnehmen. Die größte Schwierigkeit ist der Weitertransport. Jeder Zug befördert etwa 400 t, aber sie kommen nur einmal in drei Tagen. Vorläufig haben wir zu wenig Eisenbahner, denn viele wurden vom alten Regime vernichtet. Die Pol-Pot-Leute setzten fast alle Loks und das rollende Material außer Betrieb. Ungefähr 300 t pro Tag werden mit Autos befördert, hauptsächlich ist es das Saatgut. Auch an Lastautos haben wir zu wenig. Eine gewisse Menge Getreide transportieren die Bauern aus der Umgebung mit ihren Fuhren. Und doch sind die Lagerräume überfüllt. Ich hoffe, daß bald das ‚Fluß-Fließband' funktionieren wird: Schiffe des Gemeinschaftsunternehmens der europäischen sozialistischen Länder ‚Interlichter' werden Frachten aus Ho-chi-Minh-Stadt auf dem Mekong nach Phnom Penh bringen. Dann wird sich die Belastung des Hafens vermindern."

Über der Hafenbesichtigung und den Gesprächen ist der Tag fast vergangen, die Sonne geht unter. Ich muß zurück nach Phnom Penh. Ich verabschiede mich vom Hafenchef, von den sowjetischen Seeleuten und Hafenarbeitern. Mein „Lada" steigt mühelos die Straße zur Stadt hinauf, und zum letztenmal sehe ich die „Ljubow Orlowa".



Gestern noch Bauer, heute Hafenarbeiter



Sie bewachen die „Straße des Lebens"



Die Felder Kampucheas leben auf

Fotos: SPK und der Verfasser

Begegnungen auf der Chaussee Nr. 5

Die kampucheanische „Straße des Lebens" heißt im Alltag Chaussee Nr. 5. Bis Phnom Penh sind es 200 km, man kann mit 90—100 km/h fahren, denn die Chaussee ist vor kurzem instand gesetzt worden, frischer Asphalt bedeckt die von den Pol-Pot-Leuten bei ihrer Flucht zerstörten Straßenabschnitte. Wir fahren am Flugfeld von Kompong Som vorbei: verrostete Skelette von Propellermaschinen im wuchernden Gras. Eine große Kautschukplantage längs der Chaussee. Man sieht jedoch nicht die spiralenartigen Einschnitte in der Baumrinde für Latex, auch hier Spuren der Verwüstung.

Der Fahrer bremst scharf, ein Kontrollpunkt. Wenige Minuten später halten wir wieder, diesmal an der Eisenbahn, um einen Zug passieren zu lassen, der in Kompong Som Getreide laden soll. In den 20 Minuten bildet sich am Schlagbaum eine lange Schlange von LKWs, sie sind bis oben mit Säcken und Kisten beladen. Die SILs, Toyotas, Austins und Fiats hupen ungeduldig.

Dann ist die Überfahrt frei, wir gewinnen rasch einen Abstand von den Lastautos. Ein hoher Eisenbetonbogen an der Straße kündet, daß man die Provinz Kampot verläßt und in die Provinz Kah Kong einfährt. Flache, spärlich bewachsene Berge säumen die Chaussee.

„Das Elefantengebirge", sagt mein Dolmetscher und legt das khmerisch-russische Wörterbuch, das er fortwährend studiert, beiseite. „Hier tauchen manchmal Banditen auf..."

Als Beweis liegt das abgebrannte Gestänge eines Lastautos im Straßengraben. Etwa hundert Meter weiter befindet sich ein anderer Posten. Wir fahren über eine Holzbrücke, die neben den Überresten der von den Pol-Pot-Banditen gesprengten Eisenbetonbrücke geschlagen ist. Hier stehen Soldaten der kampucheanischen Armee Posten. An der Brücke und etwas weiter, am Bergfuß, sind MG-Nester, die Soldaten sind mit Panzerbüchsen und einem Granatwerfer ausgerüstet. Kurze Papierkontrolle, dann fragt ein Soldat über den Dolmetscher, ob er nicht eine Zigarette haben könne. Während mein Moskauer Zigarettenpäckchen eine Runde macht, interviewe ich kurz den Kommandeur des Postens.

„Die Pol-Pot-Leute möchten natürlich die ‚Straße des Lebens' abschneiden", erläutert er mit einem scharfen Blick zu den Bergen hin.

„Sie können sich denken, wie sich die Feinde freuen würden, wenn sie auf diese Weise die Versorgung mit Saatgut und Nahrungsmitteln auch nur für kurze Zeit stören könnten. Und da warten sie auf passende Gelegenheiten, suchen nach schwach bewachten Abschnitten und überfallen Autos, die sich vielleicht von einem Konvoi entfernt haben."

Die Soldaten begeben sich wieder in Deckung, und wir fahren weiter. Wir überholen eine Kette Fuhren, die mit Getreidesäcken, Aluminiumschüsseln und -töpfen beladen sind, lassen einer Kette von Lastautos, die ohne Fracht nach Kompong Som unterwegs sind, Vorfahrt. Die Berglinien werden sanfter, ich sehe die ersten Reisfelder. Sie unterscheiden sich stark von denen, die ich in Vietnam sah. Auf den Rainen wachsen häufig Kokospalmen, weshalb die Felder aus der Ferne wie ein dichter Wald wirken. Aber vor allem: In Vietnam werden alle Reisfelder bestellt, in Kampuchea dagegen vorläufig nur einzelne.

Die ausgetrockneten Bewässerungskanäle und die mit verdörrtem Gras bewachsenen Rechtecke der früheren Felder sind ein trister Anblick. Nur hie und da erholt sich das Auge an grünen, bebauten Rechtekken. Ihre Zahl nimmt bei Dörfern zu. Ein paar Männer treiben auf dem Feld die sich im Kreis bewegenden Büffel an.

„Sie bereiten die Aussaat vor", erläutert der Dolmetscher. „Unter Pol Pot mußte auch ich Reis anbauen, war gegen meinen Willen sozusagen Fachmann. Sobald die Erde aufgelockert ist, muß man das Wasser aus den Kanälen herleiten und Setzlinge pflanzen. Leider sind die Kanäle fast trocken. Die Regenzeit verspätet sich dieses Jahr."

Ein weiterer Bogen: Wir kommen in die Provinz Kompong Speu. Immer mehr Dörfer. Wir halten, um Bananen zu kaufen. In der Dorfmitte steht ein zweigeschossiger Pfahlbau. Oben ist eine Losung in der Khmer-Schrift befestigt, auf der Veranda sitzen junge Männer mit MPis, die Volksmiliz. Neben diesem Haus, in dem sich ein Volkskomitee befindet, gähnen die Trümmer einiger Betonbauten. Etwas weiter liegen lange Baracken.

„Hier können Sie die ‚Musterhäuser' bewundern, in die Pol Pot die Einwohner gewaltsam übersiedelte", erzählt einer der Milizionäre. „Hier hatte niemand eigene Sachen. Selbst geschlafen wurde auf Befehl immer an einer anderen Stelle. Und die Bauernhäuser hatten sie verbrannt, um den ‚Individualismus auszumerzen'."

In diesem Augenblick fahren vor dem Volkskomitee langsam Führen mit Getreidesäcken vor. Mein Gesprächspartner und seine Kameraden steigen hinunter. Nun werden die aus dem Verwaltungszentrum der Provinz hergebrachten Lebensmittel gratis verteilt. Ich schaue auf die Waagschale. Jeder Mann bekommt 16 kg Reis, die Frauen und Kinder je 8 kg. Die Familienoberhäupter schütten das Getreide in einen Sack, befestigen ihn am Fahrrad und begeben sich auf den Weg.

Auch wir fahren los, denn abends bin ich mit Khieu Kanharith, dem stellvertretenden Generalsekretär des ZK der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung, verabredet.

Sein Bericht

Nach einer Stunde rascher Fahrt sind wir im Zentrum von Phnom Penh, vor der Redaktion der Zeitung „Kampuchea", wo ich Khieu Kanharith treffen soll. Nachdem wir uns begrüßt und mit einer Tasse Tee erfrischt haben, unterhalten wir uns.

„Wie steht es mit der Lebensmittelversorgung?"

„Ich will nicht erst erklären, wie das Problem entstanden ist. Das wissen alle, die über die Jahre des Pol-Pot-Regimes auch nur halbwegs informiert sind. Ich möchte lieber von Erreichtem und noch zu Erreichendem sprechen. In diesem Jahr planen wir 1,5 Mio ha mit Reis zu bebauen. Das ist um 50% mehr als im vorigen Jahr. Damals wurden wir auch noch von Überschwemmungen und Dürren heimgesucht. Deshalb belief sich das Getreideaufkommen auf nur 500 000 t. Dabei betrug die durchschnittliche Reisernte vor dem Machtantritt der Pol-Pot-Clique, d. h. vor 1975, 2,5 Mio t. Wenn alles gut geht, bringen wir es in diesem Jahr auf etwa 2 Mio t Reis.

Was unsere Pläne stören kann? Nun, beispielsweise das Wetter. In den Ostprovinzen ist wieder eine Dürre. Auch der Mangel an Menschen macht sich auf den Feldern bemerkbar. Zur Zeit der Befreiung waren die Ostprovinzen fast menschenleer, denn die Pol-Pot-Henker hatten unter der Bevölkerung der aufständischen Gebiete geschlachtet. Gegenwärtig lassen sich dort Menschen aus anderen Provinzen nieder, aber wir haben noch immer zu wenig Arbeitskräfte. In den anderen Teilen Kampucheas ist die Lage nicht viel besser. In einigen Provinzen machen die Frauen 70% der Arbeitskräfte aus. Zudem beträgt die Büffelzahl nicht einmal die Hälfte der Norm. Uns fehlen ferner Pumpwerke für die Felderbewässerung."

„Wie lange wird Kampuchea Ihrer Meinung nach die internationale Nahrungsmittelhilfe brauchen?" frage ich.

„Unter günstigen Bedingungen werden wir unseren Lebensmittelbedarf schon in diesem Jahr decken können, unter ungünstigen erst in 2—3 Jahren. Folglich werden wir noch eine Zeitlang auf Hilfe angewiesen sein. Natürlich werden sich mit dem Wachstum der Getreideproduktion Menge und Form dieser Hilfe verändern. Wir brauchen mehr landwirtschaftliche Technik, Düngemittel, Netze zur Vergrößerung des Fischfangs und mehr Lastautos."

Mein Gesprächspartner fügt hinzu: „Nie werden wir die großzügige und rechtzeitige Hilfe vergessen, die die UdSSR, Vietnam und die anderen sozialistischen Länder den hungernden Kampucheanern erwiesen haben. Diese Hilfe war und ist sehr wirksam. Wir sind auch den internationalen und den nationalen Organisationen des Westens dankbar.

Sehr wichtig ist, daß die für Kampuchea bestimmten Güter möglichst bald ankommen und nicht viel zu lange gelagert werden müssen. Deshalb schätzen wir die echt internationalistische Hilfe der sowjetischen Hafenarbeiter hoch ein, die das reibungslose Funktionieren des Hafens Kompong Som gesichert haben. Hier ist übrigens ein Artikel über sie", sagt Khieu Kanharith abschließend. „Ich will sie in der nächsten Ausgabe einrücken."

Ich werfe einen Blick auf das maschinengeschriebene Manuskript. Der Artikel heißt „Straße des Lebens".

Kompong Som—Phnom Penh—Moskau

DISKUSSION MIT DEM LESER

Oft denke ich mir: Warum sollte die UdSSR eigentlich nicht aus dem nuklearen Spiel ausscheiden und von sich aus das Wettrüsten einstellen! Es ist doch nicht ausgeschlossen, daß dann die USA und die anderen Kernmächte ihrem Beispiel folgen würden. Jedenfalls würden Sie dabei nichts riskieren. Die UdSSR und die USA könnten einander ja schon heute mehrfach vernichten. Was würde sich dadurch ändern, wenn die USA mit der Zeit an der Spitze lägen und den Erdball, sagen wir, 20mal zu vernichten imstande wären, Sie aber nur 5mal!

R. SINGH
Kalkutta, Indien



Es diskutiert NZ-Kommentator, Wjatscheslaw Boikow

Die von Ihnen angeregte „Methode des Beispielgebens" hat die UdSSR wiederholt in ihrer Außenpolitik angewandt. Mitte der 20er Jahre, als der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention zu Ende waren, baute Sowjetrußland seine Armee von 5 Millionen auf 600 000 Mann ab. Nach dem zweiten Weltkrieg tat sie das mehrmals mit ihren Streitkräften. 1958 stellte sie die Kernwaffenteste ein und forderte die USA und Großbritannien auf, ein gleiches zu tun. Und hier ein ganz neues Beispiel: die Abberufung von 20 000 sowjetischen Militärs und 1000 Panzern aus der DDR. Darauf hat der Westen immer Gegenvorschläge vermissen lassen.

Aber nehmen wir einmal an, daß die UdSSR aus dem „nuklearen Spiel" ausgeschieden wäre und ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Parität eingestellt hätte. Was wäre dann? Wie Sie wissen, machen Wissenschaft und Technik, besonders auf militärischem Gebiet, rapide Fortschritte. Es wäre also anzunehmen, daß das Pentagon in einigen Jahren die Möglichkeit hätte, mit einem Überraschungsschlag unseren Sicherheitsschild, unser strategisches Arsenal, gefechtsunfähig machen zu können. Sie meinen, ich phantasiere? Keineswegs. Daß es so ist, läßt unmißverständlich die Fortentwicklung der amerikanischen Militärdoktrin erkennen.

Nachdem die UdSSR als Gegengewicht für das Kernpotential der USA sich ein eigenes geschaffen hatte, erkannte man in den USA an, daß ein neuer Weltkrieg undenkbar sei und daß ein nuklearer Konflikt die Zivilisation zerstören würde. Das war vernünftig gedacht und trug der realen Lage Rechnung. Washington ging, zumindest offiziell, dazu über, sein strategisches Arsenal als Mittel zur „Eindämmung" und zu einem wuchtigen „Gegenschlag", der „garantierten Vernichtung", anzusehen.

Diese Doktrin paßte jedoch den Falken in den USA nicht. Sie fanden, die Kernwaffen könnten mehr als bloß „Vergeltungswaffen" sein. So erschien in den 60er Jahren der Begriff Gegenkräfte auf der Bildfläche. Um den USA einen Kernkrieg akzeptabel zu machen, verlangten die Urheber des neuen Begriffs, daß in erster Linie nicht Ortschaften, sondern strategische Objekte aufs Korn zu nehmen seien. Ein ähnlicher Gedanke lag dem Begriff eines „begrenzten strategischen Krieges" zugrunde, der Mitte der 70er Jahre von Schlesinger als Pentagonchef aufgebracht wurde.

Und wie denkt Washington jetzt? Ich möchte auf den Bericht US-Verteidigungsminister Browns zum Militäretat für das Rechnungsjahr 1981 hinweisen. Darin heißt es ausdrücklich, die USA müßten „Schläge planen, die bedrohlicher wären als Schläge gegen sowjetische Industriebetriebe und Städte. Diese Pläne müssen Schläge gegen Objekte umfassen, die die militärische und politische Struktur der UdSSR bilden."

Und das ist keine bloße Theorie, Herr Singh. Nach Schätzungen amerikanischer Experten ging die strategische Stärke der USA schon Mitte der 60er Jahre über den Stand für eine „garantierte Vernichtung" hinaus. Jetzt haben die USA 10 000 Einheiten Kernmunition, deren jede viel stärker als die Bombe von Hiroshima ist.

Es ist schwer erklärlich, wozu die USA so viele brauchen, ausgehend vom Konzept einer „garantierten Vernichtung", das angeblich noch jetzt eine Hauptkomponente der amerikanischen nuklearen Strategie bildet. Die Pentagon-Experten haben ja in der UdSSR nur 220 große und mittlere Städte gezählt. Dafür entspricht die Aufstockung des Rüstzeugs vorzüglich der Idee, ein Potential nicht für „Gegenschläge", sondern für einen sogenannten Erst- oder Entwaffnungsschlag zu schaffen. Hiervon zeugen auch Washingtons Bemühungen um eine größere Treffgenauigkeit seiner strategischen Systeme. Um große Objekte — Städte oder Industriezentren — zu treffen, ist eine Scharfschützenpräzision unnötig, aber zur Vernichtung von Raketenschächten ist sie unentbehrlich.

Darin kann man schwerlich etwas anderes als die Absicht der USA sehen, sich die nukleare Überlegenheit und „Wunderwaffen" zu verschaffen, die taugen würden, die UdSSR wenn nicht zu vernichten, so mindestens zu erpressen. So eine Entwicklung kann unser Land natürlich nicht zulassen, und wie die Geschichte lehrt, ist es fähig dazu. Zugleich ist Moskau bereit, nicht nur „aus dem nuklearen Spiel auszuscheiden", sondern es auch für immer einzustellen. Davon zeugen ja die zahlreichen Friedensinitiativen unseres Landes. Es lohnt, darum zu kämpfen, daß kernwaffenfreie Zonen geschaffen, die Kernwaffenteste eingestellt und auf den Einsatz dieser Waffen verzichtet und sie liquidiert werden.



Was beinhaltet das Wisla-Programm!

K. ARSUMANIAN
Jerewan, Armenische SSR

Polen gehört zu den Ländern, die sehr geringe Wasservorräte haben. Im Jahr entfallen dort 1700 m^3 Wasser auf je einen Einwohner, während es in Europa durchschnittlich 4800 m^3 sind. Der Schutz des Wassers und seine richtige Verteilung sind für die Wirtschaft der VR Polen außerordentlich wichtig. Im Februar 1980 nahm der VIII. Parteitag der PVAP einen Beschluß über die komplexe Erschließung und Nutzung der Wasservorräte des Landes, insbesondere der Wisla, an.

Das Wisla-Programm ist für 20—25 Jahre vorgesehen, in vielen Wirtschaftsbereichen wird sich aber der Effekt seiner sukzessiven Verwirklichung bedeutend früher zeigen. An der Wisla sollen 18 Stauseen mit einem Gesamtfassungsvermögen von 3,7 Md. m^3 Wasser errichtet werden. Von Ausschwitz bis Gdansk werden mehrere Staudämme mit Wasserkraftwerken entstehen. Ungefähr 4 Mio ha Boden sollen ent- bzw. bewässert werden.

PS

Sein Startplatz ins Weiße Haus

Der „unabhängige" amerikanische Präsidentschaftskandidat John Anderson besuchte Israel. Der Clou war ein Spaziergang durch den von Israel okkupierten Osten Jerusalems in Begleitung von Beamten der jetzigen Stadtbehörde. Damit niemand an seiner Zustimmung zur Besetzung ganz Jerusalems durch den Aggressor zweifelt, erklärte Anderson, falls er Präsident der USA werde, wolle er die amerikanische Botschaft aus Tel Aviv dorthin verlegen. Das soll den Israelis sehr angenehm gewesen sein.

Lockheed in Italien



Seit vier Jahren wird in Italien die skandalöse Lockheed-Affäre untersucht. Der amerikanische Flugzeugkonzern kaufte sich hohe Beamte und Politiker aus der christ-demokratischen Regierung und war nicht kleinlich. Die imposanteste Gruppe unter den bereits entlarvten Schmiergeldempfängern besteht aus den früher angesehenen Politikern M. Tanassi, B. Palmiotti und D. Fanali. Die Untersuchungskommission schätzt den Schaden, den sie allein dem Staat zugefügt haben, auf 1,308 Md. Lire. Wie hoch sich der Gesamtschaden stellt, weiß noch niemand.

Freiheit, die sie meinen

Ein Gefängnis in Uruguay, in dem die Militärdiktatur über 1500 politische Häftlinge gefangenhält, heißt Prisión de la Libertad, Freiheitsgefängnis, und das paßt ja auch sehr gut, denn sie hat die Freiheit des Volkes hineingesperrt.

Eiskalt

Vor fünf Jahren berief die Labourregierung Englands ihren Botschafter aus Chile ab, weil Pinochets Geheimdienst die britische Ärztin Sheila Cassidy in Santiago festgenommen und grausam, auch mit Elektroschocks, gefoltert hatte. Sie hatte nämlich, ihrem Ärzteschwur getreu, Opfern der faschistischen Junta ärztlichen Beistand erwiesen. Jetzt hat Margaret Thatcher die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Pinochets Regime auf Botschafterebene angeordnet. Die Begründung: Die damaligen Angaben über die grausame Behandlung der Ärztin durch die faschistischen Büttel seien stark übertrieben gewesen, sie hätten ihr „nur" Körperschäden zugefügt.

Der Prophet gilt nichts im fremden Land

Glaubensgenossen des Mohammed Iqbal Schah, eines Postbeamten aus Woking (England), verklagten ihn wegen Gotteslästerung, weil er sich unehrerbietig über den Propheten Mohammed geäußert haben soll. Das Gericht in Woking wies die Klage ab, weil in England nur die Lästerung im Hinblick auf das Christentum, nicht aber auf den Islam strafbar sei.

Aberglauben sitzt fest

Die amerikanische Gesellschaft zur Bekämpfung des Aberglaubens und der Vorurteile hielt wie immer ihre Sitzung an einem Freitag, dem 13. Juni ab, womit sie den Aberglauben bekämpfen will. Die Sitzung begann 13 Minuten nach 4 und schloß 13 Minuten nach 6. Im Saal liefen 13 schwarze Katzen herum. Die Gesellschaft wurde von 13 Amerikanern gegründet. Sie hat jetzt 313 Mitglieder. Das einzige, was ihre Führer nicht konnten, war, die Sitzung im 13. Stock eines Hochhauses abzuhalten, denn in Amerika wird bei der Nummerierung der Stockwerke die Dreizehn übersprungen. Dagegen kann man vorläufig nicht an.

Gegen Berufsverbot bei anderen



Der Verlag der bürgerlichen „Stuttgarter Zeitung" entließ eine Woche nach den Gemeinderatswahlen eine Büroangestellte ohne Angabe des Kündigungsgrundes. Sie hatte aber bei den Wahlen für die DKP kandidiert. Die Direktion gab an, „eine weitere Beschäftigung sei nicht vereinbar mit der liberalen Haltung und dem Ansehen des Hauses". Die IG Druck und Papier legte Protest ein. Dieser wurde von den meisten Angestellten des Verlags und der Redaktion unterzeichnet, die wiederholt in den Spalten der Zeitung gegen die Berufsverbote aufgetreten ist. Die Verlagsleitung, die doch so „liberal" ist, will bei sich aber nichts davon wissen.

Monopol-Spiel als Lehrbehelf



China importiert noch nicht das amerikanische Brettspiel Monopoly, bei dem die einen sich dadurch bereichern, daß sie die anderen in den Bankrott treiben. In der Universität Peking ist das Spiel aber schon von dem amerikanischen Studenten Frank Hawke eingeführt worden. Er hat es chinesischen Kommilitonen beigebracht, die ausgerechnet die Wirtschaft des Kapitalismus studieren. Einer sagte: „Wir haben natürlich eine andere Ideologie, aber wir suchen nach guten Beispielen bei Wirtschaftssystemen, die gut funktionieren." Bei der jetzigen Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen wird man in Peking dem kapitalistischen System bestimmt gute Seiten abgewinnen.

Wie rückständig!

Der neue Theaterdirektor in Lüneburg, Herr Montléart, der bei seinem Amtsantritt gehaltvolle und polemische Aufführungen versprochen hatte, engagierte einen modernen jungen Regisseur für die Inszenierung des „Geizigen" von Moliere. Der geizte nicht mit Neuerungen. Im Schlußakt ließ er die Darsteller sogar im Adams- und Evakostüm auftreten. Als man ihm ins Gewissen redete, kehrte er der „rückständigen" Stadt den Rücken.

Zeichnungen: W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT"

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.
Association Belgique—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00) DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928.
— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.
— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.
— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus—C.
— Sputnik International Import og Boghandel. Vester Voldgade 11, 1152, København K.
— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 fmk) — Akateeminen Kirjakaupa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.
— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8. 00100 Helsinki 10.
— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64

HOLLAND (18.00 hfl.) — „Pegasus" Boekhandel. Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAWIEN (8255, Din.) — 11 000 Belgrad. „Jugoslavenska knjiga", Terazije 27 II, soba 5.
— Prosveta Terazije 16 1.
— 41 000 Zagreb, „Mladost", Ilica 30. Preradoviceva 18.
— 6100 Ljubljana. „Drzavna Zalozba Slovenije"
Titova cesta 25. P. O. B50-1
— „Cankarjeva Zalozba", Kopitarjeva 2.
— 71 000 Sarajevo. „Veselin Maslesa", S. Milutinovica 4.
— 91 000 Skopje. „Makedonska knjiga", Ul. 11 Oktamvri bb.

KANADA (7.00 c$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q H3 P 3C4.
— Progress Books, 71 Bathurst Street 3 rd Floor, Toronto, ont., M5V 2P6.

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42.00 nkr.) Tidsskift Sentvalen Tanum A/S
P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1
— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119. Ankertorget, Oslo 1
— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

ÖSTERREICH (60 ÖS) — „Globus"-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.
— „Das Internationale Buch" Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.
— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 Zł.) — „Ars Polonia"-, Niederlassungen, Postämter und internationale Presse, und Bücherklubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wennergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.
— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.
— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.
— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.
— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.
— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.
— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.
— Pinkus et Cie Froschaugasse 7, 8001 Zürich.
— Reiher-Verlag. Postfach 3000. Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62.40 Kčs) PNS-dovoz tisku;
PNS dovoz tlače.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10.00 $) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) „Das europäische Buch", 1000 Berlin 33 West, Thieallee 34.
— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa. Buchhdlg.

Name . . . . . Vorname . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Abonnementbestellung

Anzahl: . . . . . Titel: . . . . . .

Preis: . . . . . .

BEZUGSZEITRAUM

☐ 1 Jahr ☐ 2 Jahre ☐ 3 Jahre Datum . . . . . .

Bitte entsprechendes ankreuzen Unterschrift . . . . . .

Im Objektiv: REPUBLIK KUBA



Kubas Frauen beteiligen sich tatkräftig an der Gestaltung des neuen Lebens

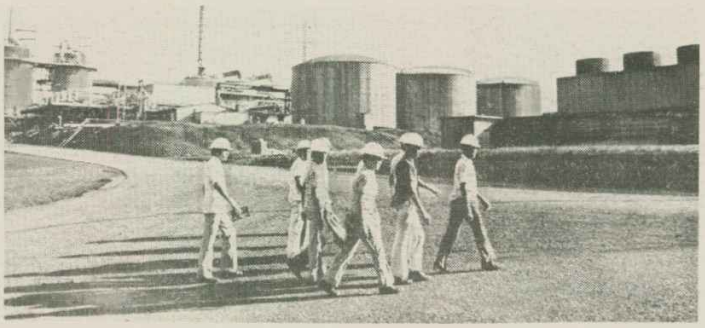
Seitdem Kolumbus Kuba entdeckte, ist dessen Schönheit oft mit Recht gerühmt worden. Man besingt das smaragdene Meer an seiner Küste, die schneeweißen Hochhäuser Havannas und die schmiedeeisernen Gitter an den Balkons und Fenstern alter Städtchen. Die Revolution hat eine neue Harmonie zwischen den Naturschönheiten und dem Frohsinn der Menschen hergestellt, die keine Zukunftssorgen haben, trotz der Probleme und Wachstumsschwierigkeiten ihrer Republik.

Am 26. Juli feiert Kuba den Tag des Nationalaufstandes. Der Sturm auf die Moncada-Kaserne, den eine Gruppe von Patrioten unter Fidel Castro unternahm, war der Auftakt zur Schlußphase des Befreiungskampfes, den das kubanische Volk geführt hatte.

Dieses Jahr fällt der Tag des Nationalaufstandes auf das Ende des ersten kubanischen Fünfjahrplans. Im Dezember hält die Kommunistische Partei ihren II. Parteitag ab. Er wird den Kurs für die weitere Entwicklung des Landes abstecken. Die Weltreaktion ist erbost über die unstreitigen Erfolge der kubanischen Revolution. Doch die Hetze gegen Kuba hat dem Lebens- und Arbeitsrhythmus der Kubaner nichts anhaben können. Die Zafra, die Zuckerrohrernte und -verarbeitung, ist termingemäß zum Abschluß gebracht worden. Neulich wurde mit der Veröffentlichung des Projekts für den zweiten Fünfjahrplan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Kubas begonnen.

Havanna, eine der schönsten Städte der Welt, hat zahlreiche Großbetriebe und Kulturstätten





In Moa wird das Werk „Pedro Soto Alba" für Nickelerzverarbeitung modernisiert



Der Touristenkomplex „Indianerdorf" ist bei den Kubanern ein beliebter Ausflugsort

Die Kinder sind der Stolz und die Hoffnung der kubanischen Revolution





Vielseitig sind die Wirtschaftsbeziehungen Kubas zur UdSSR. Lada-Wagen aus dem riesigen Autowerk an der Wolga werden nach Kuba geliefert

Fotos: TASS

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ